

Preussische Allgemeine



Nr. 9 · 5. März 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Das Comeback des Boris Johnson

Der britische Premierminister galt bereits als politisches Auslaufmodell. Nun zeigt sich, dass er sein Land schneller durch die Corona-Krise führt als die ehemaligen Partner in der EU **Seite 2**



Geschichte Vor 75 Jahren wurde die Freie Deutsche Jugend gegründet **Seite 10**



Mensch und Zeit Erinnerungen an Ulrich Schacht **Seite 12**

AUFGEFALLEN

Wenn Behörden einen Service ersinnen ...

Wohin politische Führungsschwäche im Alltag führt, zeigte sich dieser Tage bei der Einführung einer neuen Corona-Schutzmaßnahme. Wer derzeit auf dem Landweg oder per Flugzeug in die Bundesrepublik kommt, erhält bei seiner Einreise eine automatische Willkommens-SMS auf seinem Mobiltelefon. Diese hat es in sich.

Nach dem irritierenden Begrüßungstext „Die Bundesregierung: Willkommen/Welcome! Bitte beachten Sie die Test-/Quarantäneregeln; please follow the rules on tests/quarantine“ folgt ein Link zu einer Informationsseite des Bundesgesundheitsministeriums. Wer darauf klickt, gelangt zu einem bildschirmfüllenden Datenschutzz-Dialog. Wer wiederum diesen hinter sich gebracht hat, findet auf seinem Bildschirm die freundlichen Worte „Coronavirus – Herzlich Willkommen in Deutschland“. Ganz so, als ob der Staat das Virus und nicht die Menschen begrüßen würde ... Es folgt ein weiteres Wirrwarr aus wegen der Schriftgröße unleserlichen Texten und für die Smartphone-Darstellung ungeeigneten Schaubildern. Und sollte ein des Deutschen nicht mächtiger Tourist auf den Button für die englische Sprache drücken, landet er bei zahlreichen Unterseiten dennoch schnell wieder bei deutschsprachigen Texten ...

Die Willkommens-SMS ist das Ergebnis eines komplexen Abstimmungsprozesses zwischen Gesundheitsministerium, Wirtschaftsministerium, Bundesdatenschutzbeauftragten und Innenministerium. *neh*

POLITIK

Das politische Versagen kommt nicht von ungefähr

Im gegenwärtigen Impfstoff-Drama offenbart sich wieder einmal die eklatante Führungsschwäche der Bundeskanzlerin. Die Folgen sind gravierend

VON RENÉ NEHRING

Rund zehn Wochen nach der Zulassung des ersten Corona-Impfstoffs in der Europäischen Union lässt sich das Versagen der politischen Führung in Berlin und Brüssel nicht mehr kaschieren. Während Israel, die USA und Großbritannien weite Teile der Bevölkerung gegen das Virus immunisiert haben, sind in Deutschland gerade einmal vier Prozent der Bürger geimpft. Anstatt wie Benjamin Netanjahu, Donald Trump oder Boris Johnson unbürokratisch den rettenden Impfstoff zu sichern, übergab die Bundesregierung die Beschaffung an eine Instanz, die im Laufe der Pandemie keinen einzigen Beitrag zur Lösung beigetragen hatte – die EU-Kommission. Die Konsequenz ist eine Fortsetzung des Lockdown auf unbestimmte Zeit.

Das Scheitern eines Politikstils

Seit ihrem Amtsantritt wurde Angela Merkel von Kommentatoren oft attestiert, Probleme „vom Ende her“ zu denken; also alle Optionen abzuwägen, bevor sie sich in einer Angelegenheit festlegt. Doch immer mehr zeigt sich, dass ihr Zögern in wesentlichen Fragen kein strategisches Abwägen ist, sondern ein taktisches Zaudern, bei dem es vor allem darauf ankommt, dass ihr eigenes Image keinen Schaden nimmt.

Seit die damalige Oppositionsführerin mit einem wirtschaftsliberalen Kurs bei

der Bundestagswahl 2005 fast gescheitert wäre, vermeidet die geschickte Taktiererin in gravierenden Fragen vorläufige Festlegungen und inhaltliche Führung.

Als die SPD in der ersten Großen Koalition die teilweise Rücknahme der Hartz-Reformen forderte, gewährte Merkel den Genossen, was diese wollten – vermied sie damit doch, erneut als kaltherzig dazustehen. Als im März 2011 ein Tsunami zur Reaktorkatastrophe von Fukushima führte, verkündete Merkel aus Angst, die CDU könnte die anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg verlieren, den beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie, obwohl Rot-Grün Jahre zuvor bereits mit der Energiewirtschaft das mittelfristige Abschalten der deutschen Kernkraftwerke vereinbart hatte. Und als die Führung der Bundespolizei im Sommer 2015 nicht ausschließen konnte, dass eine Sicherung der Grenzen zu „unschönen Bildern“ führen und es gar zum Einsatz von Schusswaffen kommen könnte, ließ Merkel die nach Deutschland strömenden Migranten ungehindert ins Land ziehen.

Das Ausmaß der Führungsschwäche zeigt sich zumal im Vergleich zu Merkels Vorgängern. Gerhard Schröder nahm für die Agenda 2010 historische Mitglieder- und Stimmenverluste für die SPD in Kauf. Helmut Kohl verhandelte in weniger als zwölf Monaten nach dem Fall der Berliner Mauer gegen zahlreiche Widerstände im In- und Ausland die staatliche Einheit zwi-

schen Bundesrepublik und DDR. Und Helmut Schmidt schickte, als im Herbst 1977 die Lufthansa-Maschine „Landshut“ entführt wurde, die GSG 9 nach Mogadischu, um dem Terror ein Ende zu bereiten – dabei in Kauf nehmend, dass es auch zivile Opfer geben könnte. Undenkbar, dass Angela Merkel in einer dieser Situationen ähnlich entschlossen gehandelt hätte.

Das Brüsseler Pendant

Nun also das Versagen in der Corona-Krise und das Verstecken hinter „Brüssel“. Dass auch die EU nicht funktioniert, liegt nicht zuletzt an einer alten Merkel-Vertrauten: Kommissionspräsidentin Ursula v. der Leyen. Auch sie eine Politikerin, die in allen bisherigen Ämtern darauf bedacht war, „eine gute Figur zu machen“ und die Übernahme von Verantwortung zu vermeiden. Die meinte, eine unterfinanzierte und zutiefst verunsicherte Armee mit „familiengerechten Arbeitszeiten“ und Schwangerenuniformen reformieren zu können – und anstatt entlassen zu werden an die EU-Spitze befördert wurde.

Das einzige Mal, wo Angela Merkel in einer Krise entschlossen handelte, war 1999, als die damalige CDU-Generalsekretärin in der Spendenaffäre um Altkanzler Kohl forderte, die Partei müsse sich von ihrem Übervater emanzipieren. Damals ging es freilich um die eigene Karriere – und sie konnte sicher sein, die Mehrheit der Medien auf ihrer Seite zu haben.

IN DIESER AUSGABE

Politik

CDU-Chef Armin Laschet hat bislang noch nicht in seine neue Rolle gefunden **Seite 4**

Kultur

Zum 100. Geburtstag des „Königs des Tangos“, Astor Piazzolla **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die bewegte Familiengeschichte eines ostpreussischen Lehrers **Seite 18**

Reise

Wie Hoteliers und Reisebüros im Lockdown um ihr Überleben kämpfen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Felix Britannia, felix Boris Nicht nur wegen ihrer Impfkampagne sind das Vereinigte Königreich und sein Premierminister gestärkt wie lange nicht. Aus der Corona-Krise dürften sie schneller herauskommen als die EU-Länder

Die Wiederauferstehung eines Totgesagten

Während Brüssel und Berlin in Sachen Impfstoff zögerten, handelte Boris Johnson entschlossen – und steht nun blendend da

VON CLAUDIA HANSEN

Boris Johnson galt als extrem angeschlagen, fast schon tot – zumindest politisch. Im Herbst mehrten sich Rücktrittsforderungen und Nachrufe auf ihn, sogar in eher konservativen Medien wie „The Times“ oder „Spectator“. Seine Umfragergebnisse waren unterirdisch. Über Monate hatte die Johnson-Regierung einen Zickzackkurs in der Corona-Krise gefahren: Es fehlten Testkapazitäten, es gab zu wenig Schutzkleidung in Krankenhäusern und Altenheimen sowie hohe Sterberaten. Das Virus, das Johnson selbst im April befallen und in die Intensivstation des Londoner St. Thomas'-Hospitals gezwungen hatte, hielt das Land fest im Griff. Großbritannien steckte in der schwersten Wirtschaftsrezession seit Langem. Der Regierungschef wirkte überfordert und erschöpft. Viele Journalisten gaben sich sicher, dass Johnson schon bald am Ende sein werde. Die Linke frohlockte.

Johnsons frohe Botschaft

Fünf Monate später hat sich das Bild komplett geändert. Wie ein Zauberer hat Johnson die Kulisse verwandelt. Großbritannien sei jetzt „auf der Straße in Richtung Freiheit“, sagte er in seiner jüngsten Pressekonferenz, eingerahmt von seinen Wissenschaftlerberatern Chris Whitty und Sir Patrick Vallance. Blondschof Boris mit dem verwuschelten Haar wirkt zwar immer noch blass und ernst, aber gefasster, hoffnungsvoller. Der Grund für seine politische Wiederauferstehung liegt in der triumphal erfolgreichen Impfkampagne. Schon 21 Millionen Menschen haben die erste Dosis Impfstoff bekommen und damit Schutz gegen schwere Viruserkrankungen. Ein Drittel der Bevölkerung ist geimpft, viermal so viele wie in Deutschland und in anderen EU-Ländern.

Johnsons frohe Botschaft, die daraus folgt: England kann den Corona-Lockdown schrittweise beenden. Ab nächster Woche haben alle Schulkinder wieder Unterricht in den Klassen, Ende März machen Sportplätze sowie Tennis- und Golfclubs wieder auf. Im April dürfen alle Geschäfte wieder öffnen und Pubs ihre Biergärten aufmachen. Mitte Mai können



Wieder da: Wegen seines irrlichternden Führungsstils und schlechter Wirtschaftsdaten galt Großbritanniens Premierminister Boris Johnson lange Zeit als überfordert. Sein Handeln in der Corona-Krise brachte ihn wieder in die Erfolgsspur *Foto: action press*

die Briten dann endlich in Restaurants und Pubs auch drinnen sitzen. Am 21. Juni sollen dann laut der Planung alle Corona-Restriktionen enden. „Das Ende ist in Sicht“ und „Die Freiheit kommt zurück“, jubelt die Presse. „Die besten Tage unseres Lebens“, meint leicht übertrieben der sozialdemokratische „Daily Mirror“. Auch wenn einige Tory-Rebellen gerne ein schnelleres Ende des Lockdowns wünschen, gilt Johnsons Kurs bei der Mehrheit als richtiger Mittelweg. Damit steigen die Zustimmungswerte der Regierung wieder.

Der Grund des Erfolgs

Der entscheidende Wendepunkt kam Anfang Dezember. Schneller als die EU-Behörde EMA hat das Königreich eine Notzulassung für die Corona-Impfstoffe gewährt, zunächst für das Serum von BioNTech/Pfizer, dann für den Oxford/Astra-

Zeneca-Impfstoff. Als die ersten Impfungen im Fernsehen übertragen wurden, liefen Gesundheitsminister Matt Hancock ein paar Tränen in die Augen. Der Impferfolg hat auch ihm wohl den politischen Kopf gerettet. Die Regierung hatte seit Mai 2020 tief in die Tasche gegriffen und genügend Vakzine bestellt. Anders als die EU, die monatelange über Preise und Konditionen feilschte, hat London kräftig zugelangt. Das zahlt sich nun aus.

„Liebe Briten. We beneiden you“, titelte die „Bild“-Zeitung mit Blick auf den Impferfolg auf der Insel. Das englische Massenblatt „The Sun“ spielte den Ball zurück: „Wir beneiden dich nicht ... over the EU vaccine shambles“ (für das EU-Impfdesaster), schrieb die „Sun“ auf einer Schwarz-Rot-Gold-Titelseite, dazu ein Foto der verkniffen blickenden Kanzlerin neben einem lächelnden Boris. Ein paar Wochen vorher, als der Streit um die

Impfstoffe zwischen EU und London tobte, griff der „Telegraph“ die „sowjetische Inkompetenz der EU-Kommission“ an. Viele Briten sehen den Impferfolg ihres Landes nun als Bestätigung, dass der Brexit doch keine schlechte Idee war.

Neue Berater, neues Image

Das alles hilft Boris Johnson. Er liegt nun bei den Beliebtheitswerten wieder vor dem Labour-Vorsitzenden Keir Starmer. Mit Abstand der beliebteste Minister ist weiterhin Schatzkanzler Rishi Sunak, der mit Milliardenpaketen die Wirtschaft stützt. Die Tories haben wieder über 40 Prozent, in einigen Umfragen 43 Prozent gewonnen und einen Vorsprung von fünf bis sieben Punkten vor Labour. Starmer bemüht sich, die Oppositionspartei vom schwefeligen linksradikalen Geruch seines Vorgängers Jeremy Corbyn zu befreien, doch noch immer treiben genug Hard-

core-Gewerkschaftslinken dort ihr Unwesen. Die links-grünen Liberaldemokraten, die sich bei der Wahl im Dezember 2019 als große Brexit-Opposition profilieren wollten, sind weitgehend von der Bildfläche verschwunden, ebenso die umbenannte Brexit-Partei von Nigel Farage. Mit dem endgültigen Brexit haben sie ihren Daseinszweck weitgehend verloren.

Als wendiges Stehaufmännchen lässt Johnson viele seiner Kritiker wieder einmal alt ausschauen. Auch die EU-Politiker, die den Brexit-Politiker als inkompetenten „Clown“ und „Lügner“ geradzu hassen. Aber nun sieht die Johnson-Regierung besser aus als Ursula von der Leyens EU-Kommission, der viele die Schuld am Impf-Versagen geben. Analysten von Bloomberg haben ausgerechnet, dass die verzögerte Impfkampagne die europäische Wirtschaft mindestens 100 Milliarden Euro kostet.

Dass Johnson heute besser dasteht, verdankt er auch neuen Beratern. Dominic Cummings, Mastermind hinter der Brexit-Kampagne, musste Downing Street 10 verlassen, herausgedrängt von Johnsons Verlobter Carrie Symonds. Statt des oft etwas seltsam und konfrontativ wirkenden „Nerds“ Cummings hat eine neue Beraterin, Allegra Stratton, bis dahin Direktorin für strategische Kommunikation des Schatzkanzlers Sunak, für Johnson eine geschmeidigere Strategie entwickelt.

Neuer Ärger mit den Schotten

Während der Brexit nun weitgehend abgehakt ist, droht dem Königreich aber in Schottland neues Ungemach: Nach Umfragen will eine Mehrheit dort die Unabhängigkeit von Großbritannien. Nach den Wahlen am 6. Mai will Schottlands Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon von der linken SNP mit einem großen Sieg ein neues Unabhängigkeitsreferendum anbahnen. Derzeit aber hat auch Sturgeon Sorgen. Sie fetzt sich mit ihrem Vorgänger und politischen Ziehvater Alex Salmond, dem langjährigen SNP-Chef, der wegen Vergewaltigung angeklagt war, aber freigesprochen wurde, und ein Komplott seiner Nachfolgerin gegen ihn wittert. Der linksliberale „Guardian“ meint, dieses Zerwürfnis könnte Sturgeons SNP-Wahlsieg noch verhindern.

ZWISCHENBILANZ

Von Brexit-Chaos keine Spur

Der EU-Austritt brachte dem Handel zwar einige Beeinträchtigungen, dennoch läuft es an den Grenzen besser als erwartet

Kilometerlange Lastwagenstaus an Grenzübergängen, leere Supermarktregele wegen fehlender Importe, stark steigende Preise, gar ein Zusammenbruch der britischen Wirtschaft: Was wurden nicht alles für Horrorszenarien zum Brexit an die Wand gemalt. Doch die Schreckvisionen sind wie Seifenblasen zerplatzt. Beim endgültigen Brexit zum Jahreswechsel hat es keinen Rums gemacht, die Wände haben nicht gewackelt, sondern es hat allenfalls hier und dort ein wenig geruckelt, als die britische EU-Mitgliedschaft endgültig endete. Das Königreich ist aus dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion ausgetreten. Es wurden Zollkontrollen eingeführt, doch am Hafen in Dover gab es fast keine Staus. Zwar klagten viele Händler über mehr Bürokrati-

tie durch Zollerklärungen, die sie trotz des Freihandelsabkommen jetzt ausfüllen müssen.

Doch zu einem Zusammenbruch des Handels, vor dem manche warnten, ist es nicht gekommen. Deutsche Mittelständler, die mit dem Inselreich Handel treiben, berichten davon, dass ihre Kosten um etwa zwei bis drei Prozent gestiegen seien. Aus Sicht der Briten haben aber die EU-Länder einige Schikanen eingeführt. Dieser Vorwurf kam auf, als französische und niederländische Zöllner britischen Lastwagenfahrern sogar ihre Schinken-Sandwiches konfiszierten, weil der Import von Fleisch ohne Veterinärzertifikat nicht erlaubt sei. Für die Agrar-Exporteure bringt der Brexit einige neue Probleme, die sie zuvor nicht gekannt hatten. Unerwartet

hart sind Fisch- und Meeresfrüchte-Händler betroffen. Sie können ihre Waren jetzt schlechter in die EU liefern. Die Regierung in London hat daraufhin einen Hilfsfonds mit 20 Millionen Pfund eingerichtet.

Problemfall Nordirland

Angespannt ist die Situation in Nordirland. Britische Exporteure müssen an der Seegrenze zu Nordirland jetzt Zollkontrollen über sich ergehen lassen, so will es das Nordirlandprotokoll des Brexit-Vertrags. Einige Firmen haben daher den Handel eingestellt. In Supermärkten in Belfast oder Derry/Londonderry werden einige halbleere Regale gemeldet. Irische Nationalisten und Republikaner hoffen, dass der Ärger über diese Situation Wasser auf ihre Mühlen sein wird und dass

Was wurden nicht alles für Horrorszenarien zum Brexit an die Wand gemalt. Doch die Schreckvisionen sind wie Seifenblasen zerplatzt

Nordirland eines Tages der Republik Irland beitreten wird. Zu den Problemen in Schottland kommt somit für Boris Johnsons Regierung auch neue Unruhe auf der irischen Insel.

Davon abgesehen hat sich das Interesse an Brexit-Diskussionen in Großbritannien insgesamt aber weitgehend gelegt. Das Erdbeben, das manche erwarteten, blieb aus. Zumindest wird alles überlagert von der Corona-Rezession. Weil sich die Wirtschaftsaussichten nun aber wieder bessern, hat das britische Pfund erstaunlicherweise deutlich zugelegt und notiert so stark wie seit drei Jahren nicht gegenüber dem US-Dollar. Auch dies zeigt, dass die internationalen Märkte die britische Wirtschaftskraft keineswegs abgeschrieben haben. *C.H.*

COVID-19 und der Tod

Im Kampf gegen die Corona-Pandemie scheint der Schutz des Lebens zur absoluten Größe geworden zu sein. Dabei gehört das Sterben schon immer zu unserem Dasein dazu. Gedanken über ein Auskommen mit dem Unausweichlichen

VON KLAUS WEIGELT

„Ich bin fest überzeugt, dass man in der Welt mehr verlieren kann als das Leben.“
(Novalis)

Offenbar hat es bis vor einem Jahr weder Krankheit noch Tod in unserer Gesellschaft gegeben. Diesen Eindruck muss man gewinnen, wenn man die tägliche mediale „Berichterstattung“ beobachtet, die seit den ersten Corona-Fällen im Frühjahr 2020 über das Volk hereinbricht.

Doch wodurch rechtfertigt sich diese ungeheure Nachrichten-Lawine? Sind Krankheit und Tod durch Corona anders geworden? Ist der Tod nicht immer das Ende eines Menschenlebens, eines kurzen oder eines langen „im gesegneten Alter“? Selten jedoch gelingt dem Tod der Weg in die Öffentlichkeit, allenfalls in Gestalt der Todesanzeigen in den Zeitungen. Erst wenn eine bedeutende Persönlichkeit das Zeitliche segnet, oder wenn eine Katastrophe Menschen in den plötzlichen Tod gerissen hat, horcht die Öffentlichkeit für einen Moment auf. Aber auch dies gerät schnell wieder in Vergessenheit – wie auch die Toten der Kriege in Afghanistan oder Syrien und in so vielen anderen Regionen der Welt. Sie sind binnen Kurzem keine „Meldung“ mehr wert.

Bilder der Unentrinnbarkeit

Seit fast einem Jahr ist das anders. Krankheit und Tod sind zu öffentlichen Dauerthemen und Gegenstand täglicher Berichterstattung geworden, wenn auch nicht ganz. Denn das tatsächliche, sich hinter den Corona-Zahlen verbergende Leiden und Sterben oder auch Genesen bleibt den einzelnen Patienten überlassen, mit oder – wegen Kontaktverbot – ohne Angehörige. Nur die Zahlen der Infizierten und Toten erreichen die Bevölkerung, als nackte Tatsachen, auf die sich jeder Mann seinen eigenen Reim machen kann oder muss. Trost bietet die Öffentlichkeit nicht an, nur sogenannte Fakten. Und diese verunsichern, ängstigen, erschrecken.

Zumal ergänzende Berichte aus dem Ausland Erkenntnisse darüber beisteuern, was Deutschland noch alles blühen kann. Der Nervenkitzel des Bedrohlichen muss auf Spannung gehalten werden. Das Grauen wird der Öffentlichkeit drastisch, in Gestalt hoffnungsloser Beatmungs-Patienten im Endstadium vorgeführt. Zusätzlich wird erläutert, dass das Pflegepersonal chronisch „überlastet“ sei und die Ärzte „am Limit“ arbeiteten.

Obwohl zahlreiche, vor allem junge Infizierte die Krankheit entweder gar nicht spüren oder sie nach leichtem oder mittlerem Verlauf überwinden, werden nur solche Genesene der Öffentlichkeit gezeigt, die an chronischen Langzeitfolgen der Infektion leiden. Es wird das Bild vermittelt, dass auch eine Genesung immense Gefahren in sich birgt. Damit ist das Bild der Unentrinnbarkeit perfekt. Die Bevölkerung lebt in der ständigen Angst vor der Pandemie, und sie lebt unter dem Druck sich dauernd verschärfender Auflagen und Verordnungen durch die Bundes- und Landesregierungen, die ihr ebenfalls die Luft zum Atmen nehmen, aber nicht von der Angst befreien.

Ein besonderer Tod?

Sind Leiden und möglicher Tod eines COVID-19-Patienten wirklich so anders als Leiden und Tod bei jeder anderen Krankheit? Handelt es sich um eine völlig neue Botschaft, wenn Regierungsverantwortliche vor die Presse treten und uns erklären, es gehe bei COVID-19 um Leben und Tod? Es fällt schwer, das zu glauben. Geht es nicht immer um Leben und Tod? Jeden Tag?



Verdrängter Begleiter des Lebens: Selten findet der Tod im Alltag den Weg in die Öffentlichkeit – das Coronavirus erinnert die Menschen daran, dass ihr Dasein endlich ist
Foto: imago / photothek

Positiv kann verzeichnet werden, dass durch die Krise sowohl der gesellschaftliche als auch der private Diskurs über Krankheit und Tod angeregt wurde, allerdings eher indifferent und unbeteiligt. Die Ansagen haben im Wesentlichen die Tendenz: „Wir sind ja bisher verschont worden, aber ...“. Und dann folgt eine Geschichte vom Hörensagen, wie sie täglich auch in den Medien verbreitet wird. Krankheit und Tod sind sozusagen in aller Munde und damit auch Ängste und Unsicherheiten.

Nach Maßstäben des gesunden Menschenverstandes kann aus dieser Schiefelage der öffentlichen Wahrnehmung eigentlich nicht gefolgert werden, dass Corona-Kranke und An- oder Mit-COVID-19-Verstorbene einen höheren Rang, eine höhere Priorität hätten als Krebstote oder Infarktote, die weniger oder gar keine öffentliche Beachtung finden. Jeder Tote, auch der Corona-Tote leidet an seiner eigenen Krankheit und stirbt seinen eigenen Tod. Es gibt nur diesen einen, höchst persönlichen Tod, der jedem Menschen bevorsteht, wo und wie auch immer.

Die Vernachlässigung des Sterbens

Was aufschrecken muss, ist der Umgang mit dem Sterben, ob mit oder ohne Corona. Kontaktbeschränkungen mögen allgemein zur Vermeidung der Virenverbreitung ihre Berechtigung haben, beim Umgang mit Sterbenden sind sie völlig unangebracht. Es ist nicht nur menschenunwürdig, sondern menschenverachtend, Sterbende sich selbst zu überlassen und sie ohne persönliche Begleitung, ohne ihnen die Hand zu halten, ihren letzten Weg mutterseelenallein gehen zu lassen. Wer so etwas verfügt, der verstößt gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes. Und wer so etwas zulässt, der macht sich einer nicht wiedergutzumachenden Untat schuldig. Jede Kontaktbeschränkung kann zeitlich begrenzt werden, die dem Sterbenden gegenüber ist jedoch immer endgültig – und darum unzulässig.

Ein Arzt, der es wissen muss, sagte neulich: „Nun haben wir es geschafft, die Menschen, die oftmals durch COVID und andere Pneumonie-Erreger von einem leidvollen Leben erlöst werden, nicht mehr im Kreis ihrer Angehörigen oder zumindest im Altersheim in Frieden sterben zu lassen, sondern mit Blaulicht in eine Klinik zu fahren und sie dort an Maschinen am friedlichen Sterben zu hindern, bis irgendwann so viele Organe ausgefallen sind, dass man die Maschinen endlich abstellen kann.“

Man kann auch nicht verbieten, dass Kinder geboren werden, obwohl man auch schon Schwangere über Monate total isoliert. Aber wenn man Geburten in Corona-Zeiten organisieren kann, dann muss man auch das Sterben in einem menschenwürdigen Rahmen organisieren können. Wenn man es nicht tut, fehlt es nicht an Möglichkeiten, sondern am Willen. Regeln verlieren immer dann ihre Berechtigung, wenn sie um ihrer selbst willen durchgesetzt werden: Doch der Mensch wurde nicht um des Sabbats willen, sondern der Sabbat um des Menschen willen erschaffen. An dieser Weisung Jesu müssen sich auch die Corona-Regeln messen lassen. Und deswegen ist es völlig inakzeptabel, wie vor Wochen in Bayern geschehen, einen Großvater zu bestrafen, der seine Enkel nachts zu den Eltern fährt. Was für eine Gesellschaft ist das, in der es kein „triftiger Grund“ mehr sein soll, dass Kinder zu ihren Eltern „Kontakt“ haben?

Der Tod als Ziel des Lebens

Aber diese Themen werden in der Öffentlichkeit umgangen, auch von den Kirchen. Die Gelegenheit, über den Tod als Teil des menschlichen Lebens zu sprechen, wird nicht angemessen ergriffen. Die Debatte bleibt im Unverbindlichen stecken, eben so, als betrafen uns die „normalen“ Tode und das „Infektionsgeschehen“ in ihrer existentiellen Bedeutung nicht. Und doch ist auch Corona, wie jede andere Krankheit oder je-

der Unfall eine Bedrohung, die für das eigene Leben in Betracht gezogen werden muss. Jedes Leben endet, wie auch immer. Und jedes Leben hat das Recht, würdig zu enden.

Der Christ weiß das. „Mitten wir im Leben sind mit dem Tod umfängen“ heißt es im Evangelischen Gesangbuch (Lied Nummer 518). Johannes Brahms lässt in seinem großartigen Werk „Ein deutsches Requiem“ singen: „Herr, lehre doch mich, dass ein Ende mit mir haben muss, und mein Leben ein Ziel hat, und ich davon muss.“ (Psalm 39, 5). Und im Psalm 90, 12 betet Mose: „Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden.“ Diese wenigen Hinweise zeigen, dass der Tod etwas mit dem Ziel unseres Lebens zu tun hat. Genau daran erinnert uns jede Krankheit, auch Corona.

Die weltweite Pandemie erinnert daran, dass der Mensch zwar den ersten Teil des biblischen Schöpfungsgebotes „Füllet die Erde“ inzwischen übererfüllt hat; doch den zweiten Teil „Und machet sie euch untertan“ (Gen 1, 28) hat er in eine Missachtung und weitgehende Zerstörung der Schöpfung fehlgedeutet, zumindest seit etwa zweihundert Jahren. Doch auch der Vorstoß in die Tiefen der Meere oder in die Weiten des Weltraums haben ihn nicht zum Herrn der Welt, nicht einmal zum Herrscher der Erde gemacht.

Ja, der Mensch ist nicht einmal Herr über sich selbst, und ein kleines Virus macht ihm schnell die Grenzen seiner Fähigkeiten klar – oder auch nicht. Denn immer noch schwadronieren Politiker davon, dass man bald das Virus „beherrschen“ werde. Dabei gibt es andere, wesentlich ältere Krankheiten wie Malaria, die der Mensch noch immer nicht „beherrscht“ oder „im Griff“ hat.

Leben mit den Naturgewalten

Auch alle Naturereignisse wie die Flutkatastrophen 1962 und 1976 oder die Schnee- und Eiskatastrophe 1978/79 in Deutschland oder Vulkanausbrüche, Tsunamis und Erdbeben in anderen Regionen der Erde lassen den Menschen als das zurück, was er ist: ein hilfloses Opfer angesichts der Naturgewalten. Das gilt auch für Seuchen wie Malaria, Typhus, AIDS, Tuberkulose und Diphtherie, mit denen die Menschheit schon lange leben muss.

Der menschliche Fortschritt ist immer ein begrenzter, er ist Stückwerk (1. Kor. 13, 9). Für Hochmut gibt es keinerlei Anlass, zumal der Mensch nicht einmal die von ihm selbst verursachten Katastrophen wie Kriege und Flüchtlingsströme, Armut und Hungersnöte, Sklaverei und Kinderarbeit, Christenverfolgung und Judenpogrome, weltweite soziale Ungerechtigkeit oder Umweltverschmutzung „in den Griff“ bekommt. Dafür will er jetzt zu den Sternen greifen, sein weltweites Fehlverhalten anpassen und das Klima ändern nach dem Motto: „Wenn wir schon die lösbareren Probleme nicht packen können oder wollen, warum sollen wir dann nicht die unlösbaren ins Visier nehmen?“

Die Wahrheit ist, dass wir auch mit einem Impfstoff das Virus nicht loswerden und es auch nicht „beherrschen“. Aber wir werden lernen, mit ihm zu leben und zu sterben. Der Tod wird, wie immer schon, unser täglicher Begleiter bleiben, mit COVID-19 als einer zusätzlichen Gefahrenquelle.

Für die Christen, die in unserer Gesellschaft noch immer die Mehrheit stellen, hat jedoch der Tod durch Jesus Christus seinen Schrecken verloren. Gerade in dieser besonderen Passionszeit spricht er uns zu: „In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden.“ (Joh 16, 33).

● Klaus Weigelt ist Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V. Zu seinen Büchern gehört „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“ (Westkreuz-Verlag 2019).
www.stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

Sind Leiden und möglicher Tod eines COVID-19-Patienten wirklich so anders als Leiden und Tod bei jeder anderen Krankheit?

● MELDUNGEN

AfD verklagt
hohes Gericht

Karlsruhe – Die AfD hat beim Verwaltungsgericht Karlsruhe Klage gegen das Bundesverfassungsgericht eingereicht. Anlass hierfür ist dessen vergangenes Jahr aufgeflogene Praxis, einem ausgewählten Kreis angeblich „besonders fachkundiger und vertrauenswürdiger Journalisten“, genannt „Justizpressekonferenz“, heimlich Vorab-Informationen über zur Verkündung anstehende Urteile zu geben. Hiervon war auch die AfD betroffen, die dadurch ihr Recht auf ein faires Verfahren verletzt sieht. Die Journalisten, darunter viele von ARD und ZDF, hätten den Informationsvorsprung benutzt, um klagende AfD-Mitglieder als inkompetent und überfordert hinzustellen. Nach Ansicht der Partei sollte das Verwaltungsgericht in Karlsruhe dem Bundesverfassungsgericht am besten gleich komplett untersagen, eine derartige Form der Kooperation mit Pressevertretern zu pflegen. Immerhin sei so etwas an keinem anderen deutschen Gericht üblich. *W.K.*

FDP- und CSU-
Kritik am WDR

Köln – Politiker der FDP und der CSU werfen dem WDR vor, mit seinem neuen Instagram-Kanal „klima.neutral“ Wahlkampfhilfe für die Grünen zu leisten. Wie der öffentlich-rechtliche Sender mitteilte, will er mit seinem neuen Angebot explizit junge Menschen „rund um Themen wie die Klimakrise“ informieren. Über Twitter kommentierte Alexander Lambsdorff (FDP) das neue Angebot: „Sieben Monate vor der Bundestagswahl macht der WDR einen Kanal als Wahlkampfhilfe für die Grünen auf. Wo sind Kanäle zur Wirtschaftskrise, Bildungskrise, Digitalisierungskrise und so weiter?“ Weiter kritisierte der Freidemokrat, der Instagram-Account des Senders sei distanzlos. Ebenfalls über Twitter merkte Florian Hahn, der stellvertretende Generalsekretär der CSU, ironisch an: „Toll“, bei der ARD steht „offensichtlich doch noch genug Geld zur Verfügung“, um Wahlkampfunterstützung für die Grünen zu finanzieren. *N.H.*

Förderung
verweigert

Berlin – Der Männerverein „Forum Soziale Inklusion“ (FSI) sollte eigentlich 400.000 Euro aus dem Bundeshaushalt erhalten. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hatte dem Verein das Geld zugesprochen und einen entsprechenden Beschluss gefasst. Das SPD-geführte Familienministerium hat indes einen Weg gefunden, dem FSI das bewilligte Geld vorzuenthalten. Die zuständige Abteilung Gleichstellung behauptet: „Bei einer Förderung sind die rechtlichen Grundlagen zu beachten ... Der Projektantrag des FSI, der vorliegt, entspricht nicht den rechtlichen Voraussetzungen.“ Das Ministerium argumentiert, dass die Geldzuweisungen das Ziel haben müssen, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen und Chancengleichheit zu ermöglichen. Von den Grünen heißt es, die antifeministische Haltung des Vereins sei mit der gleichstellungspolitischen Förderlinie nicht vereinbar. *F.B.*

ARMIN LASCHET

Fleißig, aber unauffällig

Vielen in der CDU ist ihr Vorsitzender in Diskussionssendungen und Wahlkämpfen zu wenig präsent

VON PETER ENTINGER

Die Stimmungslage innerhalb der CDU müsste eigentlich gut sein. In allen Umfragen liegt die Union weit vor ihrer Konkurrenz, die Zustimmungswerte für die Angela Merkel sind immer noch erstaunlich hoch. Doch mit jedem Tag, an dem der Unmut über das Corona-Management wächst, steigen auch die Zweifel innerhalb der CDU, ob ein „Weiter so“ der richtige Plan ist.

Bundeskanzlerin Merkel, die im Herbst nicht mehr zur Bundestagswahl antritt, hat sich früh festgelegt. Sie fährt einen harten Anti-Corona-Kurs, umgibt sich mit einem Betonköpfe-Gremium an Beratern und ist nicht mehr zu einer Kurskorrektur bereit. Und das verfängt immer noch, weil sich ein großer Teil der CDU-Stammwählerschaft aus Rentnern, Pensionären, Beamten und anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes rekrutiert. In diesen Schichten sind die Zustimmungswerte für die Kanzlerin und ihre Politik immer noch hoch.

Doch es wird eine Zeit nach Corona und Merkel geben. Zuletzt lag die Union nur noch bei 33 Prozent, und angesichts der Tatsache, dass das Ergebnis der bayerischen Schwesterpartei das Resultat deutlich anhebt, macht sich zunehmend Unruhe breit.

Schonfrist bis zu Landtagswahlen

Im Blickpunkt steht der vor einem Monat gewählte Vorsitzende Armin Laschet. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und sein bayerischer Amtskollege Markus Söder rivalisieren um die Kanzlerkandidatur. Normalerweise gilt bei derartigen Fragen das Mikado-Prinzip: „Wer sich zuerst bewegt, verliert.“ Söder hat sich früh positioniert. In Corona-Fragen gibt er den verlängerten Arm Merkels. Er setzt auf einen Lockdown bis zur Durchimpfung. Die kriselnden Wirtschaftszweige sollen mit Milliarden-Hilfen bei Laune gehalten werden.

Laschet ist dagegen in Sachen Pandemie eher einen Zickzackkurs gefahren. Nun wagt er sich vorsichtig in Sachen Lockerungen vor. „Vorsichtig bleiben und gleichzeitig Debatten darüber führen, wie denn Perspektiven für Kultur, für Wirtschaft, für das Geschäftsleben, für Selbstständige eröffnet werden können“, lautet sein Gebot der Stunde.

Der 60-Jährige führt derzeit einen Mehrfronten-Krieg. Einerseits kann er nicht öffentlich mit Merkel brechen, weil dies Söder in die Karten spielen könnte. Andererseits muss er mit Sorge beobachten, wie sich die FDP zunehmend als „Partei der Öffnung“ positioniert. Die vehementesten Vorstöße kommen aus dem NRW-Verband der Liberalen, dem Regierungspartner Laschets.

Innerhalb der CDU wächst der Unmut. Es wird kolportiert, Laschet sei zwar fleißig und tingele wie weiland seine erfolgreiche Vorgängerin Annegret Kramp-Karrenbauer durch die Kreisverbände, um zu verhindern, dass die Unterstützer des unterlegenen Kontrahenten Friedrich Merz von der Fahne gehen. Er sei aber, so zitiert das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ein CDU-Präsidiumsmitglied, öffentlich zu wenig präsent. Dass CSU-Chef Söder Dauergast in den Diskussionssendungen sei, schade den Ambitionen der

CDU. Zwar betonen die beiden Schwesterparteien stets, dass die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur einmütig falle, doch in der CDU gibt es nur ein Szenario, das schrecklicher wäre als ein CSU-Kanzler: die Opposition.

CDU-Horror-Szenario CSU-Kanzler

Danach sieht es zurzeit allerdings nicht aus. Noch ist der Abstand zu allen Rivalen beachtlich. Selbst wenn die Corona-Stimmung vollends kippen sollte, würde die SPD als derzeitiger Juniorpartner kaum profitieren. Die Grünen, von vielen in der Union als kommender Wunschpartner auserkoren, werden mit dem Thema Pandemie nicht richtig warm. Profitieren könnten vor allem die Liberalen. Zwar gilt es als unwahrscheinlich, dass FDP-Chef Christian Lindner noch einmal die Verhandlungen über ein Jamaika-Bündnis wie 2017 platzen lassen könnte, doch vor einer zweistelligen FDP nach der Bundes-

tagswahl graut es führenden CDU-Politikern. Lindner könnte dann vor Kraft kaum noch gehen, heißt es in Berlin.

Die Unruhe wird größer, auch weil die CDU vor zwei unangenehmen Landtagswahlen steht. In Baden-Württemberg, wo man eigentlich den einzigen grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann ablösen wollte, macht Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann eine schlechte Figur. In Rheinland-Pfalz schlägt sich CDU-Herausforderer Christian Baldauf zwar wacker, aber ob es für einen Machtwechsel reichen wird, ist höchst ungewiss.

Laschet wird in diesem Zusammenhang der Vorwurf gemacht, auch in diesen Wahlkämpfen – vielleicht wegen Corona – zu wenig präsent zu sein. Öffentlich sagt das noch keiner. Aber sollte die Union schwach ins Superwahljahr starten, würde die Diskussion aus den Parteizirkeln nach außen dringen. Markus Söder kann eigentlich beruhigt zuschauen.



Der CDU-Vorsitzende hat in der Kanzlerfrage sein CSU-Pendant im Nacken: Armin Laschet und Markus Söder (v.l.)

Foto: pa

BADEN-WÜRTTEMBERG

Konkurrenz für die etablierten Parteien

Bei der Landtagswahl übernächsten Sonntag treten auch die Klimaliste und die Freien Wähler an

Bei den diesjährigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg treten neben Grünen, CDU, AfD, SPD und FDP noch 16 weitere Parteien an. Vor allem die erst vergangenen September gegründete „Klimaliste“, in der viele den politischen Arm der „Fridays for future“-Bewegung sehen, schien zumindest anfänglich gute Chancen zu haben, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Die Neuen machten den von Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf Regierungskompromisse getrimmten Grünen starke Konkurrenz.

In 67 von 70 Wahlkreisen schiebt die Klimaliste Kandidaten ins Rennen. Bei nur 400 Mitgliedern bedeutet dies, dass fast jedes fünfte Mitglied kandidiert. Vor allem in knappen Wahlkreisen könnte die Klimaliste die Grünen entscheidende

Stimmen kosten. Deshalb nahmen diese noch im Dezember verzweifelt eines der Hauptziele der Klimaliste, die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf 1,5 Grad zu begrenzen, ins eigene Wahlprogramm auf.

Daraufhin knirschte es im Gebälk der Klimaliste gewaltig. Viele sahen das eigentliche Ziel der Partei erreicht und wollten sich zurückziehen. Bei einer Vorstandssitzung im Januar legten vier der sechs Vorstandsmitglieder ihre Ämter nieder und zogen sich auch von der bereits aufgestellten Kandidatenliste zurück. Die Verbliebenen warfen ihnen vor, von den Grünen gekauft worden zu sein. Erst auf einem verschobenen digitalen Sonderparteitag am 19. Februar konnte die Klimaliste einen neuen Vorstand wählen und

ihre Kandidatur für die Landtagswahlen vorerst sicherstellen.

Die neuen Führungsfiguren der Liste sind keine Schüler oder Studenten mehr, sondern eher Leute mit Berufserfahrung und gesetztem Alter. In der Wählergunst haben sie durch das taktische Gefeiße an Zustimmung verloren. Eine Gefahr für Kretschmanns Mehrheit sehen in der Klimaliste in deren Ursprungsland nur noch wenige. Die Grünen scheinen sich durchgesetzt und ihre linken Abweichler unter Kontrolle bekommen zu haben.

Im liberal-konservativen Wählermilieu könnte es durch die Teilnahme der „Freien Wähler“, die in 69 Wahlkreisen antreten, Umwälzungen geben. Hauptthema der Freien Wähler im Bindestrichstaat ist die Wiedereinführung des neun-

jährigen Gymnasiums als Regelschule, in Zeiten von Corona nicht gerade ein Thema, das viele Wähler vom Hocker haut. Im benachbarten Bayern sind die Freien Wähler mit 11,6 Prozent jedoch seit der Landtagswahl 2018 eine Macht. Ihr Bundeschef, Hubert Aiwanger, ist der Stellvertreter des CSU-Vorsitzenden Markus Söder als Ministerpräsident Bayerns.

Die Freien Wähler wollen vor allem Protestwähler von der AfD abwerben, die im Südweststaat seit ihrem erstmaligen Einzug in den Landtag 2016 ziemlich zerstritten agiert hat. Auch könnte die Niederlage von Friedrich Merz bei der Wahl des CDU-Vorsitzenden den einen oder anderen von dessen im deutschen Südwesten recht zahlreichen Anhängern in die Hände der Freien Wähler treiben. *Bodo Bost*

SICHERHEIT

Senat schwächt die Polizei weiter

Beamten wird die Maskierung weitgehend verboten – Demonstranten sollen sich verummnen dürfen

VON NORMAN HANERT

Bereits das Antidiskriminierungsgesetz für den öffentlichen Dienst haben viele Berliner Polizeibeamte als einen generellen Misstrauensbeweis von Rot-Rot-Grün aufgefasst. In der Schlussphase der Legislaturperiode sorgt die Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen mit einer Reihe von Neuregelungen nun sogar dafür, dass sich die Entfremdung zwischen Ordnungshütern und Politik noch vertieft.

Noch im Februar wurde eine Anordnung der Landespolizeidirektion bekannt, die es Polizisten nur noch in Ausnahmefällen erlaubt, ihre Identität bei Einsätzen durch eine sogenannte Sturmhaube zu schützen. Diese Hauben, die Nase, Mund und Hals bedecken, sollten verhindern, dass Beamte bei Einsätzen, etwa im Clan-Milieu oder der Rockerszene, fotografiert und anschließend in ihrem Privatleben von Kriminellen bedroht werden.

Künftig werden nur noch Beamte von Sondereinheiten der Berliner Polizei, etwa des SEK, ihre Gesichter mit Hilfe von Sturmhauben verdecken dürfen. Wie aus einem polizeiinternen Schreiben hervorgeht, sieht die Polizeiführung grundsätzlich keine „Notwendigkeit zum Tragen eines Identitätsschutzes“. Zur Begründung führt die Landespolizeidirektion an, es sei bisher nur drei Mal „zu Eingriffen in das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Dienstkräfte“ gekommen. Was übersehen wird: Die geringe Zahl der Fälle kann im Gegensatz zur Sichtweise der Polizeiführung natürlich auch als Beleg für die Wirksamkeit der bisherigen Schutzpraxis gesehen werden.

Gut für Clans und Autodiebe

Für weiteren Unmut bei Berlins Ordnungshütern sorgt der Entwurf für das neue Polizeigesetz. Nach dem Willen der rot-rot-grünen Koalition soll das Landesparlament im Lauf des März über die Neuregelung abstimmen. In den Gesetzesentwurf für das neue Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz haben SPD, Linkspartei und Grüne derart viele Beschränkungen für die Polizei hineingeschrieben, dass Norbert Cioma von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) bereits warnt, das Gesetz werde den heutigen Anforderungen der Kriminalitätsbekämpfung



Künftig erlaubt: Vermummte bei den Berliner Mai-Krawallen 2018

Foto: Imago images/Peter Homann

fung „nicht mal im Ansatz gerecht“. „Rot-Rot-Grün muss sich gefallen lassen, dass nicht wenige Leute den Eindruck gewonnen haben, die Sicherheit dieser Stadt sei unwichtig“, so der Gewerkschafter. Tatsächlich fehlt in dem Entwurf vieles, was in anderen Bundesländern mittlerweile Standard bei der Kriminalitätsbekämpfung ist.

Berlin, eine Hochburg des Autoklaus, soll nach dem Willen von Rot-Rot-Grün beispielsweise auf die Möglichkeit einer Schleierfahndung verzichten. Brandenburg setzt dieses Mittel unter anderem gegen osteuropäische Autoschieber ein. Berlins Polizei soll auch keine elektronischen Fußfesseln einsetzen dürfen, um Terrorverdächtige und Schwerkriminelle im Blick zu behalten.

Der sogenannte Unterbindungsgewahrsam, mit dem die Sicherheitskräfte Personen festhalten können, um schwere Straftaten zu verhindern, wird in Berlin von bisher vier auf zwei Tage ver-

kürzt. Auch bei der Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten oder dem Abhören von verschlüsselten Telefonaten, der sogenannten Quellen-TKÜ, bleibt das Gesetz hinter dem zurück, was für Polizisten in anderen Bundesländern längst Normalität bei der Kriminalitätsbekämpfung ist.

Der Verzicht auf solche Möglichkeiten steht im scharfen Kontrast zur hohen Kriminalitätsbelastung der deutschen Hauptstadt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Burkard Dregger, erinnert daran, dass Berlin seit Jahren das Bundesland mit den „meisten Straftaten und der schlechtesten Aufklärungsquote“ sei. „Jetzt hat es auch noch das schlechteste Polizeigesetz Deutschlands“, so Dregger.

„Bonbon für den Schwarzen Block“

Ausdrücklich als bundesweiter Vorreiter sieht sich Rot-Rot-Grün beim kürzlich beschlossenen „Versammlungsfreiheitsge-

setz“. Im Gegensatz zum Verbot für Polizisten, ihre Identität bei Einsätzen zu schützen, lockert das neue Gesetz das bisherige Vermummungsverbot für Demonstranten. Nach dem Willen der Koalition soll es in Berlin künftig auch nicht mehr nötig sein, dass bei Demonstrationen der Polizei ein Ansprechpartner benannt wird. Die Versammlungsbehörde wird dafür aber verpflichtet, den geplanten Streckenverlauf einer Demo künftig zu veröffentlichen. Diese letztere Forderung erheben linke Aktivisten und die Antifa schon länger, damit sie Attacken auf unliebsame Kundgebungen besser planen können.

Für die GdP machen die zahlreichen Fehler das Gesetz zu einem „Freifahrtsschein für Extremisten“. Der FDP-Innenpolitiker Holger Krestel nannte im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses die „Aufweichung“ des Vermummungsverbots einen „Bonbon für Vertreter des Schwarzen Blocks“.

CORONA

Berlins Amtsärzte fordern Kurswechsel

Kritik zielt ins Herz der bisherigen Lockdown-Rechtfertigung: den Inzidenzwert der Positivtestungen

Es ist ein Paukenschlag: Die Amtsärzte aller zwölf Berliner Bezirke drängen beim Senat auf einen Strategiewechsel in der Bekämpfung der Corona-Pandemie. In einem Brief an die Senatskanzlei schreiben die Mediziner, es sei „nicht zielführend, Eindämmungsmaßnahmen an Inzidenzen von 20/35/50 zu koppeln“. Aus Sicht der Amtsärzte bilden diese Inzidenzen „nicht das wirkliche Infektionsgeschehen ab“.

Altersgruppen seien entscheidend

Abhängig sind die Inzidenzen laut den Amtsärzten von Testkapazitäten und dem Testwillen der Menschen. Folge seien „Schwankungen, die nicht die infektiologische Lage widerspiegeln“. Es sei ein Unterschied, ob Inzidenzen durch Schwerpunkt-Ausbrüche an einem Ort

oder breite Durchseuchung zustande kämen. Ebenso entscheidend sei, welche Altersgruppen infiziert seien, so die Mediziner in ihrem Schreiben. Ein „großer Unterschied“ besteht aus Sicht der Amtsärzte darin, ob bei einer Inzidenz von 50 (Positivtestungen pro 100.000 Einwohnern) vor allem Risikogruppen betroffen sind, oder ob alle Menschen über 80 bereits durchgeimpft seien oder es sich bei den Infizierten um Kinder ohne Symptome handelt.

Dementsprechend sollten die politischen Maßnahmen ausgerichtet werden: Die Amtsärzte befürworten einerseits „intensive Maßnahmen der Infektionsprävention“ für Alte und Kranke. Gleichzeitig aber sollten die Maßnahmen für andere Gruppen, etwa für Schulkinder, abgemildert werden.

Kritik äußern die Ärzte insbesondere an Strategien wie „NoCovid“. Unter diesem Schlagwort hatte eine Gruppe von Wissenschaftlern im Februar einen Plan für Corona-freie „grüne Zonen“ in Europa vorgestellt. In diesen Zonen sollten Beschränkungen des Alltagslebens aufgehoben werden, wenn örtlich die Pandemie unter Kontrolle ist.

Ablehnung für „NoCovid“

Menschen aus „roten Zonen“ mit weiterhin hohen Inzidenzwerten würden dagegen weiter strengen Pandemie-Maßnahmen unterworfen. Die Berliner Amtsärzte vertreten die Meinung, dass solche Konzepte „den Lebenswirklichkeiten nicht gerecht“ würden und auch Fragen der öffentlichen Gesundheit völlig außer Acht ließen.

Nicolai Savaskan, einer der zwölf Amtsärzte, äußerte sich inzwischen auch zur Frage der Schnelltests. Der Leiter des Gesundheitsamts Neukölln plädiert dafür, die Tests zum Selbermachen kostengünstig abzugeben. „Also quasi fast kostenlos, ähnlich wie bei Rezeptgebühren. Sonst schaffen wir soziale Unterschiede der Bewegungsfreiheiten“, so Savaskan, der seit Anfang vergangenen Jahres Amtsarzt in dem Bezirk mit 330.000 Einwohnern ist.

Sobald genug Tests zum Selbermachen zur Verfügung stehen, soll es nach Meinung von Savaskan klare Konzepte geben: „Der Lockdown zerrt an den Nerven. Wenn man die Selbstverantwortung fördert und den Sinn dieser Maßnahmen für mehr Freiheiten kommuniziert, dann wird das auch angenommen.“ N.H.

KOLUMNE

Rot-Rot-Grün vor dem Ende?

VON THEO MAASS

Noch vor Wochen sah es so aus, als sei eine weitere rot-rot-grüne Stadtregierung das unausweichliche Schicksal Berlins, dessen Bürger am 26. September ein neues Abgeordnetenhaus wählen sollen. Doch plötzlich lassen die Umfragen auch eine Regierung aus SPD, CDU und FDP möglich erscheinen. Die SPD setzt sich immer deutlicher von den Vorstellungen der grünen Verkehrsministerin Regine Günther ab.

Eine autofreie Stadt will die SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Franziska Giffey jedenfalls nicht. Auch den weiteren Ausbau der Autobahn A 100 (Bauabschnitt 17) dürfte die SPD zur Sollbruchstelle eines weiteren rot-rot-grünen Bündnisses machen. Das Bundesverkehrsministerium hatte klugerweise die Bauabschnitte 16 und 17 im Bundesverkehrswegeplan 2030 zusammengelegt, sodass eine separate Bürgerbeteiligung und Umweltprüfung entfällt.

Und dann ist da noch die U-Bahn. Günther lehnte zu Beginn der Legislaturperiode eine Erweiterung des U-Bahn-Netzes strikt ab. Stattdessen träumte sie von weiteren Straßenbahnlinien, brachte aber nicht einmal das zustande. Inzwischen ist der Ausbau der U 7 zum Flughafen BER unstrittig, im Westen wird die Linie in Spandau ebenfalls bis zur Stadtgrenze weitergebaut. In Zehlendorf – im Südwesten der Stadt – soll die U 3 möglicherweise bis nach Kleinmachnow verlängert werden. Zwei weitere Linien stehen ebenfalls zur Diskussion. Selbst die schon in den 1920er Jahren geplante, vollkommen neue Linie 10 von Pankow und Weißensee über Berlin-Mitte in den Westteil der Stadt scheint wieder realisierbar.

Schaut man genau hin, demütigt die SPD damit die Verkehrsministerin. Abgesehen davon ist auch die Oppositionspartei AfD keine Freundin von Günther. Diese hat nur noch in der Linkspartei einen Verbündeten. Die muss aber aufpassen, dass sie damit ihre Wählerschaft im Ostteil Berlins nicht verärgert.

MELDUNG

„Unwille zur Schau gestellt“

Potsdam – Wie eine mündliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Volker Nothing (AfD) ergab, hat im Jahr 2020 im Land Brandenburg rund die Hälfte aller sogenannten Flüchtlinge ihre Deutschkurse abgebrochen. Der migrationspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion wertete die hohe Abbrecherquote bei den Kursen als Zeichen dafür, dass die Integrationsbemühungen der Landesregierung von „vornherein zum Scheitern verurteilt sind“. Nothing, der 2019 ein Direktmandat für den Landtag erzielt hat, bezeichnete das Erlernen der deutschen Sprache als Grundvoraussetzung jeder gelingenden Integration: „Wer nicht einmal gewillt ist, einen Kurs zum Erlernen der Sprache des Landes, welches ihm Schutz, kostenlose Unterkunft und Verpflegung gewährt, abzuschließen, stellt seinen Unwillen zur Integration offen zur Schau.“ N.H.

● MELDUNGEN

Gute Chancen für Trump

Washington – Knapp sieben Wochen nach seinem Auszug aus dem Weißen Haus genießt Donald Trump unter den Anhängern der Republikanischen Partei noch immer eine hohe Popularität. Bei einer Umfrage von „USA Today“ bei Wählern der Republikaner gaben 46 Prozent der Befragten an, sie würden von den Republikanern zu einer Trump-Partei wechseln, sollte der ehemalige Präsident eine eigene Partei gründen. Nur 27 Prozent der Befragten gaben an, bei den Republikanern bleiben zu wollen, der Rest der Befragte äußerte sich unentschieden. Etwa 85 Prozent der Teilnehmer gaben an, dass sie im Jahr 2024 für Donald Trump stimmen würden, wenn er die republikanische Nominierung für das Präsidentenamt gewinnen würde. Fast 80 Prozent der Befragten sagten, sie würden mit geringerer Wahrscheinlichkeit für einen republikanischen Kandidaten stimmen, der die Amtsenthebung Donald Trumps unterstützt hat. N.H.

Kiew verbietet TV-Sender

Kiew – Wladimir Selenskij hat drei russischsprachigen Fernsehsendern die Sendelizenz entzogen, weil sie „Propaganda im Sinne Russlands“ betrieben haben sollen. Bei den Sendern handelt es sich um „112“, „ZIK“ und „News One“, die formal Taras Kosak, einem Abgeordneten der erstarken Oppositionsplattform, gehören. Sie sollen aber ein Teil des Medienimperiums von Viktor Medwedtschuk sein. Dieser soll nicht nur in Sowjetzeiten ein Agent des KGB gewesen sein, sondern er ist auch seit Jahren mit dem Erzfeind der Ukraine, Wladimir Putin, befreundet. Der Kremlchef soll sogar der Patenonkel von Medwedtschuks Tochter sein. Der Oligarch führte nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs als Vermittler die ersten Konsultationen mit den prorussischen Separatisten im Donbass. Er steht seit März 2014 auf der Sanktionsliste der US-Administration. MRK

Drei Jahre Haft für Sarkozy

Paris – Erstmals in der Geschichte der im Jahr 1958 gegründeten V. Republik wurde ein ehemaliger französischer Staatschef in einem Korruptionsverfahren zu einer Haftstrafe verurteilt. Nicolas Sarkozy, von 2007 bis 2012 französischer Präsident, wurde für schuldig befunden, 2014 über Gilbert Azibert, einen damaligen Generalanwalt vom Kassationsgericht, vertrauliche Informationen über Ermittlungen gegen seine Person erhalten zu haben. Als Gegenleistung soll Sarkozy Azibert bei der Bewerbung um einen Posten im Fürstentum Monaco behilflich gewesen sein. Das Pariser Strafgericht verurteilte Sarkozy zu drei Jahren Haft, davon zwei Jahre auf Bewährung. Das Urteil beruht auf abgehörten Telefonaten zwischen Sarkozy und seinem Anwalt Thierry Herzog. Der Verurteilte kündigte an, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Schon am 17. März droht dem Ex-Präsidenten ein weiterer Prozess, in dem es um illegale Wahlfinanzierung im Jahr 2017 geht. Mehrere Zeugen belasten Sarkozy schwer. MRK

TREFFEN IN SOTSCHI

Die letzten ziemlich guten Verbündeten

Nach Massenprotesten in Weißrussland und Russland – Lukaschenko kam nicht nur als Bittsteller

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Als Alexander Lukaschenko vor einem halben Jahr Wladimir Putin besuchte, stand sein politisches Schicksal unter keinem guten Stern. Massenproteste gegen das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl vom August 2020, bei der Lukaschenko offiziell 80 Prozent der Stimmen holte und die Opposition ihm massive Wahlfälschung vorwarf, ließen den Kreml von seinem hitzköpfigen Verbündeten abrücken. Moskau forderte politische Reformen von ihm sowie Neuwahlen. Es sah so aus, als wolle Russland den seit 26 Jahren regierenden Autokraten loswerden.

Der erklärte sich jedoch nur zögerlich zu den geforderten Reformen bereit und spielte auf Zeit. Am 22. Februar traf er seinen „Freund-Feind“ Putin unter besseren Voraussetzungen: Mit äußerster Härte war es ihm gelungen, die Opposition zu unterdrücken. Er erklärte die aktuellen Demonstrationen in Russland zur Fortsetzung der weißrussischen Proteste. Mit seiner unbeugsamen Haltung machte er Putin vor, wie man „mit den von westlichen Puppen-

spielern befohlenen Orangenen Revolutionen“ fertig wird. Augenblicklich folgt Putin offenbar diesem Muster.

Erfolgreiche Verhandlungen

Sotschi war eine gute Gelegenheit für Lukaschenko, seine Position gegenüber Moskau zu festigen. Das Referendum zur Verfassungsänderung soll erst Anfang 2022 stattfinden, und wann Neuwahlen angesetzt werden, ließ Lukaschenko offen. Dem konnte Putin kaum etwas entgegensetzen. Batka, das Väterchen, wie Lukaschenko zu Hause genannt wird, hatte ihm schließlich bewiesen, dass es auch ohne Referendum geht. Bis zum Februar 2022 wurden die Sanktionen des Westens gegen weißrussische Regierungsmitglieder verlängert. Also bleibt Zeit, die Beziehungen zum einzigen Verbündeten in Europa zu verbessern.

In freundschaftlicher Stimmung konnte Lukaschenko Putin die Zusage für einen Sofortkredit in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar abringen sowie den Bau des lange geplanten Weißrussischen Atomkraftwerks und die Öffnung des russischen Marktes für weißrussische Produkte. Mit

frischem Geld aus Moskau konnte Lukaschenko in der Vergangenheit sein Volk stets in Schach halten.

Im Gegenzug sagte Lukaschenko zu, Warenlieferungen künftig über russische statt über litauische und lettische Häfen abwickeln zu wollen. Eine Zusage, auf die Putin schon seit sieben Jahren hingearbeitet hatte. Bislang wickelte Weißrussland seine Öl- und Kalilieferungen über die eisfreien Häfen im Baltikum ab, zumal diese wegen der kürzeren Wege und den zuverlässigen europäischen Standards punkten konnten. Seit Litauen und Lettland aber die weißrussische Opposition unterstützen und dem Stab der Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja in Wilna Asyl gewährt wurde, dürfte ihm diese Entscheidung nicht schwergefallen sein. Er bekräftigte, dass er den Weg des „Multivektorismus“, das heißt, die Ausrichtung auf den Westen und Russland, verlassen und wieder die besonderen Beziehungen zur Russischen Föderation pflegen werde.

Die nach außen demonstrativ gezeigte Stärke und Zuversicht der „letzten ziemlich guten Verbündeten“ im Osten Euro-

pas kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für beide bald schon eng werden könnte.

Putin hat sich mit der Verhaftung Alexej Nawalnyjs neue Feinde geschaffen und seinen Gegner zu einer Art moralischer Instanz erhoben, die selbst eingefleischte Putin-Anhänger zu „Nawalisten“ werden lässt. Umfragewerte untermauern diesen Trend. Die verzweifelte Art und Weise, mit der Putin Oppositionelle verfolgt, weist Parallelen zum ungeschickten Agieren des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch auf. Seinem Sturz 2014 war die Verhaftung der protestlichen Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko vorausgegangen, die damit zur Märtyrerin und Symbolfigur wurde. Zwar hat Nawalnyj sich selbst zum Märtyrer erkoren, doch zwingt der Umgang der Regierung mit ihm viele Russen, Stellung zu beziehen.

In Putins wie auch in Lukaschenkos Reich trägt die Opposition ein junges Gesicht. Im Gegensatz zu älteren Generationen hat die Jugend sich modernisiert, sie ist international vernetzt und lässt sich nicht mehr einschüchtern.

„Im Frühling ist er weg“

Lukaschenkos Sieg gegen die Opposition ist nur ein vorläufiger. So sieht es jedenfalls die im Exil lebende verhinderte Präsidentschaftskandidatin Tichanowskaja. Sie sagt selbst, dass die Opposition zurzeit die Straße verloren habe. Die Demonstranten hätten keine Möglichkeit, gegen die Gewalt des Regimes vorzugehen. Aber die Opposition sei dabei, „Strategien für zukünftige Kämpfe“ zu entwickeln. Die Strategie sei, solange Druck auf die Regierung auszuüben, bis die Leute ihn mit einer neuen Protestwelle stürzen könnten. „Ich denke, im Frühling ist er weg“, sagt sie im Interview. Sie zählt auf die Unterstützung des Westens, verlangt schärfere Sanktionen gegen Lukaschenko von der EU. Sie befindet sich in ständigem Kontakt mit den Regierungschefs westlicher Länder und insbesondere mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden.

Das dürfte ganz im Interesse Bidens sein. Er hat bereits einen härteren Kurs gegenüber Russland angekündigt. Möglich, dass er die Opposition in Weißrussland unterstützen wird, um einen Sturz Lukaschenkos herbeizuführen und Russlands Einfluss einzudämmen. Mit Umstürzen hat er bereits Erfahrung. Als US-Vizepräsident unter Barack Obama war Biden 2014 für die Ukraine-Politik der USA verantwortlich.



Zwei „Freunde“ im Schnee: Alexander Lukaschenko (r.) besuchte Wladimir Putin in dessen Residenz am Schwarzen Meer

IMMIGRATION

Athen weist „Pushback“-Vorwurf zurück

Griechenland sichert EU-Außengrenzen zur Türkei – Linke attackieren Frontex und griechische Polizei

Als im März 2020 die Türkei die Grenzen zur EU für Immigranten für offen erklärte und Griechenland das Grundrecht auf einen Asylantrag aussetzte, lobte die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen Griechenland noch als „europäischen Schild“. Dieser soll nun illegal sein, obwohl das, was Frontex und die griechische Polizei seitdem tun, nur eine Fortsetzung dieser Politik ist.

Die konservative griechische Regierung hat seit einiger Zeit die Kontrolle über die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen ausgeweitet. Gegen Dutzende solcher Organisationen sind Verfahren wegen unerlaubter Absprachen

mit Schleusern eingeleitet worden. Seit der türkische Präsident die Grenzen seines Landes mit Griechenland für seine aggressive Politik instrumentalisiert, bewacht Griechenland seine Grenzen zur Türkei, die gleichzeitig EU-Außengrenzen sind, besonders intensiv und verhindert, dass illegale Massendurchbrüche von Immigranten möglich sind.

Die EU hatte 2016 auf Anregung von Angela Merkel einen Handel über viele Milliarden Euro mit Recep Tayyip Erdoğan geschlossen, der illegale Grenzübertritte verhindern sollte. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex wurde damals in die Ägäis beordert, um den Griechen bei Grenz-

durchbrüchen auf dem Land und auf dem Meer zu helfen. Es werden immer wieder Vorwürfe gegen die griechischen Sicherheitsbehörden und Frontex erhoben, dass diese Migranten zum Teil mit Gewalt von einer Asylantragstellung in der EU abhalten würden.

Der griechische Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarachi, hat Berichte von Menschenrechtsorganisationen zurückgewiesen, nach denen griechische Grenzschilder an illegalen Zurückweisungen (Pushbacks) von Asylsuchern beteiligt gewesen seien sollen. Eingereicht wurden die Vorwürfe von der in Berlin ansässigen Organisation „Mare Liberum“. Der Verein,

der nach eigenen Angaben zwei Schiffe im Mittelmeer zur Beobachtung der Migrationsströme betreibt, wird von einer Gruppe von vorwiegend linksgrünen Stiftungen finanziert. Er will seit dem missglückten Grenzdurchbruch von Erdoğan im letzten Jahr 321 sogenannte Pushback-Vorfälle, also Grenzzurückweisungen, dokumentiert haben. Allerdings kann die Organisation nicht mit Gewissheit sagen, ob die Grenzdurchbrecher bereits auf griechischen Territorium waren, weil Erdoğan die Seegrenzen neu abgesteckt hat, sodass die Menschen, bevor sie auf einer griechischen Insel ankommen, eigentlich noch auf türkischen Territorium sind. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Die Bundesregierung wird sich in den nächsten Monaten anstatt auf fünf nur noch auf den Rat von vier der sogenannten Wirtschaftsweisen stützen können. Lars Feld, bislang Chef des Beratergremiums, hat Ende Februar seine zweite Amtszeit beendet. Eine Verlängerung um eine dritte Amtszeit ist am Druck des SPD-geführten Finanzministeriums gescheitert. Aus Verärgerung blockieren CDU und CSU vorerst die Nachbesetzung des Postens.

Die meisten Beobachter rechnen damit, dass in dieser Personalfrage vor den Bundestagswahlen im Herbst nichts mehr entschieden wird. Innerhalb des Sachverständigenrates ist nach dem Weggang von Lars Feld für den Bereich Finanzpolitik nun zunächst der gewerkschaftsnahe Ökonom Achim Truger zuständig. Truger lehnt die grundgesetzliche Schuldenbremse vehement ab. Feld hingegen ist ein erklärter Anhänger der Schuldenbremse.

Anhänger der Schuldenbremse

Beim Koalitionskrach um die Neubesetzung des Beraterpostens geht es um weit mehr als einen frühen Schlagabtausch im anbrechenden Bundestagswahlkampf. Die sogenannten Wirtschaftsweisen werden in den kommenden Jahren eine Rolle bei wichtigen Richtungsentscheidungen spielen. Deutschland und die anderen Länder der Eurozone werden sich dabei entscheiden müssen, wie sie mit den Bergen von Staatsschulden umgehen wollen.

Die Corona-Pandemie hat in Griechenland, Italien, Frankreich, Portugal, Belgien und Spanien die ohnehin hohe Staatsverschuldung nochmals extrem ansteigen lassen. Selbst die EU-Kommission prognostiziert für Italien bis Jahresende einen Anstieg der Verschuldung auf 160 Prozent der Wirtschaftsleistung, Griechenland könnte die Marke von 200 Prozent reißen.

Auf der anderen Seite wächst der Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB). Diese begründet ihre Anleihekäufe bislang mit dem Argument, sie müsse die Inflation bei zwei Prozent halten. Nun mehrten sich aber die Prognosen von Volkswirten, die für längere Zeit Inflationsraten über der EZB-Zielmarke sehen.

Der Wirtschaftsweise Volker Wieland warnte etwa unlängst vor zunehmenden Inflationsgefahren. In diesem Zusammenhang sprach er von der perspektivischen Notwendigkeit, dass die EZB ihre Geldpolitik dann wieder straffen müsse. Als Möglichkeiten nannte der Wirtschaftsweise den Stopp der Anleihekaufprogramme. Sollte der Preisdruck länger anhalten, müsste die EZB auch die Leitzinsen erhöhen, so Wieland.

Genau dies wäre für hochverschuldete Euro-Staaten aber ein höchst gefährlicher Mix. Die Frage, wie sich Staatsbankrotte



Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seiner Zusammensetzung bis vorigen Monat: Achim Truger, Veronika Grimm, Lars P. Feld, Volker Wieland und Monika Schnitzer (v.l.) Foto: Sachverständigenrat

RAT DER WIRTSCHAFTSWEISEN

Koalitionskrach um Lars Feld

Warum die SPD eine dritte Amtszeit des Chefs des Beratungsgremiums verhindert hat, und was das für die Finanzpolitik erwarten lässt

und ein Euro-Kollaps verhindern lassen, wenn die EZB-Geldflut stoppt, dürfte nach der Bundestagswahl ein Dauerthema werden. Nach der Blaupause des Corona-Wiederaufbauplans werden dann mit Sicherheit erneut Forderungen nach einer gemeinsamen Schuldenaufnahme der EU oder der Eurozone laut werden.

Befürwortern einer solchen Lösung wäre Deutschlands Schuldenbremse eher hinderlich. Den Deutschen müsste dann nämlich erklärt werden, warum hierzulande eine Schuldenbremse gilt, während für die EU Schulden in ganz großem Stil gemacht werden.

Bereits angelaufen ist eine Debatte über einen Schuldenschnitt für die Staaten der Euro-Zone durch die EZB. Der französische Ökonom Thomas Piketty ist vergangenen Monat mit einem „Schulden abschreiben, Zukunft gewinnen“ plakatierten Vorschlag an die Öffentlichkeit ge-

gangen. Der Franzose und seine Mitstreiter fordern, die EZB solle den Staaten ihre Schulden erlassen und die fast 2,5 Billionen Euro an Staatsschulden in ihrer Bilanz abschreiben. Die so entlasteten Staaten sollten sich in gleicher Höhe allerdings gleich wieder für einen „sozialen und ökologischen Sanierungsplan“ verschulden.

Warnung vor Inflationsgefahren

Zentralbank-Vizepräsident Luis de Guindos erteilte der Idee eine deutliche Abfuhr. Ein Schuldenerlass hätte negative Folgen für „Reputation, Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit“ der Notenbank, so der Spanier.

Tatsächlich wäre mit dem geforderten Schuldenerlass in Billionenhöhe der Status des Euro als Weltreservewährung dahin. Investoren würden die Schuldentilgung als Beleg für die Zahlungsun-

fähigkeit von Staaten wie Italien sehen. Zudem auch als Zeichen, dass Deutschland offenbar nicht gewillt ist, für die Schulden anderer Euroländer zu haften.

Mit dem Wahlsieg der US-Demokraten sind die Chancen für ein anderes Konzept gestiegen. In den Vereinigten Staaten diskutieren einige Ökonomen schon seit einiger Zeit die sogenannte Modern Monetary Theory (MMT). Dabei soll der öffentliche Sektor ganz offen von der Notenbank finanziert werden.

Den Regierungen kommt in der MMT die Aufgabe zu, über Steuern Geld wieder abzuschöpfen, um die Inflation zu begrenzen. Allein die Erfahrungen mit den gebrochenen Maastricht-Kriterien oder dem Anti-Schulden-Pakt der EU von 2012 lassen zweifeln, ob die Regierungen tatsächlich die notwendige Disziplin zeigten, wenn sie erst einmal direkten Zugang zur Geldpresse bekämen.

BERLIN

Mietendeckel wirkt, aber anders als gedacht

Sinkende Investitionen in Neubau, Instandhaltung und Modernisierung – Steigende Mieten im Umland

Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Mietendeckels ist die Bilanz zwiespältig. In einem juristisch höchst fragwürdigen Vorgang wurden in Berlin die Mieten zunächst auf den Stand vom 19. Juni 2019 eingefroren. In einem zweiten Schritt im vergangenen November mussten viele Vermieter zusätzlich die Miete absenken.

Für rund 1,4 Millionen Wohnungen gelte das Gesetz, und in 365.000 davon sei die Miete reduziert worden, erklärte der Berliner Mieterverein. Laut dem zuständigen Senator für Stadtentwicklung und Wohnen, Sebastian Scheel (Die Linke), halten sich die meisten Vermieter an das Gesetz. Insgesamt wurden rund 4300 Ver-

stöße dagegen gemeldet. Ein Effekt lässt sich nicht von der Hand weisen. Die Angebotsmieten in der Bundeshauptstadt sind laut dem Portal „Immobilien Scout24“ um 7,8 Prozent gesunken.

Mit den Mieten sinkt das Angebot

Dafür sind nicht nur in gut angebundenen Städten des Umlands wie der Landeshauptstadt Potsdam die Mieten um bis zu zwölf Prozent gestiegen, sondern auch das Angebot an freien Wohnungen in Berlin selbst ist gesunken. Außer den Etats für Neubauten wurden auch die für Instandhaltung und Modernisierungen spürbar zurückgefahren.

„Die mit dem Mietendeckel einhergehende Angebotsverknappung ist alarmierend. Menschen, die umziehen müssen, weil sie zum Beispiel neu nach Berlin kommen oder sich familiär vergrößern, finden dadurch viel schwieriger als ohnehin schon eine Wohnung“, heißt es in einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

„Eine historische Dummheit“

„Der Mietendeckel hat die angespannte Lage am Berliner Wohnungsmarkt dramatisch verstärkt“, formuliert es Andreas Mattner, Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses, des Spitzenverbandes

der Branche. „Die Zahl der zur Vermietung angebotenen Wohnungen hat sich innerhalb eines Jahres halbiert.“ Das Angebot an Wohnraum gehe zurück, Investitionen und Projektentwicklungen verlagerten sich in das Umland der Hauptstadt, kritisiert der Berliner Immobilieninvestor Jakob Mähren gegenüber dem „Handelsblatt“ und prophezeit: „Das wird in Zukunft noch richtig Probleme geben.“

„Eine historische Dummheit“ nennt die Berliner CDU das Gesetz, das bis zum Jahr 2025 befristet ist. Dass es danach noch in Kraft bleibt, glaubt selbst Scheel nicht. Er spricht von einer Atempause für die Mieter. Peter Entinger

MELDUNGEN

Goldgedeckte D-Mark

Auburn (Alabama) – In einem Artikel, der beim Miseses-Institut erschienen ist, hat sich der Bankberater Patrick Barron mit der Option einer Wiedereinführung der Deutschen Mark beschäftigt. Barron schlug in dem Artikel die künftige Anbindung der deutschen Währung an den Goldpreis vor. Aus Sicht Barrons könnte eine Reinstallierung der Deutschen Mark weltweit eine Kaskade von Reformen des Währungssystems in Gang bringen. In seinem Artikel äußerte der Autor die Meinung, Deutschland werde über das Eurozahlungssystem TARGET2 „von den meisten südeuropäischen Ländern ausgeplündert“. Dem könne Deutschland mit der Wiedereinführung einer eigenen Währung einen Riegel vorschieben. Auf längere Sicht sei damit zu rechnen, dass sich in Europa eine DM-Zone herausbilde. Für die daran beteiligten Länder würde die Stabilität der Mark bedeuten, dass sie ebenfalls eine Finanzpolitik mit mehr Verantwortungsbewusstsein betreiben müssten. N.H.

SPACs-Blase im Anzug

New York/ Frankfurt – Sogenannte SPACs verdrängen in den USA zunehmend herkömmliche Börsengänge. Bei einer Special Purpose Acquisition Company (SPAC), handelt es sich um ein Zweckunternehmen, das zunächst über einen Börsengang Kapital einsammelt und erst in einem zweiten Schritt eine bereits bestehende Firma übernimmt. In den USA sind im vergangenen Jahr 248 SPACs an die Börse gegangen. Das entsprach gut einem Drittel aller Börsengänge. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres erlebten in den USA bereits 70 SPACs ihr Börsendebüt. In Frankfurt am Main wurde vergangenen Monat erstmals in diesem Jahr auch auf einem deutschen Börsenparkett eine leere Unternehmenshülle gehandelt. Die SPACs gelten insbesondere für Startup-Unternehmer als ein schneller und günstiger Weg, an die Börse zu kommen. Kritiker warnen allerdings schon vor spekulativen Übertreibungen und Betrugsmöglichkeiten beim Geschäft mit den Börsenmänteln. N.H.

Impfstoff für Tschechien

Prag – Da Tschechien aktuell die höchste Corona-Inzidenzrate in der gesamten EU verzeichnet, wollen die drei Bundesländer Thüringen, Bayern und Sachsen mit insgesamt 15.000 Impfstoff-Dosen aushelfen. Um welchen der drei in Deutschland zugelassenen Impfstoffe es sich handelt, wollte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmann dem MDR nicht sagen. Überschüssige Dosen gibt es derzeit nur beim britisch-schwedischen Vakzin AstraZeneca, das hierzulande nur an Menschen unter 65 Jahren verimpft werden darf und gegen das es große Vorbehalte in der Bevölkerung gibt. Der tschechische Ministerpräsident Andrej Babis kündigte an, aufgrund der prekären Lage auch den russischen Impfstoff Sputnik V und den des chinesischen Herstellers Sinopharm nutzen zu wollen, obwohl für diese keine europäische Genehmigung vorliegt. MRK

KOMMENTARE

Riskanter Kurswechsel

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Um den Geldgebern der EU seinen Reformwillen unter Beweis zu stellen, um den nationalistischen Kräften in seinem Land nachzugeben oder um den voraus-eilenden Gehorsam gegenüber dem neuen US-Präsidenten Joe Biden unter Beweis zu stellen, hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij drei russischsprachige Fernsehsender abgeschaltet (siehe Seite 6). Einen Oligarchen-Sender hat er allerdings vergessen zu sanktionieren, nämlich den Sender 1+1 des in der Ukraine äußerst umstrittenen Oligarchen Igor Kolomojskij. Ob das daran liegt, dass Selenskij erfolgreiche Komikserie „Diener des Volkes“ jahrelang über diesen Sender ausgestrahlt wurde und Kolomojskij es war, der den Schauspieler 2019 ins Amt gebracht hat?

Selenskij, der selbst aus dem russischsprachigen Südosten der Ukraine stammt, hat einen riskanten Kurswechsel eingeschlagen, wenn er statt auf eine Politik des Ausgleichs zu setzen, seine politischen Gegner scharf angreift. Seine Beliebtheitswerte sind bereits in den

Keller gesunken. Einer Umfrage zufolge würde nur noch ein Fünftel der Ukrainer wieder für Selenskij stimmen. Seine Unterstützer, die ihm geglaubt hatten, er werde den unpopulären Krieg in der Ostukraine schnell beenden, wurden bitter enttäuscht. Korruption und Rechtslosigkeit herrschen immer noch vor in der Ukraine, versprochene Reformen blieben aus.

Die Enttäuschung spielt der Oppositionsplattform des Oligarchen Viktor Medwedschuk in die Hände. In Umfragen liegt sie bereits auf Platz eins, während die Präsidentenpartei an Zustimmung verliert und selbst im Parlament faktisch keine Mehrheit mehr hat. Die rechtliche Grundlage für Selenskij's Senderschließungen ist dünn. Selbst russlandkritische Journalisten sprechen von einem Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Die Ukraine ist mehr denn je auf die Hilfe des Westens angewiesen, doch der will vor allem Ergebnisse bei der Korruptionsbekämpfung sehen. Und wie die USA mit nicht mehr haltbaren Statthaltern umgehen, dürfte hinlänglich bekannt sein.

Heikle Fragen

HANS HECKEL

Manche machten gleich um Mitternacht auf und feierten ihre Wiedereröffnung wie die Entlassung aus der Haft. Ge gönnt sei es den Frisuren! Doch was mussten Einzelhändler, Gastronomen und ihre Leidensgenossen empfinden angesichts der Freudenbilder?

Für sie muss es sich angefühlt haben wie ein weiterer Stich in die offene Wunde. Denn ihre Existenz blieb zunächst jeden weiteren Tag ernster bedroht, obschon das Infektionsrisiko bei ihnen keinen Deut höher liegt. Wer etwa wollte einem Baumarktbetreiber weismachen, dass sich die Kunden in seinen Hallen leichter anstecken als in einem kleinen Friseurgeschäft? Warum ist das Sitzen an einem Restaurantisch riskanter als auf dem Frisierstuhl?

Die Regierenden mögen kalkuliert haben, mit der Öffnung der Salons Druck von der Corona-Front zu nehmen. In Wahrheit geschah das Gegen-

teil: Nun wuchs der Druck auf die Politik erst recht, und dort brach erhebliche Hektik aus.

Angefacht hatten die Stimmung im Volk auch groteske Bilder aus Düsseldorf und Hamburg, wo „Verweilverbote“ und die wilde Jagd mit Blaulicht und Martinshorn auf einen 17-Jährigen „Maskensünder“ vielen Deutschen den letzten Rest von Verständnis für die Corona-Maßnahmen der Politik raubten.

Immer mehr Bürger fragen sich angesichts solcher absurden Szenen, was die verantwortlichen Politiker eigentlich antreibt bei ihrem Tun. Der Aerosolforscher Gerhard Scheuch hat unmissverständlich klargemacht, dass die Infektionsgefahr unter freiem Himmel praktisch null ist. Medizinische Gründe für „Verweilverbote“ oder absurde Jagdszenen gibt es also nicht. Aber was ist es dann? Die Lust an der Schikane? Der bloße Rausch der Macht?

Das sind die Fragen, die sich nun den Deutschen aufdrängen.



FOTO: SHUTTERSTOCK

Vom Symbol für Freiheit und Wohlstand zum geächteten Vergnügen: Das Fahren mit dem Auto

KOLUMNE

Abschied vom freien Markt

FLORIAN STUMFALL

Man muss nicht unbedingt die auf unabsehbare Zeit das Leben bestimmenden, völlig willkürlichen Einschränkungen von Grundrechten im Namen der Volksgesundheit ins Feld führen, wenn man einen seit Jahren anhaltenden autoritären Zug der deutschen Politik nachweisen will. Diese Entwicklung ist zunächst an scheinbar kleinen Einzelheiten bemerkbar, welche das wirtschaftliche Leben betreffen. Da aber eine ökonomische Ordnung aufs engste mit der politischen zusammenhängt, greift eins ins andere über, und aus der Reglementierung der Wirtschaft wird sehr schnell ein politisches Befehlssystem.

So stellte die geraume Zeit zurückliegende, von der Kanzlerin Angela Merkel erlassene, marktwidrige Verfügung, das sogenannte Bio-Benzin einzuführen, nur einen ersten Schritt dar. Es ist nicht Aufgabe des Staates, bestimmte Produkte einzuführen. Das macht in einer freien Wirtschaft der Markt, das heißt, im Endeffekt der Verbraucher durch seine Nachfrage. Jetzt aber, da von Bio-Benzin niemand mehr redet und jeder damit fährt, und nach einer Phase der Verdammung von Dieselmotoren kommt der nächste Schritt: das Elektroauto.

Schon gibt es staatliche Vorgaben, wie viel Prozent der Personenkraftwagen bis zu welchem Zeitpunkt elektrisch angetrieben werden sollen. Von der Sinnhaftigkeit einer solchen Regel, Kernenergie und Kohlekraftwerke abzuschaffen und gleichzeitig einen immensen Bedarf an Strom hervorzurufen, einmal ganz abgesehen – es ist nicht Sache eines freiheitlichen Staates, der Wirtschaft Weisung zu erteilen. Das war Kennzeichen des real existierenden Sozialismus, und wo es lange genug betrieben wird, führt es auch wieder dorthin.

Staatseingriffe in die Wirtschaft

Die sozialistische Morgenröte ist denn auch bereits am Horizont erkennbar. Die Grünen in Hamburg, die das Geschäft mit Hammer und Sichel längst so virtuos beherrschen wie die Roten aller Schattierungen, treten dafür ein, den Bau von Einfamilienhäusern in der Stadt zu verbieten. Dieser Ausdruck eines bürgerlichen Lebensentwurfs widerspricht ihren Vorstellungen von der egalitären Organisation einer Gesellschaft, wie sie in Plattenbauten sehr viel besser zum Ausdruck kommt.

Was den Hamburgern recht ist, ist den Berliner Grünen billig. Es ist kein Zufall, dass hier wieder einmal vom Auto die Rede ist, genauer gesagt vom privaten Personenkraftwagen. Einen solchen in Betrieb zu setzen, so planen die Grünen in der Bundeshauptstadt, soll den Bürgern vorerst zwölfmal im Jahr gestattet werden, später dann sechsmal, wobei jeweils gute Gründe für die Fahrt angegeben werden müssten. Das hat nicht einmal die DDR fertiggebracht.

Auf jeden Fall würde neben der unmittelbaren Wirkung, eine Nation in Bewegungslosigkeit festzuhalten, noch ein

In der Hauptstadt planen die Grünen, den Bürgern zwölfmal im Jahr das Fahren eines Autos zu gestatten

Zweites erreicht, nämlich der Ruin der deutschen Automobilindustrie und im Gefolge ein Absturz des Wirtschaftslebens in diesem Land bis auf das Nachkriegsniveau. Sage niemand, daran gebe es kein Interesse! Für jeden bankrotten Betrieb findet sich ein ausländischer Investor, der übernimmt.

Diese Beispiele zeigen Angriffe aus der Ecke des Sozialismus auf die Soziale Marktwirtschaft. Damit aber hat es sein Bewenden noch lange nicht. Denn wo hier der Staat ordnungswidrig Belange des Marktes übernimmt, gibt er anderswo Hoheitsrechte an die Wirtschaft ab. Das jüngste Beispiel betrifft die Zustelldienste, die Pakete austragen. Ein neues Gesetz sieht vor, das Personal dahingehend zu verpflichten, dass es bei dem Verdacht, ein Paket könne Drogen, Waffen oder sonst schädliche Konterbande beinhalten, dieses öffnet und den Inhalt kontrolliert.

Das bedeutet zunächst einmal eine Verletzung des Grundgesetzartikels 10, der das Fernmeldegeheimnis garantiert, und ebenso der Paragraphen 202 und 206 des Strafgesetzbuches, das Post- und Fernmeldegeheimnis betreffend. Nun ist zwar Merkels kreativer Umgang mit dem Recht längst bekannt, dennoch liegt hier

ein Fall eigener Art vor. Das neue Gesetz ist nämlich strafbewehrt, mit einem Bußgeld von bis zu 500.000 Euro. Wenn dies auch dem Unternehmen und nicht dem Paketboten dräut, so steht dieser doch unter einem gewaltigen Druck, der ihn dazu veranlasst, einmal zu oft als einmal zu wenig hinzulangen. Denn der Bruch von Verfassung und Strafgesetz bleibt für ihn ohne Folgen, Ärger bekommt er nur, wenn er sich an die Rechtslage hält.

Privatisierung von Staatsaufgaben

Doch damit ist es immer noch nicht getan. Denn die neue Bestimmung verlagert Hoheitsaufgaben der Polizei, nämlich für die innere Sicherheit zu sorgen, auf dafür weder ausgebildete noch legitimierte Privatpersonen. Wenn beim Sozialismus die Wirtschaft verstaatlicht wird, so kommt es hier zu einer Privatisierung von Hoheitsrechten. Das ist derselbe Vorgang wie beim unseligen „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“. Auch hier wird es den privaten Betreibern von Internetportalen übertragen, mit der Zensur von Texten hoheitliche Aufgaben zu übernehmen. Diese sonderbare Gepflogenheit erreicht ihren Höhepunkt bei „Handelsabkommen“ wie TTIP, die vorsehen, dass eine Rechtsprechung auf privater Basis, nämlich durch Rechtsanwaltskanzleien, Staaten auf Schadensersatz nicht nur verklagen, sondern in der eigenen Sache auch Urteile sprechen kann. Das ist die Privatisierung des Gerichtswesens auf internationaler Bühne.

Was aber haben die scheinbar gegenläufigen Entwicklungen miteinander gemein? Denn hier treffen einander der Sozialismus, bei dem der Staat die Wirtschaft reglementiert, und der Kapitalismus, unter dessen Flagge die Hochfinanz die Politik diktiert. Zunächst einmal haben sie beide denselben ordnungspolitischen Gegner: die Marktwirtschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die Politik regiert und der Markt im Rahmen der Gesetze für die Wirtschaft zuständig ist. Hochfinanz und Sozialismus lehnen beide den Wettbewerb ab, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik. Wer von beiden seine spezielle Auffassung wird verwirklichen können, soll sich erst zeigen, wenn die letzten freiheitlichen Ordnungen verschwunden sind.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tevs; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Der König des Tangos

Der Johann Strauß von Argentinien, aber auf „tangoisch“ – Vor 100 Jahren wurde Astor Piazzolla geboren

VON ANDREAS GUBALLA

Der argentinische Komponist Enrique Santos Discépolo fasste den Tango in die vielzitierten Worte zusammen: „Ein trauriger Gedanke, den man tanzen kann.“ Schmerzlich und schön, geheimnisvoll und leidenschaftlich – Tango ist mehr als Musik, mehr als Bewegung.

Tango ist so charakteristisch wie ein Wiener Walzer oder ein ungarischer Csárdás – aber eben viel heißer. Der größte Meister der Tango-Musik, gewissermaßen der Tango-König, ist Astor Piazzolla. Er brach mit den Regeln des traditionellen Tangos und brachte die volkstümliche argentinische Musik in die internationalen Konzerthäuser. Der legendäre argentinische Komponist und Bandoneon-Spieler wäre am 11. März 100 Jahre alt geworden.

Der Tango war für den jungen Piazzolla keine Liebe auf den ersten Blick. Als Sohn italienischer Einwanderer in Buenos Aires geboren, wuchs er in New York auf, wo er im Alter von sechs Jahren sein erstes Bandoneon von seinem Vater geschenkt bekam. Den Tango, mit dem dieses Instrument in Verbindung stand und den der Vater über alles liebte, mochte der Junior aber gar nicht. Vielmehr entdeckte er bald die klassische Musik für sich, vor allem die Kompositionen Johann Sebastian Bachs, die ein Pianist in der Nachbarschaft täglich spielte. Und er begeisterte sich für die Big-Band-Hits von Duke Ellington, George Gershwin und Benny Goodman.

Wegbereiter des „Tango Nuevo“

Tango, Bach, Jazz – das sollten die Inspirationsquellen für den Musiker Piazzolla werden, dem das Bandoneon schließlich doch ans Herz wuchs. Als er 16 Jahre alt war, kehrte er mit seiner Familie nach Buenos Aires zurück, nahm Kompositionsunterricht bei seinem Landsmann Alberto Ginastera, später bei Nadia Boulanger in Paris. Zunächst verschwieg er ihr, dass er bereits mehrere Tangos komponiert und gespielt hatte und präsentierte ihr seine klassischen Kompositionen, die von Ravel, Bartók und Strawinsky beeinflusst waren.

Boulanger war aber letztlich diejenige, die Piazzolla darin bestärkte, weiterhin Tangos zu komponieren, da seine eigene



Nie ohne Bandoneon: ARTE widmet Piazzolla am 30. März weit nach Mitternacht eine Dokumentation

Foto: ARTE

Handschrift in diesen Werken besonders gut zur Geltung komme. Als Piazzolla ein Jahr später nach Argentinien zurückkehrte, begann er eine Neuinterpretation des Tangos – den kammermusikalischen „Tango Nuevo“ – und gilt seitdem als der Erneuerer des traditionellen Tango Argentino. Er veränderte dabei Rhythmik, Harmonik und Tempi. Hinzu kamen Elemente der argentinischen Folklore, der Barockmusik, der Neuen Musik und des Jazz. Selbst Pop und Rock klingen zuweilen diskret durch.

Und dennoch verlor Piazzollas „Tango Nuevo“ nie die sinnliche Melancholie und die temperamentvolle Energie, die tänzerische Dramatik und die vibrierende Ero-

tik des traditionellen Tangos. Für diesen neuen Kompositionsstil stieß er zunächst auf große Kritik, da viele Argentinier ihre Nationalmusik in Gefahr sahen. Grund dafür war die Tatsache, dass der Großteil seiner rund 300 Tango-Kompositionen nicht tanzbar sind, zumindest nicht im herkömmlichen Sinne. Sie fordern vielmehr zum konzentrierten Hören auf.

Davon unbeeindruckt, blieb Piazzolla seinem unverkennbaren Stil treu und erlangte Ende der 1960er Jahre breite Popularität. Obwohl – oder gerade weil – Piazzollas Musik in keine stilistische Schublade passt, hat sie nichts an ihrer magischen Anziehungskraft verloren und besitzt auch heute einen festen Platz im

Repertoire zahlreicher Tango-, Jazz- und Klassik-Ensembles. Astor Piazzolla, der während der argentinischen Militärdiktatur überwiegend in Italien lebte, starb am 4. Juli 1992 in Buenos Aires an den Folgen eines Gehirnschlages.

Anlässlich des Geburtstages der argentinischen Tango-Legende veröffentlichten die Brüder Claudio und Oscar Bohórquez zusammen mit Piazzollas Weggefährten Gustavo Beytelmann das Album „Piazzolla: Patagonia Express“. Das Trio greift nicht nur das musikalische Erbe Piazzollas, sondern auch das von Beytelmann komponierte Repertoire auf und führt den Hörer so in die leidenschaftliche und geheimnisvolle Welt des Tangos.

Piazzolla im Fernsehen und seine Musik in Konzerten

„Astor Piazzolla, Tango Nuevo“: Filmporträt von Daniel Rosenfeld mit bisher unveröffentlichten Dokumenten und Interviews, 29. März um 0.50 Uhr auf ARTE (vom 11. bis 27. Mai in der Mediathek).

Vorbehaltlich der aktuellen Corona-Restriktionen soll am 13. März um 20 Uhr in der Elbphilharmonie Hamburg das Kon-

zert „Astor Piazzolla zum 100. Geburtstag“ mit Arabella Steinbacher (Violine), Martynas Levickis (Akkordeon) und dem Aurora Orchestra stattfinden. Internet: www.elbphilharmonie.de

5. Mai um 19.30 Uhr im Prinzregententheater München: „Le Grand Tango“ mit Lothar Hensel (Bandoneon), Alexandre

Vay (Violoncello) und dem Münchner Rundfunkorchester unter Alondra de la Parra. www.rundfunkorchester.de

14. und 15. Mai jeweils um 16 und 19.30 Uhr im Kurgastzentrum Bad Reichenhall: „TANGO!“ mit Omar Massa (Bandoneon). Karten ab 14 Euro unter: www.bad-reichenhaller-philharmoniker.de

KOLLWITZ-MUSEUM

Japan trifft auf Ostpreußen

Im Kölner Käthe-Kollwitz-Museum laufen die Planungen für die Zeit nach dem Lockdown auf vollen Touren. Nachdem die aufwendige Ausstellung „Art Déco – Grafikdesign aus Paris“ unterbrochen werden musste und eigentlich im Januar hätte beendet werden sollen, hat man angekündigt, diese nach dem Ende des Lockdown bis zum 2. Mai zu verlängern. Noch aber hängt die Schau mit ihren mehr als 100 faszinierenden, zum Teil großformatigen Druckgrafiken aus der Sammlung des Hamburger Museums für Kunst und Gewerbe im Dunkel und wartet auf die Besucher.

Danach, vom 8. Mai bis 1. August, ist geplant, mit „Friedrich Seidenstücker – Leben in der Stadt – Photographien der 1920er bis 1940er Jahre“ einen bedeutenden Chronisten des Alltagslebens im Berlin der Weimarer Republik vorzustellen. Das mehr als 100 Werke umfassende Konvolut an Aufnahmen des Berliner Fotografen Seidenstücker (1882–1966) aus der Sammlung Ann und Jürgen Wilde macht die Härten der Großstadtextistenz anhand von Kleingewerblern wie fliegenden Händlern, Zeitungsvverkäuferinnen, Kutschern oder Kofferträgern sichtbar.

Der Namensgeberin des Museums, der ostpreußischen Künstlerin Käthe Kollwitz, ist vom 5. August bis 26. September der „Werküberblick 1888–1942“ gewidmet. Anlass ist das Erscheinen einer von Hannelore Fischer herausgegebenen neuen Kollwitz-Monographie (Hirmer Verlag, 300 Seiten mit 200 zumeist farbigen Abbildungen, Museumspreis 28 Euro, im Buchhandel 39,90 Euro).

Der Urenkel der Künstlerin, Jan Kollwitz, stellt mit „Feuer und Erde“ vom 19. bis 29. August japanische Keramiken vor. Seit mehr als drei Jahrzehnten fertigt er in einem originalen Anagama-Ofen ausdrucksstarke Gefäße in traditionell japanischer Technik. Und vom 1. Oktober bis 2. Januar 2022 will man die österreichische Künstlerin Maria Lassnig (1919–2014) vorstellen – sofern nicht wieder etwas Unvorhergesehenes eintritt. H. Tews

Informationen: www.kollwitz.de

SALZBURGER DOMQUARTIER

Aus dem Dornröschenschlaf erweckt

Die Privatkapelle von Erzbischof Schwarzenberg wurde restauriert – Das Kleinod des Historismus steht zur Besichtigung offen

Bis ins 19. Jahrhundert lenkten die Fürst-erzbischöfe von ihrer Salzburger Residenz aus die Geschicke des Territoriums. Über Jahrhunderte wurde an dem Palast mit seinen drei Innenhöfen und rund 180 Räumen gebaut. Friedrich Fürst zu Schwarzenberg (1809–1885) war nach der Säkularisation von 1803 der letzte Erzbischof, der die Residenz als Wohn- und Repräsentationsort nutzen durfte.

Weniger bekannt als seine berühmten Vorgänger, spielte er dennoch eine wichtige Rolle für die Geschichte des Gebietes. Denn es war auch seinem Wirken zu verdanken, dass Salzburg nach den Wirren der Napoleonischen Kriege als Provinzstadt des Habsburgerreiches nicht in der Bedeutungslosigkeit versank. Schwarzen-

berg war 1835, mit nur 26 Jahren, zum Erzbischof von Salzburg gewählt worden und entwickelte sich durch sein soziales Engagement sowie als Kunstmäzen und Diplomat zu einer der bedeutendsten Salzburger Persönlichkeiten im 19. Jahrhundert.

Jetzt wurde seine Privatkapelle aus dem Dornröschenschlaf erweckt und mit einem finanziellen Aufwand von rund 220.000 Euro durch die Salzburger Burgen & Schlösser Betriebsführung aufwendig restauriert. Bei der um 1844 entstandenen Kapelle handelt es sich um eines der frühesten Beispiele des Historismus in Österreich. Ein Gesamtkunstwerk, wie es heute dort nur noch selten in dieser Vollständigkeit zu finden ist. Nach Schwarzenbergs Weggang aus Salzburg in



Restauriert: Die Residenz-Kapelle

Richtung Prag geriet dieses frühe Beispiel neugotischer Kunst in Vergessenheit. Der Raum wurde profaniert, die Inneneinrichtung deponiert, die Wandmalereien überfassen. Nur durch viel Glück blieb die Kapelle erhalten.

Nicht nur dass die in verschiedenen Institutionen ausgelagerte Ausstattung wie Altar, Kerzenständer, Betschemel oder Beichtstuhl an ihren Ursprungsort zurückfand, sie wird auch durch die Schenkung eines Gemäldes von Radbot Habsburg aus dem Besitz seiner Vorfahren ergänzt. Es zeigt den Heiligen Ferdinand und die Heilige Adelheid, die Namenspatrone des Großherzogs der Toskana, Ferdinand IV., und seiner Frau Prinzessin Alicia von Bourbon-Parma. Das Bild war ein Ge-

schenk zu ihrer Silberhochzeit, die am 11. Januar 1899 in der Residenz gefeiert wurde, wo das Paar ein halbes Jahrhundert (1868–1919) gewohnt hat.

Ab sofort kann die Schwarzenberg-Kapelle im Rahmen des Rundgangs durch das Domquartier besichtigt werden. Das Domquartier umfasst den gesamten Gebäudekomplex, der den Domplatz einrahmt: die Alte Residenz mit den Prunkräumen und der Residenzgalerie, das Nordoratorium und die Orgelempore des Doms, das Dommuseum und die Kunst- und Wunderkammer, die Lange Galerie St. Peter sowie das Museum St. Peter. Das Domquartier ist täglich außer Dienstag von 10 bis 17 Uhr geöffnet (Internet: www.domquartier.at). Helga Schmechagen

ERSTE SEKRETÄRE

Was aus den
FDJ-Chefs
wurde

Die bekanntesten Vorsitzenden der Freien Deutschen Jugend (FDJ), die zu Zeiten der SBZ und DDR den Titel „Erster Sekretär“ trugen, sind zweifellos Erich Honecker und Egon Krenz. Als Einzige brachten sie es nach ihrer FDJ-Zeit zum Partei- und Staatschef. Bezeichnenderweise haben sie mit jeweils neun Jahren – 1946 bis 1955 bei Honecker, 1974 bis 1983 bei Krenz – die längste Amtszeit.

Es folgt mit acht Jahren – 1959 bis 1967 – Horst Schumann. Drei Jahre nach der Abgabe des FDJ-Amtes wurde er Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, was er bis 1989 blieb. Karrierefördernd war, dass sein Vater Georg Schumann von der kommunistischen NS-Widerstandsgruppe Schumann-Engert-Kresse-Gruppe einen gewissen Bekanntheitsgrad besaß. Weniger karrierefördernd waren seine Differenzen mit Honecker. Bei den Leipziger Montagsdemonstrationen spielte er keine Rolle, da er krankheitsbedingt ausfiel. Er starb 1993.

Auf ein gutes halbes Dutzend Amtsjahre als Erster Sekretär brachte es Schumanns direkter Nachfolger und Krenz' direkter Vorgänger, Günther Jahn. Ab 1976 war er in der SED Erster Sekretär der Bezirksleitung Potsdam. Im November 1989 trat er von diesem Amt zurück. 1991 trat er aus der PDS aus. 2015 starb er.

Krenz' Nachfolger Eberhard Aurich brachte es auf sechs Amtsjahre. Zusätzlich zu seinem Amt in der FDJ war er ab 1981 Mitglied des Zentralkomitees der SED und Abgeordneter der Volkskammer sowie ab 1986 Mitglied des Staatsrates. Die Posten in FDJ und SED behielt er bis 1989, die in Parlament und kollektivem Staatsoberhaupt bis 1990. 1991 trat er aus der PDS aus.

Auf vier Jahre Amtszeit kam Honeckers direkter Nachfolger, Karl Namokel. 1959 wurde er auf dem VI. Parlament der FDJ wegen „Schwächen und seiner fehlenden Erfahrungen in der Jugendarbeit“ abgelöst. Vier Jahre später endete auch seine Mitgliedschaft im SED-Zentralkomitee und in der Volkskammer. Er starb ein Jahr vor der Friedlichen Revolution.

In den dem Mauerfall folgenden beiden Jahren des Umbruchs gaben sich die FDJ-Chefs die Klinke in die Hand. Nach der Absetzung Aurichs auf der 13. Tagung des Zentralrats der FDJ wurde Frank Türkowsky dessen Nachfolger. Der gebürtige Görlitzer kam von der FDJ-Bezirksleitung Dresden, in der er ab 1988 Zweiter und ab August 1989 Erster Sekretär gewesen war. Als Ergebnis des XIII. Parlaments der FDJ wurde Türkowsky bereits im Januar 1990 abgelöst. Er ging zurück nach Dresden, wo er bis 1992 in der dortigen Bezirksleitung der PDS tätig war.

Türkowskys Nachfolgerin, Birgit Schröder, war die erste Frau an der Spitze der FDJ. Sie amtierte vom Januar 1990 bis zum 3. Bundeskongress im März 1991. Vorher war sie ab 1988 Erster Sekretär der FDJ-Stadtbezirksleitung Magdeburg-Nord gewesen.

Das Jahr 1990 war für die FDJ als Kaderschmiede von DDR und SED gleich in doppelter Hinsicht von großer Bedeutung. Die DDR hörte auf zu existieren. Und die SED erkannte die FDJ nicht mehr als ihren Jugendverband an. Für die Karriereplanung ist die FDJ damit ziemlich uninteressant geworden. Weder Kaderschmiede der Bundesrepublik noch der Linkspartei hatte die FDJ 2003 nur noch um die 150 Mitglieder. *Manuel Ruoff*

75 JAHRE FREIE DEUTSCHE JUGEND

„Wir Jungpioniere lieben unsere
Deutsche Demokratische Republik“

Die Zugehörigkeit zur Staatsjugend war in der DDR für die schulische und berufliche Entwicklung wichtig, und nur wenige widerstanden dieser Vereinnahmung

VON HEIDRUN BUDDE

Blaueres Halstuch mit weißer Bluse für Jungpioniere, rotes Halstuch als „Thälmann-Pionier“ und mit 14 Jahren die blaue Bluse mit dem Emblem der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) – das war der übliche Entwicklungsweg der Kinder und Jugendlichen in der DDR. Die Zugehörigkeit zu diesen Gruppen war für die schulische und berufliche Entwicklung wichtig, und nur wenige widerstanden dieser Vereinnahmung.

Die Kinder der ersten Klasse bekamen einen Pionerausweis mit diesem Eintrag: „Ich verspreche ein guter Jungpionier zu sein. Ich will nach den Geboten der Jungpioniere handeln.“ Das erste Gebot lautete: „Wir Jungpioniere lieben unsere Deutsche Demokratische Republik.“ Die politische Vereinnahmung der Kinder begann früh.

Lehrer sorgten nicht nur dafür, dass die Schüler Lesen und Schreiben lernten. Sie hatten auch den Auftrag, „sozialistische Persönlichkeiten“ zu erziehen. In den einstmaligen internen Dokumenten werden Lehrer als „Leiter eines politisch organisierten Kinderkollektivs“, „Schulfunktionäre“, „politische Funktionäre“, „Staatsfunktionäre“ und „Beauftragte der Arbeiterklasse“ bezeichnet.

Die Kontrolle war lückenlos

Die Pionierorganisation und die FDJ waren „gesellschaftliche Organisationen“ zur Unterstützung der „sozialistischen Erziehung“ durch die Lehrer. Die Kinder und Jugendlichen wurden frühzeitig an das Funktionärsleben herangeführt. Gruppenräte der Pioniere und gewählte FDJ-Leitungen für Jugendliche organisierten „Schnitzeljagden“, Geländespiele und Jugendtanzveranstaltungen, aber auch „FDJ-Studienjahre“ mit „Leitpropagandisten“, um den Heranwachsenden die „Vorzüge des Sozialismus“ zu verdeutlichen.

Lob und Tadel wurden öffentlich beim Fahnenappell ausgesprochen, und die Kontrolle war lückenlos. Dem Stadtschulrat von Rostock mussten Verstöße von Schülern „gemäß einer internen Weisung des Ministers für Volksbildung“ als „Besondere Vorkommnisse“ gemeldet werden. Im Februar 1975 hatte beispielsweise ein Schüler der 2. Klasse einen Zettel mit einer Einladung der St.-Andreas-Gemeinde zu einem Gesprächsgottesdienst im Speiseraum der Schule verloren. Thema: „Wie können wir unseren Kindern helfen, damit fertig zu werden, daß andere Kinder sich über die Kirche und die Christenlehre lustig machen?“

Dieser verlorene Zettel wurde als „Besonderes Vorkommnis 26/28/75 – Rostock-Stadt“ vom Stadtschulrat an den Bezirksschulrat, den Oberbürgermeister der Stadt, an die Kreisleitung der SED und an die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit verschickt. Der Zettelinhaber, das Kind aus der 2. Klasse, wurde denunziert, weil es kirchlich gebunden war. Das Überwachungssystem funktionierte dank der systemtreuen Helfer reibungslos.

Die FDJ mit ihrer Funktionärshierarchie gehörte zu den „gesellschaftlichen Organisationen“, die bei der Unterbindung von Übersiedlungsanträgen in die Bundesrepublik mithelfen sollten. Am 11. Juli 1984 erteilte der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kurt Kleinert, in der „Vertrau-

lichen Verschlusssache B 2 -I 084246“ dazu diesen Auftrag: „Variabler sind die Möglichkeiten der Einbeziehung geeigneter Funktionäre der verschiedensten gesellschaftlichen Organisationen und des Einsatzes von Paten oder Betreuern zu erschließen, um den ausreisewilligen Bürgern eine klare Haltung bei der Ablehnung ihrer Absichten deutlich zu machen und ihnen die politisch-moralische Verwerflichkeit ihrer Übersiedlungsversuche überzeugend aufzuzeigen.“

Neben dieser politischen Erziehungsfunktion bekam die FDJ auch Aufgaben, deren Sinn nicht hinterfragt werden durfte. Am 30. April 1980 bestätigte die SED-Bezirksleitung Rostock eine „Besucherkonzeption“ für die Aufführung der Ballade „Klaus Störtebeker“ in Ralswiek. Ziel war es, „alle Voraussetzungen zur beschleunigten Absicherung dieses politischen und kulturpolitisch bedeutsamen Höhepunktes im Kulturleben der DDR zu schaffen.“

In dieser „Besucherkonzeption“ ist unter Punkt 4 zu lesen: „Die Bezirksleitung der FDJ sichert über alle Kreisleitungen der FDJ eine hohe Beteiligung der Jugend am Besuch der Vorstellungen und übergibt klare Aufgabenstellungen zur Realisierung ihres Auftrages. Der 1. Juli wird als ‚Tag der FDJ‘ durch die Bezirksleitung der FDJ eigenverantwortlich gestaltet. Über Jugendtourist sind Fahrten in größerem Umfang zum Besuch der Vor-

stellungen in Ralswiek zu planen und zu organisieren.“

FDJ-Reisebüro „Jugendtourist“

Es war nicht wichtig, ob sich Jugendliche tatsächlich für diese Ballade interessierten. Die SED-Funktionäre wollten ausverkaufte Veranstaltungen, und die FDJ mit ihrem Reisebüro „Jugendtourist“ bekam die Anweisung, das zu unterstützen. Viele FDJ-Mitglieder hätten aber lieber andere, begehrte Reisen über „Jugendtourist“ gebucht, die es auch gab, wie beispielsweise nach Frankreich, Mexiko, Tunesien, Österreich, Malta, Kuba oder in die Bundesrepublik. Doch nach welchen Kriterien diese Reisen vergeben wurden, blieb den Antragstellern völlig verborgen. Heute ist in der nunmehr zugänglichen Akte „Reisebüro und Jugendtouristik Ablehnungen“ zu lesen, warum ein Jugendlicher zu Hause zu bleiben hatte:

Reise nach Algerien: „Wurde im November 1985 von der Funktion des FDJ-Sekretärs entbunden. Keine positive politische Meinung zur Politik der DDR. Oft Männerbekanntschaften und häufiger Alkoholgenuß.“

Reise nach Kuba: „Sie ist ledig und hat keine Bindungen in der DDR. Sie wohnt im Elternhaus, wo die Familienverhältnisse nicht geordnet sind. Alkohol spielt dabei eine wesentliche Rolle. In ihrer Freizeit lebt sie zurückgezogen und hat zu ihren Mitmenschen keinen Kontakt. Seit 1983 stellt sie regelmäßig mehrmals im Jahr Anträge auf Einreisen aus der BRD von Bürgern in ihrem Alter, mit denen sie in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis steht.“

Reise in die Bundesrepublik: „ledig, keine geordneten familiären Verhältnisse, schlechter Leumund, oftmals viel Radau in seiner Wohnung, Umgang mit negativem Personenkreis, darunter auch Antragsteller auf Übersiedlung, kommt Pflichten im Haus nicht nach, keine gesellschaftlichen Aktivitäten, Einstellung zur Politik d. Partei negativ, kein Interesse mehr an Tätigkeit als FDJ-Sekretär, seit 09.06.1986 von Funktion abgesetzt.“

Reise zu einem Filmballett nach Tunesien: „Charakterlich unfreundlich und provozierend. Einstellung ist pro westlich. In der Familie werden enge Kontakte zur BRD gepflegt z. Zt. ist Besuch da. Mutter will nach Versorgung der Tochter Übersiedlungsantrag stellen. Laut ABV ist Rückkehr nicht gewährleistet.“

Kein Jugendlicher kannte diese böartigen Informationen, die heimlich zusammengetragen wurden. Eine Begründung für die Ablehnung des Reisewunsches erhielt niemand, und einen Klageweg gab es nicht. Die FDJ-Mitglieder wussten nur, dass einige Auserwählte über „Jugendtourist“ reisen durften, während ihnen das gleiche Recht versagt blieb.

Ein solcher Umgang erzeugte Frust, Aufbegehren und Rebellion. Die Jugend verweigerte immer mehr den eingeforderten bedingungslosen politischen Gehorsam. Sie wollten ein selbstbestimmtes Leben ohne FDJ und ohne politische Bevormundung.

● **Dr. Heidrun Budde** (geboren 1954 in der DDR) war von 1992 bis März 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock. Zu ihren Büchern gehört „Verstorbene Babys in der DDR? Fragen ohne Antworten“ (tradition 2020)

Entwicklung der FDJ-Mitgliederzahl zu SBZ/DDR-Zeiten

0,4

Millionen im Jahre 1947, also ein Jahr nach der FDJ-Gründung. Das entspricht einem Organisationsgrad von 16 Prozent.

1

Million im Jahr 1949, also dem Gründungsjahr von DDR und Bundesrepublik. Das entspricht einem Organisationsgrad von 33 Prozent.

2,3

Millionen im Jahre 1989, also dem Jahr der Friedlichen Revolution. Das entspricht einem Organisationsgrad von 88 Prozent.



Mit Jugendlichen bei Arbeiten zur Bodenverbesserung 1976 im Bezirk Suhl: Egon Krenz als Erster Sekretär im Blauhemd der FDJ

ROSA LUXEMBURG

Gallionsfigur für Deutschlands postsowjetische Kommunisten

Die Agitatorin, Theoretikerin und KPD-Mitbegründerin widersprach auch den eigenen Genossen. Vor 150 Jahren wurde sie im polnischen Zamość geboren

VON ERIK LOMMATZSCH

Konsequenz und Ideale wird man Rosa Luxemburg kaum absprechen können. Vor Augen hatte sie – um es mit den Worten der ausgewiesenen Kennerin der Geschichte der Arbeiterbewegung Helga Grebing zu sagen – „die gleichberechtigte sozialistische Völkergemeinschaft ohne Nationalismus und Chauvinismus; sie kämpfte für die politischen Freiheitsrechte des Proletariats“ und „glaubte an die schöpferische Kraft der Massen“.

Sozialistische und bürgerliche Demokratie waren für Luxemburg grundverschiedene Dinge. Letztere betrachtete sie lediglich als Überbau eines kapitalistischen Systems. Grenzen und Widersprüche werden beispielhaft deutlich, wenn Grebing auf das von Luxemburg entworfene Programm für die zur Jahreswende 1918/19 entstandene KPD zu sprechen kommt, „dessen Kern die Forderung nach absoluter Gewaltlosigkeit enthielt; Gewalt sollte nur gegenüber der Gegenrevolution legitim sein“.

Vor 150 Jahren, am 6. März 1871, wurde Luxemburg in der damals zu Kongresspolen gehörenden Stadt Zamość geboren. Sie war das fünfte und jüngste Kind eines jüdischen Holzhändlers. Die Eltern sympathisierten mit der polnischen Nationalbewegung. 1873 siedelte die Familie nach Warschau über. Luxemburg besuchte dort das Mädchengymnasium und galt als ausgezeichnete Schülerin. Frühzeitig in revolutionären Kreisen engagiert, sah sie sich 1889 durch eine drohende Verhaftung genötigt, in die Schweiz zu gehen. Ihr Studium in Zürich schloss sie 1897 mit der Dissertation „Die industrielle Entwicklung Polens“ ab.

Nicht frei von Widersprüchen

Während der Zeit in der Eidgenossenschaft betätigte sie sich mit ihrem Freund Leo Jogiches führend in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei des Königreichs Polen“, der sie auch später eng verbunden blieb. 1898 siedelte Luxemburg nach Berlin über. Zuvor hatte sie pro forma einen deutschen Staatsbürger geheiratet. Persönlich eng verbunden war sie auch Kostja Zetkin, dem Sohn der kommunistischen Frauenrechtlerin Clara Zetkin, sowie dem 1917 gefallenen Arzt Hans Diefenbach.

Sie schloss sich der SPD an und vertrat dort den linken Flügel. In Reden und Publikationen befasste sie sich mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen. Sie fuhr in die östlichen Grenzgebiete, um bei den polnischen Landarbeitern für ihre Sache zu werben. 1906 war sie einige Monate inhaftiert, weil sie in Warschau an Demonstrationen teilgenommen hatte. Bereits 1904 war sie in Zwickau wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Haft verurteilt worden. Sie hatte behauptet, der Kaiser habe „keine Ahnung“ von der Lage der Arbeiter.

Luxemburg arbeitete als Redakteurin beim „Vorwärts“ und war Dozentin an der SPD-Parteischule in Berlin, sie reiste zu Parteitag und Internationalen Sozialistenkongressen. Als Hauptwerke werden das 1913 veröffentlichte Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ und die erst nach ihrem Tod erschienene „Einführung in die Nationalökonomie“ angesehen. Mit ihrer Einstellung zum Massenstreik, für den sie sich vehement aussprach, stand sie in ihrer Partei an der



Vor dem Verlagsgebäude der Tageszeitung „Neues Deutschland“: Bronzeskulptur Rosa Luxemburgs von Rolf Biebl

Seite von Karl Liebknecht und Franz Mehring, allerdings gegen andere prominente Sozialdemokraten wie etwa Karl Kautsky.

Frühzeitig versuchte sie die eigenen Genossen für den Kampf gegen die von ihr ausgemachte Kriegsgefahr zu gewinnen, wurde dabei allerdings enttäuscht. Dies setzte sich fort, als sich die Reichstagsfraktion der SPD mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges für die Kriegskredite aussprach und Sozialdemokraten wie Gewerkschaften mittels des sogenannten Burgfriedens die Regierungspolitik unterstützten. In der – anonym veröffentlichten – „Junius-Broschüre“ von 1916 legte sie ihre Gegenposition dar.

Als Agitatorin erfuhr Luxemburg erhebliche Aufmerksamkeit. Ab Mitte Februar 1915 war sie inhaftiert. Sie hatte in einer Versammlung dazu aufgerufen, „nicht die Mordwaffe gegen unsere französischen Brüder zu erheben“. Im März 1916 entlassen, wurde sie „aus Sicherheitsgründen“ im Juli des Jahres wieder festgesetzt. Sie betätigte sich auch vom Gefängnis aus politisch. Ebenso widmete sich die sprachgewandte Frau, die stets einen bildungsbürgerlichen Lebensstil pflegte, dort ihren anderen, breitgefächerten Interessen wie Literatur, Zoologie und Botanik.

Kritik am Bolschewismus

Der Politologe Iring Fetscher unterteilte die Schriften Luxemburgs, die fast alle „im Dienste der Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse“ stehen, in vier Bereiche. Ein Schwerpunkt war demnach die Auseinandersetzung mit „Reformismus“ und „Revisionismus“. Luxemburg

wandte sich gegen die von Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein vertretene Idee einer schrittweisen Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Sie setzte auf Revolution. Zweitens bekämpfte sie den „Militarismus“. Drittens befasste sie sich mit Kolonialismus und Imperialismus und vertrat die These, die kapitalistische Wirtschaft müsse „immer weiter in noch nicht durchkapitalisiertes Ter-



FOTO: WIKIMEDIA

„Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“

Rosa Luxemburg

rain vorstoßen“. Viertens setzte sie sich mit Lenins Konzeptionen auseinander. Dort zeigte sie sich kritisch, etwa bezüglich der Abschaffung demokratischer Freiheiten, und meinte: „Der Sozialismus läßt sich seiner Natur nach nicht oktroyieren ... Die ganze Volksmasse muss daran teilhaben.“ Posthum erschien die Schrift „Die russische Revolution“, in der sie diktatorisches Vorgehen anprangerte.

Im November 1918 kam Rosa Luxemburg frei. Sie sprach im Dezember auf der Generalversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und war maßgeblich an der Gründung der KPD beteiligt. Nach dem Scheitern des sogenannten Spartakusaufstandes, dem sich die KPD angeschlossen hatte, wurde Luxemburg am 15. Januar 1919 gemeinsam mit Liebknecht abermals verhaftet. Als Verantwortliche für den revolutionären Aufstand hatte man beide ausgemacht. Unter bis heute nicht eindeutig geklärten Umständen wurden sie am selben Tag ermordet.

Obwohl offiziell und öffentlich vielfach geehrt, war das Verhältnis der DDR zu Luxemburg zwiespältig. Auf der einen Seite war sie eine der bedeutendsten Kommunistinnen Deutschlands, wenn nicht sogar der Welt. Auf der anderen Seite stand sie der Entwicklung in Sowjetrussland für einen Kommunisten äußerst skeptisch gegenüber.

Gerade Letzteres lässt sie besonders geeignet erscheinen, jenen Kommunisten als Gallionsfigur zu dienen, die nicht für die Verbrechen des gescheiterten realexistierenden Sozialismus östlich des Eisernen Vorhangs in Haftung genommen werden möchten. Nicht umsonst führt die parteinahe Stiftung der in „Die Linke“ umbenannten SED ihren Namen.

Nach dem Tode der beiden bedeutenden kommunistischen Köpfe Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geriet der deutsche Kommunismus immer mehr in das Fahrwasser des Sowjetkommunismus. Inwieweit Luxemburg, die bei ihrer Ermordung keine 49 Jahre alt war, das hätte verhindern können, sei dahingestellt.

BUDDHA-STATUEN

Islamischer Bildersturm in Bamiyan

Das Bamiyan-Tal in Zentralafghanistan lag früher an einer der Haupthandelsrouten zwischen dem Abendland sowie China und Indien. Dadurch gelangte die Region beizeiten zu Wohlstand. Dieser ermöglichte ab dem 2. Jahrhundert nach Christi den Bau zahlreicher großer buddhistischer Stätten. Dazu gehörte ein Kloster, das im 6. Jahrhundert tausende Mönche beherbergte. Und die initiierten dann die Errichtung zweier kolossaler Statuen, die nach ihrer Fertigstellung die größten stehenden Buddha-Figuren weltweit waren. Die kleinere und ältere der beiden aus der Zeit um 510 war 35 Meter hoch; die rund vier Jahrzehnte später vollendete größere ragte 53 Meter in die Höhe.

Nach der Islamisierung des Bamiyan-Tals unter der türkischstämmigen Dynastie der Ghaznawiden begann die mutwillige Beschädigung der Skulpturen. Verantwortlich dafür waren die Bilderfeindlichkeit der sunnitischen Eroberer und ihr Hass auf Symbole anderer Religionen. Ende des 19. Jahrhunderts ließ der afghanische Emir Abdur Rahman Khan die Statuen sogar mit Kanonen beschießen. Doch noch hielten die Abbilder des mythischen Ur-Buddhas Dipamkara und des historischen Buddhas Shakyamuni alias Siddhartha Gautama dem Frevel stand. Ihre letzte Stunde schlug erst während der Herrschaft der Taliban, die von September 1996 bis Oktober 2001 große Teile Afghanistans kontrollierten.

Ungeachtet der Haager Konvention aus dem Jahre 1954, die jegliche Zerstörung von Kulturstätten durch bewaffnete Kräfte ächtet, befahl der Anführer der Taliban in Afghanistan und Staatsoberhaupt des Islamischen Emirats Afghanistan, Mullah Mohammed Omar, am



FOTO: UNESCO/LEZINE

Vor 20 Jahren zerstört: Die größere der beiden Buddha-Statuen

2. März 2001, die „Götzenbilder“ mittels Panzergranaten und Flugabwehraketen zu pulverisieren. Allerdings erwiesen sich die aus dem Fels gemeißelten Figuren als widerstandsfähiger denn erwartet. Deswegen zwangen die Bilderstürmer schließlich Angehörige der vor Ort lebenden schiitischen Minderheit der Hazara dazu, Bohrlöcher in das Gestein im Bereich der Buddha-Füße zu treiben. Anschließend zerstörten sie die zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Statuen ab dem 12. März 2001 durch Dutzende von Sprengungen.

Nach dem Fall des Taliban-Regimes wurde eine Zeitlang erwogen, die Buddha-Figuren wieder herzustellen. Mittlerweile liegt die mit 50 Millionen US-Dollar veranschlagte Rekonstruktion aber auf Eis. *Wolfgang Kaufmann*

VON ERIK LOMMATZSCH

Mut, Freiheit, standfestes evangelisches Christentum, Journalismus, engagierte politische Publizistik, sensible Dichtung, autobiographisch geprägtes, literarisches Erzählen, eine Vorliebe für nordische Landstriche, luzide Essays, stupende Bildung, ein spannendes und positives Verhältnis zur eigenen Nation, eine heftige Abneigung gegen Totalitarismen jeglicher politischer Färbung und ein großes Stück Lebenslust – die Liste der Dinge, die sich mit Ulrich Schacht verbinden, ließe sich fortschreiben.

Eine mal leise-reflektierte, dann wieder dröhnend laute Persönlichkeit. So etwa, wenn er mit erhobener Stimme in einem Lokal seinem Missbehagen hinsichtlich der noch immer amtierenden deutschen Regierungschefin Ausdruck verlieh. In einer Hand die Zigarre, mit der anderen Hand kämpferisch gestikulierend, hatte er – unbeabsichtigt – die Aufmerksamkeit aller im Raum Anwesenden.

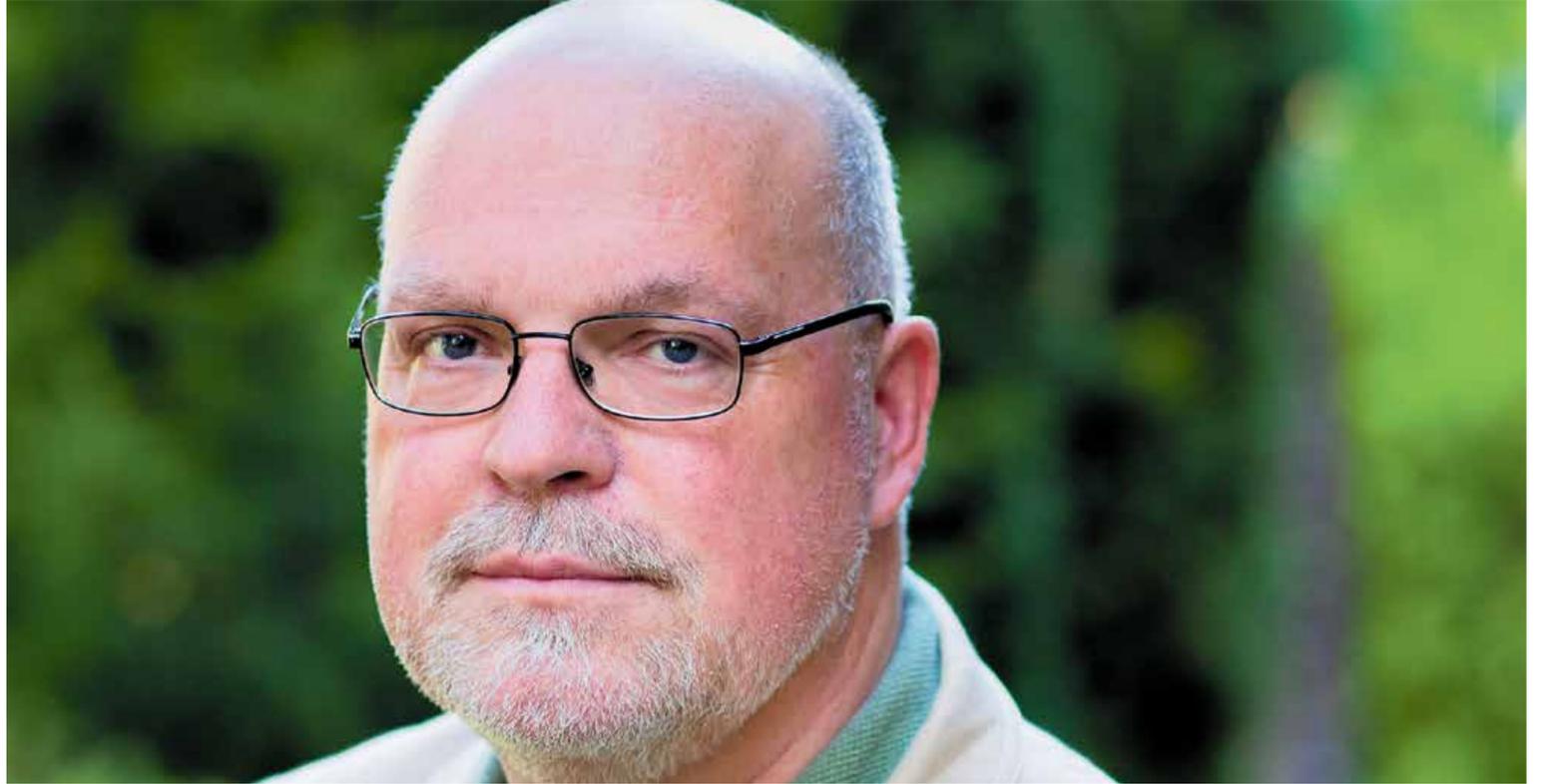
Am 9. März hätte Ulrich Schacht seinen 70. Geburtstag begangen. Geboren wurde er 1951 im Frauenzuchthaus Hoheneck, in dem seine Mutter inhaftiert war. Mit seinem Vater, einem sowjetischen Offizier, hatte sie in den freien Teil Deutschlands gehen wollen. Schacht erzählt die Geschichte sowie die seiner nach dem politischen Umbruch aufgenommenen Suche nach dem Vater, dessen Spur sich nach der Verurteilung der Mutter verlor, in dem 2011 erschienen Buch „Ver-eister Sommer“.

Von der SED inhaftiert

Aufgewachsen ist er in Wismar, nach einer Lehre als Bäcker und Konditor begann er mit dem Studium der Theologie. Wegen oppositioneller Betätigung, offiziell wegen „mehrfacher staatsfeindlicher Hetze“, verurteilte ihn das DDR-Regime 1973 zu sieben Jahren Freiheitsentzug. Im Urteil ist zu lesen: „Als Mittel seiner subversiven Tätigkeit benutzte er insbesondere seine Befähigung zum Verfassen von Gedichten, von Erzählungen und von anderen Schriften.“

Die zweite deutsche Diktatur hatte seine Qualitäten erkannt. Erschütternde Haftenerfahrungen verarbeitete Schacht später in dem Band „Brandenburgische Konzerte“ – ein Buch, das jedem empfohlen sei, der einen verklärend-beschönigenden Blick auf die DDR pflegt.

Die Bundesrepublik kaufte ihn 1976 frei. Hier studierte er Philosophie und Politikwissenschaft und war schriftstellerisch und journalistisch tätig, unter ande-



Erfahrungen mit dem SED-Regime nicht in Hass, sondern in Kreativität umgewandelt: Ulrich Schacht (1951–2018)

Foto: Ullstein

ULRICH SCHACHT

Leise Töne, laute Töne

„Gewissen ist die Macht, die uns zur Freiheit führt“: Zum siebzigsten Geburtstag des wortgewaltigen Journalisten, Schriftstellers und Dichters mit Bekenntnis zur „selbstbewussten Nation“

rem als Chefreporter Kultur bei der „Welt am Sonntag“ in Hamburg. Enttäuscht musste er feststellen, wie wenig viele der Westdeutschen ihre Republik und ihre freiheitliche Verfasstheit zu schätzen wussten und wie weit das Anliegen der deutschen Einheit dort ins Hintertreffen geraten war. 1998 siedelte Schacht nach Schweden über, wo er freischaffend als Autor lebte. Auch in der PAZ findet sich eine Reihe seiner Artikel. Im September 2018 ist Ulrich Schacht in seiner Wahlheimat gestorben.

„Normalerweise geht das nicht“

Fragt man im Kreis von Weggefährten, so heißt es beispielsweise vom Schriftsteller Jürgen K. Hultenreich, Schacht sei ein großer Dichter gewesen, mit grandiosem Ausdrucksvermögen und „gesunden politischen Ambitionen“.

Hultenreich fügt hinzu: „Ein hochpoetischer Dichter und zugleich ein intellektueller. Normalerweise geht so etwas nicht zusammen.“

Wortgefechte habe Schacht „mit dem Florett“ ausgetragen, immer habe die Sache im Vordergrund gestanden. Der Dokumentarfilmer Heiner Sylvester betont, Schacht habe Dinge geistig zusammengebracht, auf die andere in dieser Form nicht gekommen wären. Dann seien da feine Bilder gewesen, Lyrik, große intellektuelle Bögen habe er zu spannen gewusst, Philosophie und Naturbeschreibung, die „etwas Ewiges hat“.

Einigen kann man sich in der Runde – augenzwinkernd – auf die Formulierung, Ulrich Schacht habe alles gekonnt, „nur nicht fasten“. Wohlwollend wird diese Feststellung ergänzt: „Wenigstens diese Schwachstelle hatte er.“

Schacht begründete 1987 gemeinsam mit anderen die Evangelische Bruderschaft St. Georgs-Orden, der er bis zu seinem Tod als Großkomtur vorstand. Sein Nachfolger in dieser Funktion, Thomas A. Seidel, schätzt an ihm, „dass er die eigenen Erfahrungen als Verfolgter der SED nicht in Hass umgewandelt hat, sondern in schöpferische Kreativität auf verschiedenen Feldern“.

Die Herrschaft über die Begriffe

Sichtbar ist dies in der Poesie und den Prosawerken Schachts. Verwiesen sei hier insbesondere noch auf den großen Roman „Notre Dame“ von 2017 und die Novelle „Grimsey“ von 2015, über die der Kritiker Ulrich Greiner sagte, gäbe es „die Gattung Inselerzählung“, so hätte Schacht damit „die schönste“ geschrieben. Im publizistischen Bereich ist er insbesondere durch

den 1994 gemeinsam mit Heimo Schwilk herausgegeben Band „Die selbstbewusste Nation“ bekannt geworden.

Hier führte er aus, in der Mediendemokratie sei derjenige souverän, der über den Auslegungszustand politischer Begriffe entscheide. Wer den „milieu- und ungeist-geschichtlichen Kontext zwischen Auschwitz und Kolyma“ leugne, selektiere die Opfer der Schreckenssysteme und verstümple erneut. Und: „Hitler ist kein Charakter-Symbol der Deutschen, und Auschwitz ist nicht der logische End-Ort deutscher Geschichte“.

In einem anderen Band formulierte er: „Wenn Gewissen Macht ist, dann eine Macht, die uns zur Freiheit fähig macht.“ Über die Umbruchmonate in der DDR 1989 merkte er einmal an: „Auch ein deutscher Herbst.“ Womit wir bei der positiven Einstellung zum Eigenen wären.

NEUES IM JUBILÄUMSJAHR

Drei Bücher von und über Ulrich Schacht

Die „edition buchhaus loschwitz“ legt einen Essayband vor, andere folgen

In Vergessenheit zu geraten droht Ulrich Schacht nicht. Zweieinhalb Jahre nach seinem Tod, in dem Jahr, in dem er seinen 70. Geburtstags begangen hätte, finden gleich drei Werke, die seinen Namen auf dem Titelblatt verzeichnen, ihren Weg in die Buchhandlungen. Soeben erschienen ist eine Zusammenstellung von Essays, die er bereits an verschiedenen, mitunter entlegenen Orten publiziert hatte. Nun sind sie in einer Sammlung greifbar, was ob ihrer gemeinsamen inhaltlichen Bezüge, vor allem aber ob ihrer Zeitlosigkeit sehr zu begrüßen ist.

In der „edition buchhaus loschwitz“ liegt mit „Im Schnee treiben. Essays zum poetischen Weltverständnis“ ein Band vor, der einen Eindruck von Schachts beeindruckendem Bildungshorizont vermittelt. Poesie, das Poetische wird hier von einem, der selbst eine Vielzahl einfühlsamer Gedichte geschaffen hat, in den Blick genommen, im weiten Sinne. Literari-

sche, historische, geographische, philosophische und religiöse Sphären werden verbunden, und – sonst wäre es wohl kein „echter“ Schacht – das Provozierende kommt ebenso zu seinem Recht.

Der mystische Zusammenhang

Unter der Überschrift „Dem Finger Gottes nah“ hat Heimo Schwilk ein Vorwort beigesteuert, in welchem er der Frage nach den Positionen, nach den Antrieben, nach der „Kraftquelle“ des Autors Schacht nachgeht. Beharrt habe dieser darauf, „dass die Schöpfung nicht aus dem Nichts kommt, sondern einen Schöpfer voraussetzt“. Beklagt habe er, dass der „mystische Zusammenhang zwischen dem Ganzen und dem Einzelnen“ heute „kaum mehr spürbar“ sei.

Schacht ist der Auffassung, der Poet bezeuge „Elementares, das nicht zur Debatte steht“. Die „Moderne“, gegen die er hier anschreibt, lebe „als ideologisches

Ereignis“ von „der totalen Behauptung, alles gründe sich in Grundlosigkeit“. Die „moderne Poesie“ ist ihm Widerspruch in sich: „Poesie ist immer nur Poesie; aber das ist ihr unerschöpflicher Reichtum“. Und: „Das Lachen ist dem Gedicht nicht fremd; aber das befohlene Lachen ist ihm fremder als das unterdrückte.“

Für die Natur-Poesie – eines seiner ureigensten Felder – plädiert er. Die Frage, was ihn etwa an Küsten, auf Inseln ziehe, „wo Wind, Brandung und Getier den intakten Ton angeben“, beantwortet er mit: „Das Idyll.“ Und er fügt hinzu, dem „Idyll ist zu trauen“. Nicht alle Überlegungen Schachts sind so unmittelbar eingängig wie diese. Manches muss und sollte man zweimal lesen, am Ende erschließen sich die Dinge mit großem Erkenntnisgewinn.

Schacht vertritt die Ansicht, „Geschichte des Gedichts ist ohne Geschichte des Gebets nicht oder nur misszuverste-

hen“, und er nimmt Bezug auf den für ihn auch anderweitig zentralen Satz von Leon Bloy, „Das Gebet ist die Arbeit der Freien.“ Zu einer „Moral der Poesie“ merkt er an: „Wenn es das Gedicht nicht gäbe, gäbe es die Welt nicht in ihrer subjektiven Zuspitzung; auf der sie – als ästhetisches Freiheits-Ereignis – beruht.“

Von Biermann bis Tellkamp

In einem Essay gelingt es Ulrich Schacht, Geld, Gold und Gedichte zusammenzubringen. Ausführlich betrachtet wird der Romantiker Joseph von Eichendorff, der auch schon zu seiner Zeit die Individuen zugunsten von Massen verschwinden sah. Und immer wieder kommen in dem Band die von Schacht geschätzten Weltgegenden zur Sprache, etwa Spitzbergen oder die russische Inselgruppe Franz-Josef-Land nördlich von Sibirien, und er spricht gar von der „Droge Arktis“.

Das zweite Werk, welches in diesem Jahr erscheinen wird und mit Ulrich Schacht verbunden ist, stammt nicht aus seiner Feder. Unter dem bezeichnenden Motto „Wegmarken und Widerworte“ haben über sechzig Autoren – darunter viele Freunde und ihm persönlich Verbundene – Texte zu einem Gedenkbuch beigesteuert, etwa Wolf Biermann, Uwe Kolbe, Sigrid Damm oder Uwe Tellkamp. Die „Evangelische Verlagsanstalt Leipzig“ bringt das Buch im Juni heraus.

Zum Dritten hat die „Edition Ruge-rup“ für Herbst einen Band mit größtenteils bislang unveröffentlichten Gedichten Schachts angekündigt. Er selbst hatte diese Zusammenstellung vor seinem Tod noch weitgehend zum Abschluss gebracht. Und wie bei der Essay-Sammlung wird sich der von ihm so geschätzte hohe Norden im Titel finden, wieder symbolisiert durch das winterliche Weiß: „Schnee fiel in meinen Schlaf.“

E.L.



KÖNIGSBERG

Stadtrat kassiert eigenen Beschluss

Gouverneur bezieht gegen die Beschränkung von Rentner-Monatskarten Stellung und hilft der Stadt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Ende Dezember letzten Jahres beschloss der Königsberger Stadtrat, den Verkauf von vergünstigten Fahrkarten im öffentlichen Personennahverkehr für Rentner einzuschränken, um Haushaltsmittel der Stadt einzusparen. Eine von der Stadt subventionierte Rentner-Monatskarte des Busunternehmens „Baltische Welle“ kostet umgerechnet 3,37 Euro und schließt beliebig viele Fahrten ein. Letztere wollten die Stadtoberen auf 60 Fahrten pro Monat beschränken. Das hätte bedeutet, dass Rentner ab der 61. Fahrt jede Busfahrt aus eigener Tasche zusätzlich hätten bestreiten müssen.

Da aber viele Rentner weiterhin arbeiten, und täglich mehrmals, teils mit Umstiegen zur Arbeit fahren müssen, kommt ein Rentner problemlos auf mehr als hundert Fahrten pro Monat. Bei einem Fahrpreis von umgerechnet 0,30 Euro pro Fahrt kämen etwa 22,50 Euro zusammen, was das persönliche Budget vieler Rentner mit niedrigem Einkommen schon spürbar belasten kann. Die Verfügbarkeit subventionierter Monatskarten stellt für sie eine wichtige materielle Hilfe dar. Die geplante Begrenzung hätte viele empfindlich getroffen.

Nur noch 60 freie Fahrten

Am 3. Februar, unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Regelung zu den Fahrkarteneinschränkungen, hat der Königsberger Stadtrat jedoch seine eigene Entscheidung rückgängig gemacht. Dieser Rückzieher erfolgte aufgrund der Reaktion des Gouverneurs Anton Alichanow, der die Stadtverwaltung anwies, die Anzahl der ermäßigten Fahrten nicht zu begrenzen. Er sagte: „Die Rentner sollten nicht belastet werden. Und ich werde nicht zulassen, dass sie benachteiligt werden. Allerdings verstehe ich, dass die Stadt Kaliningrad finanzielle Schwierigkeiten hat.“



Auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen: Vor allem viele Rentner nutzen täglich Busse

Foto: J.T.

Zuvor waren auf dem Instagram-Account des Gouverneurs, über den er aktiv mit den Einwohnern der Region kommuniziert, zahlreiche Appelle eingegangen, in denen gefordert wurde, dass die Fahrgeldleistungen für Rentner so bleiben, wie sie sind. Infolgedessen wurden der Stadt aus dem regionalen Haushalt umgerechnet rund 450.000 Euro zugewiesen, um die Kosten für die Beibehaltung der ermäßigten Fahrpreise für Rentner auszugleichen.

Alichanow schlug auch vor, eine umfassende Untersuchung der kommunalen Verkehrsgesellschaft Kaliningrad-GorTrans zu veranlassen, um die Möglichkeiten zur Optimierung interner Prozesse zu analysieren und die Qualität des Unter-

nehmens selbst zu gewährleisten, statt in die Tasche bedürftiger Bürger zu greifen.

Nach der Stadtratssitzung, in der die Entscheidung zur Begrenzung der Anzahl der Fahrten rückgängig gemacht wurde, fragten Journalisten den Vorsitzenden Andrej Kropotkin, warum ein für Rentner so sensibles Thema in einem Wahljahr nicht mit der Regionalregierung abgestimmt worden sei.

Kropotkin entgegnete, dass das Thema nicht auf der Ebene des Gouverneurs verhandelt worden sei. Er wies darauf hin, dass der Gouverneur des Königsberger Gebiets verstehe, warum die Stadtbehörden zunächst eine solche Entscheidung getroffen hatten, und in der gegenwärtigen Situ-

ation eine unbürokratische Entscheidung getroffen habe, um der Stadt zu helfen.

2021 ist Wahljahr

Im Herbst dieses Jahres finden gleichzeitig Wahlen zur Staatsduma, zur Regionalduma und zum Abgeordnetenrat der Stadt Königsberg statt. Kropotkin, das Oberhaupt der Stadt, leitet außerdem den regionalen Zweig der Partei „Einiges Russland“. Die Rücknahme des eigenen Beschlusses offenbart, dass jede unpopuläre Maßnahme in Bezug auf Rentner und bedürftige Bürger, die einen negativen Einfluss auf die Popularität einzelner Politiker und der Partei haben könnte, vermieden werden soll.

EU-FÖRDERUNG

Viele Pläne umgesetzt

Südliches Ostpreußen muss nicht zurückzahlen

Das südliche Ostpreußen belegt bei der Verwendung von Mitteln der Europäischen Union für regionale Förderprogramme den dritten Platz innerhalb der Republik Polen. Bis vor Kurzem gab es noch die Befürchtung, dass die Woiwodschaft Ermland und Masuren diese EU-Mittel nicht ausgeben könne und die erhaltene EU-Förderung wieder zurückzahlen müsse. Nun sieht die Situation jedoch anders aus. Für 90,4 Prozent der Mittel wurden Verträge über deren Verwendung bereits geschlossen. Der Region wurden in den Jahren 2014 bis 2020 aus EU-Töpfen 1,728 Milliarden Euro zugeteilt.

Der größte Teil dieser Gelder wurde für die Verkehrsinfrastruktur ausgegeben und der geringste für die Umwelt, was angesichts der Tatsache, dass die Natur ein großes Kapital der Region Südliches Ostpreußen darstellt, etwas befremdlich wirkt. Vor Ermland und Masuren liegen nur die Woiwodschaft Lublin mit und die Woiwodschaft Oppeln und Pommern

Dank der EU-Förderung ist es möglich, die Route der Großen Masurischen Seen (Projektwert umgerechnet 89 Millionen Euro) zu modernisieren und Straßen auszubauen. 2020 wurden dafür etwa 77 Millionen Euro ausgegeben. Das sogenannte ILS-System am Flughafen in Schienaman wurde für 5,6 Millionen Euro ausgebaut. Mit dessen Hilfe können Flugzeuge unabhängig von Wetter und Tageszeit landen. 2020 hatte die Selbstverwaltung der Woiwodschaft außerdem knapp 30 Millionen Euro für den Wiederaufbau einer neuen Sporthalle in Allenstein zugeteilt.

Diese EU-Förderung endet jedoch und für die nächsten sieben Jahre sieht es nicht mehr so gut aus. „Wir wussten von Anfang an, dass wir weniger Geld bekommen werden, dennoch sind wir beunruhigt, dass wir 1,228 Milliarden Euro erhalten sollen, das ist eine halbe Milliarde Euro weniger“, sagte der Marschall der Woiwodschaft. Wir können es nicht akzeptieren, wir werden versuchen, diesen Betrag zu erhöhen.“

Edyta Gladkowska

BAHNPROGRAMM

Von Rothfließ nach Arys

Verwaltung bewertete den Antrag positiv

Die Eisenbahnplanung der Republik Polen schreitet auch im südlichen Ostpreußen voran. Die Kommunen sollen bei der Wiederbelebung der Eisenbahn-Linie von Rothfließ nach Arys Hilfe erhalten. Ein Schreiben, das die teilweise Finanzierung garantiert, wurde im Ministerium für Infrastruktur unterschrieben. Die Eisenbahn-Linie 223 verbindet den Bahnhof Rothfließ mit dem Bahnhof Lyck. Sie führt durch Bischofsburg, Sensburg, Nikolaiken und Arys. Die Verbindung von Rothfließ nach Sensburg wäre zwar ohne Modernisierung möglich, aber nur mit einer erheblichen Geschwindigkeitsbegrenzung. Von Sensburg nach Arys könnte derzeit kein Zug fahren, weil der technische Zustand der Linie unzureichend ist.

Die Modernisierung der Linie 223 wurde vom ermländisch-masurischen Woiwoden bei der Aufstellung des Eisenbahnprogramms erwähnt. In der ersten Etappe wurde der Antrag positiv bewertet. Deshalb hat die Woiwodschaftsver-

waltung bei allen Gemeinden der Region angefragt, ob sie sich an der Investition beteiligen können. Der Eigenanteil muss 15 Prozent der veranschlagten Kosten betragen. Nicht offiziell bekannt ist, dass 7,5 Prozent die Woiwodschaft und weitere 7,5 Prozent die interessierten örtlichen Kommunen aufbringen müssen. Die Baumaßnahmen werden etliche Millionen Zloty kosten. Die Kommunen wandten sich deshalb an den Minister für Infrastruktur und erhielten die Zusage, mit Unterstützung rechnen zu können.

Die Woiwodschaftsverwaltung hat neben der Trasse Rothfließ-Arys auch die Modernisierung der Linie Goldap-Treuburg-Lyck sowie des masurischen Abschnitts von Ostrolenka-Chorzele-Wiltenberg-Ortelsburg beantragt. Wenn es zur Realisierung der Pläne kommt, dann müsste die Linie in der Zukunft auch mit der neuen Eisenbahn-Trasse von Lötzen über Johannisburg, Lomza und Ostrolenka mit dem Zentralen Verkehrsnotenpunkt verbunden werden. PAZ

MELDUNGEN

Verwaistes Denkmal

Rauschen – Die Behörden des Königsberger Gebiets haben das Gebäude der Pension „Blick aufs Meer“, das aus dem 20. Jahrhundert stammt, in das Register der Kulturerbestätten aufgenommen. Die entsprechende Anordnung des Regionalen Denkmalschutzes wurde auf dem Portal der Rechtsauskunft veröffentlicht. Es wurde somit als Kulturerbe von regionaler Bedeutung anerkannt. Zuvor, im Jahr 2011, war ihm schon der Status eines Denkmals zugewiesen worden. Das dreistöckige Gebäude hat ein Mansardendach, und es besteht aus drei Teilen, einem zentralen und zwei Seitenteilen. Das Haus ist mit dekorativen Holzelementen und Fachwerkkonstruktionen dekoriert. Bis zum Jahr 2015 beherbergte das Gebäude den Kindergarten „Berjoska“. Seit 2019 steht das Objekt leer und droht nach und nach zu zerfallen. MRK

Bahnhofsplatz wird erneuert

Gumbinnen – Die Stadt Gumbinnen plant, den „Platz zum Gedenken an die Helden des Angriffs auf Gumbinnen“ am Bahnhofsplatz zu verschönern. Die Behörden suchen einen Auftragnehmer, der die Arbeiten für umgerechnet rund 154.000 Euro durchführt. Der Gewinner der Ausschreibung soll den alten Bürgersteig zurückbauen, die Bürgersteige und Wege mit Klinkerpflastersteinen und die Auffahrt mit Granit pflastern. Im Park werden Blumenbeete und Holzbänke aufgestellt, Rasenflächen angelegt sowie Bäume und Sträucher gepflanzt. Der Auftragnehmer muss auch die Beleuchtung erneuern. Die Gesamtfläche des Platzes beträgt fast zweitausend Quadratmeter. Bis Ende Juli sollen die Arbeiten durchgeführt werden. Dafür wurden Gelder aus lokalen, regionalen und föderalen Budgets bereitgestellt. Der Gewinner der Ausschreibung soll am 9. März ermittelt werden. Der Auftragnehmer soll die Arbeiten bis Ende Juli durchführen. MRK

Großer Bernsteinfund

Palmnicken – Ende Februar hat ein Bulldozerfahrer ein 1313 Gramm schweres Bernsteinstück neben einem Schaufelbagger, mit dem der Bernstein abgebaut wird, gefunden. Der Fund wurde „Verteidiger des Vaterlandes“ genannt. Weitere große Stücke wurden in einem anderen Teil des Steinbruchs gefunden. Das Gesamtgewicht dieses Rohmaterial betrug 1682 Gramm. Traditionell beginnt die Bergbausaison erst Ende März, Anfang April. Bei kaltem Wetter finden noch keine Arbeiten im Steinbruch statt, sondern man bereitet sich auf die neue Saison vor. Im Jahr 2020 stellte das Bernsteinkombinat bereits einen Rekord für die Anzahl der pro Saison abgebauten großen Bernsteinstücke auf. Es waren 20 an der Zahl. Normalerweise werden nicht mehr als fünf oder sechs pro Jahr von dieser Größe gefunden. MRK

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Luschnat, Lucie, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Meyer-Brandstädter, Edith, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März

Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 9. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Baehr, Elisabeth, geb. **Witt**, aus Lötzen, am 9. März

Brüggemann, Hildegard, geb. **Onischke**, aus Wehlau, am 6. März
Kaldun, Erna, geb. **Nummert**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 2. März

Klimmek, Irmgard, geb. **Borowski**, aus Neidenburg, am 7. März
Neumann, Marta, geb. **Babick**,

aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. März

Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März

Walter, Irmgard, geb. **Marquardt**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

David, Charlotte, geb. **Skories**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 7. März

Lasota/Warmuzek, Liesbeth, geb.

Kolberg, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. März

Norloch, Wanda, geb. **Dietrich**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 6. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Becker, Waltraud, geb. **Schmidt**,

aus Wehlau, am 5. März

Böhnke, Ernst, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 8. März

Günther, Lieselotte, geb. **Turowski**,

aus Lyck, am 11. März

Karpowski, Friedrich, aus Plöwdebach, Kreis Treuburg, am 8. März

Semler, Anneliese, geb. **Swiedelsky**,

aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 6. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Benger, Grete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 11. März

Boelter, Elfriede, geb. **Waschke-witz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März

De Groot, Edith, geb. **Kompa**, aus Ortelsburg, am 5. März

Donder, Hans, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 11. März

Dürselen, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 7. März

Erwin, Gerda, geb. **Lenz**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März

Gollub, Werner, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 6. März

Groth, Hildegard, geb. **Zwiesler**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 8. März

Meyer, Marie-Luise, geb. **Tabel**, aus Sanglienen, Kreis Fischhausen, am 2. März

Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Aukthun, Walter, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. März

Bernst, Elfriede, geb. **Hildebrandt**, aus Aßlacken, Kreis Weh-

lau, am 9. März

Karpowski, Gertrud, geb. **Pukrpski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 7. März

Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 9. März

Lutz, Elsa, geb. **Reißmann**, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 9. März

Müller, Ursula, geb. **Böhm**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 7. März

Rohmann, Emma, geb. **Greise**, aus Lyck, Steinstraße 17, am 7. März

Wille, Ruth, geb. **Bliewernitz**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 10. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hänsel, Lieselotte, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März

Lyhs, Fritz, aus Bäregrund, Kreis Treuburg, am 6. März

Michelsen, Edith, geb. **Dickert**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. März

Robben, Hilde, geb. **Jack**, aus Roddebach, Kreis Ebenrode, am 7. März

Schliwinski, Otto, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März

Seibel, Meta, geb. **Eisermann**, aus Bagnitten, Kreis Mohrunen, am 11. März

Tubies, Hildegard, geb. **Klassen**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bellendorf, Elsa, geb. **Liebenau**, aus Mantau, Kreis Fischhausen, am 5. März

Beyer, Waltraud, geb. **Lau**, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 11. März

Buddrus, Dieter, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 10. März

Dittkuhn, Gerhard, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 5. März

Edlefs, Ursel, geb. **Sulimma**, aus Lyck, Bahnbeamtenhaus 3, am 6. März

Fuhrmann, Maria, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. März

Giering, Hildegard, geb. **Naujoks**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 9. März

Hempel, Christa, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 7. März

Kämpfer, Helga, geb. **Goetzle**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 7. März

Kibitzki, Gisela, geb. **Raabe**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 6. März

Lammers, Liesbeth, geb. **Gronwald**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 5. März

Milewski, Anni, geb. **Schalmann**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 11. März

Niepelt, Ruth, geb. **Wippich**, aus Lyck, Fliggies Garten, am 9. März

Roeder, Margarete, aus Milucken, Kreis Lyck, am 9. März

Rosteck, Gerhard, aus Treuburg, am 5. März

Sandner, Elfriede, geb. **Zellmann**, aus Neidenburg, am 10. März

Schwarz, Erika, geb. **Borchmann**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. März

Skibowski, Elisabeth, geb. **Dittrich**, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 8. März

Sprengel, Fritz, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 3. März

Steinkamp, Margarete, geb. **Bodemann**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. März

Wietzorek, Magdalene, geb. **Pentz**, aus Lyck, am 5. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Axen, Edith, geb. **Meyer**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. März

Bestmann, Marianne, geb. **Bast**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 2. März

Eichholz, Hildegard, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. März

Gruppe, Ursula, geb. **Dotzek**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 11. März

Loges, Hannelore, geb. **Soyka**, aus Lyck, Freystraße 8 und aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 6. März

Runge, Liesbeth, geb. **Bastek**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 6. März

Schulz, Inge, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 1. März

Schumacher, Anneliese, geb. **Kropla**, aus Mohrunen, am 11. März

Sowa, Theodor, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 9. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berft, Erika, geb. **Orgas**, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 7. März

Birth, Horst, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 6. März

Dudde, Heinz Günter, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 4. März

Fallik, Lotte, geb. **Lengemann**,

aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. März

Garrn, Margit, geb. **Zechlin**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 7. März

Hasenpusch, Ilse, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 6. März

Labusch, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. März

Neubert, Ulla, geb. **Willamowius**, aus Königsberg, Juditter-Allee 123, am 9. Februar

Raudschus, Erwin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. März

Stepputt, Hans-Werner, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 5. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brandt, Günter, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 3. März

Burandt, Hannelore, geb. **Schettler**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. März

Cichy, Christel, geb. **Littek**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 6. März

Frassa, Helli, geb. **Stein**, aus Goldbach, Kreis Mohrunen, am 9. März

Glasesapp, Gertrud, geb. **Kowalsk**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 5. März

Grontzki, Hans-Dieter, aus Neidenburg, am 6. März

Handt-Graumann, Dolores, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 10. März

Hentschel, Helga, geb. **Krebste-kies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. März

Jachow, Helga, geb. **Strauss**, aus Königsdorf, Kreis Mohrunen, am 7. März

Klede, Erich, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 8. März

Klein, Bruno, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg und aus Sensburg, am 9. März

Körner, Ursula, geb. **Znoyek**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 6. März

Krausse, Gerda, geb. **Wiberny**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 10. März

Krebs, Günter, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 6. März

Kueßner, Margret, geb. **Knöppke**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau und aus Fischhausen, am 5. März

Marke, Alice, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, am 1. März

Mohr, Manfred, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 8. März

Olk, Oswald, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 6. März

Quednau, Lislott, geb. **Klaus**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 7. März

Schöttke, Walther, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 5. März

Schulz, Irmgard, geb. **Itzek**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 10. März

Tarrach, Arnold, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 10. März

Vermeersch, Waltraut, geb. **No-bars**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 6. März

Wittke, Günter, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 9. März

Wohlgemuth, Kurt, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 5. März

Wunsch, Inge, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 10. März

Zuncker, Waltraut, geb. **Kleist**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 8. März

Zwilling, Irmgard, geb. **Klinkowski**, aus Fischhausen, am 11. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Fehrenz, Gerhard, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 5. März

Kosowski, Renate, geb. **Preuß**, aus Weepers, Kreis Mohrunen, am 10. März

Nienke, Reinhold, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 7. März

Ohnesorge, Ortrud, geb. **Gieseler**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 7. März

Rohde, Manfred, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. März

Rohde, Ursel, geb. **Heß**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 6. März

Schuppe, Helga, geb. **Böhm**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 6. März

Spickschen, Dr. Thorlef, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 1. März

Szepannek, Günter, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 9. März

Trunschel, Peter, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 8. März

Wascheszio, Helga, geb. **Hammer**, aus Krassau, Kreis Lyck, am 8. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Galka, Jan, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 6. März

Klein, Hannelore, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
E-Mail: info@ostpreussen.de

Weitere Informationen unter: www.ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)

16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herr Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Abgesagt
Hamburg - Die für den 6. März geplante Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg im NewLivingHome ist aufgrund der Corona-Lage abgesagt.



Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Abgesagt
Leipzig - Aufgrund der weiteren Unsicherheiten für die Vorbereitung unserer Veranstaltung am 24. April müssen wir diesen Termin leider erneut absagen. Sobald wir Sicherheit haben, werden wir Sie erneut informieren.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Schwarzenbek - Das traditionell ostpreußische Wurstessen musste wegen Corona ausfallen. Der 1. Vorsitzende der Landsmannschaft, Peter Gerigk ist an den Türen der Häuser und Wohnungen vorbeigeschlichen und hat den köstlichen Duft des Wurstessens eingeschnuppert. Wegen Corona konnte er aber nicht einkehren.

Den kulturellen Teil sollte Henriette Piper mit einem Lichtbildvortrag über ihren Großvater, den letzten Pfarrer von Königsberg, bestreiten. Nun hat die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek ihren Vortrag über ihren bemerkenswerten Großvater ihren Mitgliedern in digitaler Form zugestellt.

Ihr Großvater Hugo Linck ist vielen Ostpreußen ein Begriff als Autor seiner drei Bücher, unter anderem „Königsberg 1945 bis 1948“. Der Nachlass ihrer Mutter machte es möglich, die Biografie ihres Großvaters zu schreiben.

ANZEIGE
Sonderzugreisen nach Masuren - Königsberg - Danzig
 Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

In ihrem Videovortrag beleuchtete Piper die mutigen und schicksalhaften Entscheidungen, die Hugo Linck in seinem Leben traf. Im März 1933 schlug er den Weg in den kirchlichen Widerstand ein und geriet damit ins Visier der Gestapo. Die Konfliktlinie war vom Evangelium vorgegeben (Matth. 21,20 und Römer 13, 1-2). Infolge dieser Konfliktlage wurde Hugo Linck dann selbst einmal „zum Verräter“, gab die Enkelin preis. Im Januar 1945 blieb Linck an der Seite seiner Königsberger Restgemeinde. Es war nicht nur aus Verpflichtung. Hugo Linck nahm das „Gottesgericht“ an, von dem die

„Offenbarung des Johannes“ im Neuen Testament kündigt.

Ein Entrinnen von diesem Gottesgericht würde es nicht geben, davon war Linck überzeugt - egal, ob man auf die Flucht ging oder blieb. So wurde der letzte Pfarrer von Königsberg nun auch Zeitzeuge des kommenden Martyriums. Als „Hauptpfarrer“ der evangelischen Rumpfkirche in Königsberg machte Linck dann auch unvermutet Politik. Anfang 1947 hatte Stalin noch keine Entscheidung über das weitere Schicksal der Deutschen im Königsberger Gebiet gefällt.

Erst nach dem Gespräch eines Moskauer Ministerialbeamten mit Pfarrer Linck begann Stalin mit der Planung der Abtransporte. Linck hatte geäußert, dass alle Deutschen ausreisen wollten. Er selbst traf am Tag seines Abtransportes im März 1948 eine hochriskante Entscheidung: Linck schmuggelte das gerettete, kostbare Silber seiner zerstörten Kirche in den Westen. Die geretteten Gegenstände befinden sich nun im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

In seinem zweiten Leben war Hugo Linck Pastor in Hamburg und blieb doch Seelsorger seiner alten Gemeinde. Das führte ihn geradewegs in einen innerkirchlichen Richtungskampf, in den auch sein Buch „Der Kirchenkampf in Ostpreußen“ (1968) hineingezogen wurde. Hogo Linck, das hatte die Autorin am Anfang ihres Vortrags betont, wählte aus seinen

Überzeugungen heraus „in schweren Entscheidungssituationen immer den schwersten Weg“.

Als er 86-jährig starb, konnte er dankbar auf ein reiches und entschieden gelebtes Leben zurückblicken. Das Buch von Henriette Piper „Der letzte Pfarrer von Königsberg“ ist aktuell in der Lizenzausgabe bei Weltbild für 12,99 Euro zu erhalten.

Peter Gerigk



Bund Junges Ostpreußen
Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Großer Spieleabend
 Am 12.3. veranstalten wir (die AG Soziale Medien und die AG Veran-



staltungen im Bund Junges Ostpreußen) um 20 Uhr einen virtuellen Spieleabend auf unserem BJO-Discord-Server.

Gespielt werden unter anderem Among Us (Eine digitale Abwandlung des Spiels "Werwolf") und skribbli.io (ein Spiel, bei dem es um Zeichnen und Erraten geht). Weitere Informationen folgen auf unseren Social Media Kanälen und

unserem Discord-Server (<https://discord.gg/6tmgKPCv5h>).

Wir freuen uns auf eure Teilnahme.

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
 Format: 65 x 45 cm
 Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt

29,95 € inkl. Versand

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
 Buchstr. 4, 22087 Hamburg
 Tel. 040/41 40 08 0
 selke@ostpreussen.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax: (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

Dieter Zeigert: Verwehte Spuren - Die Eisenbahn im Kreis Goldap/Ostpreußen

Über das Buch: Nach seinem Erfolgs-Buch „Verschwundene Gleise - Die Kaiserbahn zwischen Goldap und Szittkehmen“ ist es dem Autor gelungen, mit dem Buch „Verwehte Spuren“ die Geschichte der Eisenbahn im gesamten Kreis Goldap und darüber hinaus, dem Vergessen zu entreißen.

Entstanden ist ein Buch von hoher bildnerischer Qualität und geschichtlich-fachlicher Tiefgründigkeit, ohne dabei die unterhaltensame „Lesequalität“ zu schmälern.

Für alle Ostpreußenfreunde zwischen Goldap, Lyck, Angerburg, Gumbinnen und Stallupönen, die Interesse an Eisenbahn und Reisen haben schließt dieses Buch eine große Lücke in der Reihe der ostpreußischen Erinnerungsliteratur.

Zum Inhalt:

Das Buch „Verwehte Spuren“ beginnt mit dem faszinierenden Fototeil „Was verblieben ist - Impressionen vom Heute“, den der Autor Dieter Zeigert auf mehreren Reisen überwiegend selber recherchiert und fotografiert hat.



Dieter Zeigert: „Verwehte Spuren - Die Eisenbahn im Kreis Goldap/Ostpreußen“, broschiert, 207 Seiten, reich bebildert, Preis 18,50 Euro, ISBN 978-3-9821390-2-9 Foto: KG Goldap

Die bewegte Geschichte der Bahn wird im Kapitel „Die Eisenbahnen im Kreis Goldap“ umfassend beleuchtet.

Streckenentwicklung und Verkehr - Fragmente der Geschichte (mit den Bahnstrecken in die umliegenden Kreise), der Bahnhof und das Reichsbahnbetriebsamt Goldap, die Ereignisse und das Geschehen rund um die Bahn in beiden Weltkriegen, hier enthalten ein Bericht über den Ausbau der

Bahnhöfe Tollmingen (Tollmingkehmen) und Hohenwaldeck (Makunischken), bis hin „Zum Ende“, wie der Autor das letzte Kapitel deutscher und einen kleinen Zeitraum polnischer und russischer Eisenbahngeschichte im Kreis Goldap nennt.

Die durchgehende Fotodokumentation und umfangreiche Dokumentendarstellung unterstreicht die Einzigartigkeit dieses Werkes.

Ein Spiegel der Vielfalt

Pressemitteilung der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene

„Kein anderes Land fördert die Kulturarbeit der Vertriebenen und Aussiedler so intensiv und breit wie Bayern“, so Sylvia Stierstorfer, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, zu der Entscheidung der Regierungsfractionen heuer zusätzlich deutlich über eine halbe Million Euro für Einrichtungen und Institutionen der Vertriebenen und Aussiedler in Bayern aus ihren

Fraktionsreserven bereitzustellen.

„Das ist ein entscheidender Beitrag zur Pflege des kulturellen Erbes, der Erinnerung und der Begegnung“.

Gefördert werden der Ausbau der sudetendeutschen Bildungs- und Begegnungsstätte „Heilighof“ in Bad Kissingen, das Kulturwerk Schlesien in Würzburg, die Stiftung Schlesien, das Haus der Heimat in Nürnberg und der Erinnerungsort „Badehaus Waldram“ in Wolfratshausen, in dessen Räumlichkeiten der Vergan-

genheit Waldrams sowohl als erste Heimstatt für jüdische Displaced Persons nach dem Zweiten Weltkrieg als auch als spätere Siedlung von Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas gedacht wird.

„Dass so unterschiedliche Einrichtungen gefördert werden, spiegelt die Vielfalt der Geschichte und Kultur in unserem Land und erhält diese Erinnerungs- und Begegnungsstätten für die Zukunft. Darauf bin ich sehr stolz“, so die Beauftragte.

Immanuel Kant: „Der bekannteste Denker Europas“

In der laufenden Kant-Dekade zu seinem 300. Geburtstag im Jahre 1724 ist unsere Ostpreußische Landsmannschaft in Schleswig-Holstein bemüht, den größten deutschen Philosophen zu würdigen. Deshalb gibt es eine kleine Fortsetzung zu dem Text in Ausgabe 8 Seite 17:

Die „Kritik der Urteilskraft“, die Kant zwei Jahre nach der „Kritik der praktischen Vernunft“ folgen lässt, befasst sich mit dem „Reich der Zwecke“. Es wird getan als habe alles seinen Zweck. Kant weist nach, dass dies nicht so ist. Der Zweck ist nur eine Idee des Verstandes.

Mit der Zweckidee sucht der Mensch seine Erfahrungen zu ordnen. Dass er sich nur zu seiner Orientierung der Zweckidee bedient, wird dem Verstand nicht bewusst. Er glaubt, die Absichten Gottes in der Natur zu erkennen, und sieht nicht, dass diese Absicht nur die eigenen Zweckideen sind.

Dennoch hält die lebenslange Erfahrung eines jeden Menschen mit der Freiheit die Verbindung zu diesem „zweckhaft geordneten Übersinnlichen“ aufrecht. Die Urteilskraft soll sich vorsehen, dass sie nicht ihre eigenen Erzeugnisse für Erkenntnis hält.

Noch zu Lebzeiten wird Kant durch die drei Kritiken zum bekanntesten Denker Europas. Streng aufklärerisch hat er dargelegt, warum über Gott, Freiheit und Unsterblichkeit keine wissenschaftlichen Aussagen möglich sind.

Ihre Bedeutung haben Zweckideen für das Handeln, nicht das Denken. Mit 72 beendet Kant seine Lehrtätigkeit wegen Altersschwäche. Schnell verschlimmert sich die Verkalkung des Gehirns. 80-jährig stirbt er. Seine letzten Worte: „Es ist gut“.

Edmund Ferner

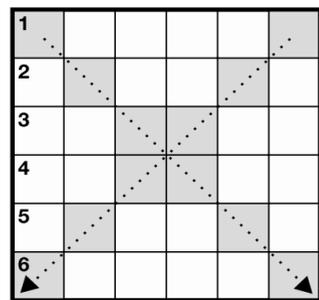
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 9x9 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle. Clues include: Musical von A. Lloyd Webber, ein Gesellschaftstanz, Abmachung (englisch), daraus schließen, ersehen, vollendet, franz. Chan-sonnier (Charles), Dotter, Staat in Nahost, Persien, Sportfischer, jetzt, augenblicklich, gewalt-sames Weg-nehmen, blüten-lose Wasser-pflanze, drahtlose Über-tragungs-technik, unter-irdischer Weg, Geschehen, ital. Stadt an der Nera, Gesuch, schrift-liche Bitte, etwas rasch heraus-ziehen, Klemme; Schmuck-stück, Enterich, fest-liches Essen (franz.), schrift-licher Vermerk, Fluss zum Missis-sippi, Öbbaum-frucht, österr. Winter-sport-ort, artig, brav, kleines Zimmer, Orgel-teil, Biologie: Tier-unterart, Träger einer Erb-anlage, Zier-pflanze, Fahndung, student. Organi-sation (Abk.), Ziga-retten-stummel (ugs.), Kern-frucht, willkom-men, er-wünscht, Nähr-boden, Heimat des Odysseus, Ebonit, Kaut-schuk-pro-duk-t, Bücher-bord, früherer Name Thai-lands, Seebad in Florida (USA), mehr-flüge-liger Eingang, Müll-ablade-platz, Sprudel für alko-holische Getränke, kurz für in dem, Roman von Emile Zola, Frauen-name; Buch im A. T., un-ge-setz-lich, Kino-streifen, Fleiß, Beflis-senheit, Gottes Gunst, Werk-zeug-maschi-ne, Konsum-ent von Nahrung, Kirchen-lied, ein-stig, früher, EDV: Daten-bank-suche, eine Blume; ein Gewürz, indisches Getränk aus Joghurt, von geringem Gewicht, abwer-tend: Schuft, Schurke, land-wirt-schaft-liches Gerät, linker Neben-fluss des Neckars, Gebirgs-tier (süddt. Name), getrock-netes Gras, Wachs-zellen-bau der Bienen, Aufruf; Befehls-ausgabe, Oper von Verdi, Bruder Kains, un-ge-schlechtl. Fortpflanzungs-zelle, unecht wirkendes Ver-halten, Luft-trübung, Kap der Insel Rügen, Drall eines Balls, Muse der Liebes-dichtung, unech-tliches Ver-halten, Musik-zeichen, schwä-bische Teig-waren, dt. TV-, Radio-sender (Abk.), poetisch: Adler, zuguns-ten einer Person, Sache, eine Anhöhe hinauf, nord-ischer Hirsch, Eich, Abkür-zung für Bau-or-dnung, unpro-duk-tive Ma-schi-nen-bewegung, sport-liches Jackett, Haar-ersatz-stück, Ver-suchs-raum (Kzw.), Drei-mann-kapelle, Unter-arm-knochen

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 4, 3, 5, 9, 1, 8, 2, 7, 3, 9, 6, 4, 8, 5, 9, 1, 3, 2, 3, 2, 6, 7, 1, 6, 9, 1, 5

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

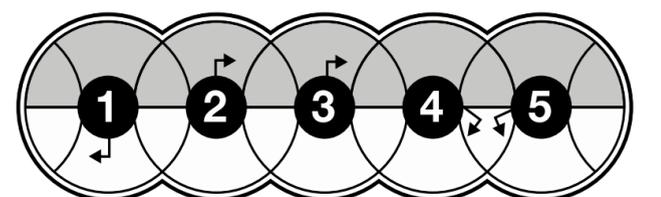
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sportarten.

- 1 Teil des Essservices
2 Hauptstadt der Republik Irland
3 festgelegte Reihenfolge
4 Eisen anziehendes Metall
5 Rundtanz
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für „für ungültig erklären“.

- 1 Zeitraum; Abstand; Preisunterschied, 2 früherer Lanzenreiter (Mehrzahl), 3 Zeichengerät, 4 veraltet: Banner, Feldzeichen, 5 Entwerfer



VON NATALIA ROMANOVA

Die meisten von Ihnen kennen mich als diejenige, bei der Sie Ihre Reisen in das nördliche Ostpreußen beantragen.

Über die orthodoxen Weihnachtsfeiertage war ich vom 6. bis 8. Januar in meiner Heimatstadt Königsberg. Mit großer Überraschung stellte ich fest, dass das Leben im Königsberger Gebiet trotz Corona überwiegend normal weitergeht. Zwar gilt im gesamten Gebiet seit November 2020 in öffentlichen Räumen Maskenpflicht, aber ansonsten sind Restaurants, Cafés, Theater, Kinos, Museen und andere öffentliche oder private Einrichtungen geöffnet – das öffentliche und private Leben findet nahezu uneingeschränkt statt.

Es gibt auch keine weiteren Einschränkungen wie etwa ein Verbot touristischer Reisen oder die Einschränkung, sich zu Hause mit mehr als einer Person aus einem anderen Haushalt zu treffen. Wer Entspannung sucht, kann am Wochenende aufs Land fahren und das sogar weiter

„Und was haben euch eure Maßnahmen ... genutzt?“



Ältere Menschen in Königsberg: Die Angst vor Ansteckung ist nicht so groß wie in Westdeutschland

Foto: Jurij Tschernyschew

als 15 Kilometer. Wer mit fünf Freunden zu Abend essen möchte, kann dies auch in der eigenen Wohnung tun, ohne Angst haben zu müssen, dass die Polizei oder das Ordnungsamt vor der Tür steht, um die „illegale Versammlung“ aufzulösen und jedem „Täter“ ein Bußgeld in Höhe von 150 Euro aufzuerlegen.

Nur wenige Einschränkungen

Laut der Johns Hopkins Universität hat das Königsberger Gebiet bei rund 950.000 Einwohnern derzeit (Stand: 11. Februar) 27.698 Infizierte und 239 Verstorbene – das ist umgerechnet auf die Einwohnerzahl weniger als in Deutschland. Wie ist so etwas zu erklären? Nun, ich weiß es nicht, ich bin weder Epidemiologin noch Medizinstatistikerin. Aber auf die Frage der Einheimischen „Und was haben euch eure Maßnahmen in Deutschland genutzt – die Fallzahlen sind hoch, viele kleine und mittlere Unternehmen sind ruiniert, viele alte Menschen vereinsamt und sogar Sterbende können sich nicht von ihren engsten Verwandten verabschieden?“ hatte ich ehrlich gesagt keine überzeugende Antwort bereitet.

Was mich in Königsberg am meisten beeindruckt hat, war die unaufgeregte Art des Umgangs der Menschen mit der Seuche. In den örtlichen Medien ist das Thema zwar präsent, aber bei Weitem nicht

so dominant wie in Deutschland. Das Gleiche gilt für Gespräche unter Bekannten oder Freunden. „German Angst“? Fehlanzeige. Die Menschen führen ein weitgehend normales Leben, gehen zur Arbeit, in die Schule, in die Universität oder ins Café und treffen sich zu Hause mit Freunden und Verwandten. Die bedrohliche Darstellung der Seuche, die, wie mir scheint, in den deutschen Leitmedien gang und gäbe ist und zu Verunsicherung und manchmal sogar Verzweiflung in einem großen Teil der (vor allem west-)deutschen Gesellschaft geführt hat, fehlt dort völlig. Wie ist das zu erklären?

Wenn ich während meines Aufenthalts dort E-Mails oder Telefonanrufe aus Deutschland erhielt, kamen sie mir vor

wie Berichte aus einer anderen, surrealen Welt. Der harte Lockdown, die periodische Diskussion um seine Verschärfung und Verlängerung – all das waren dort keine Themen. Ich empfand das als sehr angenehm.

Ich habe aus interkulturellem Interesse einige Kaliningrader gefragt, was sie von den Maßnahmen in Deutschland halten. Bei den Antworten gab es eine große Bandbreite von „berühmt-berüchtigte deutsche Ordnung“ bis „Merkelsche Politik ist alternativlos“.

Zurück in Deutschland fiel mir als erstes und sehr beeindruckend die vor allem abends fast apokalyptische Leere in meiner Stadt Hamburg auf. Die Innenstadt ist abends fast menschenleer. Was für ein

Unterschied zu Königsberg! Ich kam mir wie auf einem anderen Planeten vor, in dem eine unsichtbare Hand die Menschen in ihre Wohnungen zwingt. Wie im Krieg, dachte ich mir. Wie kommt es, dass die Deutschen so anders mit der Seuche umgehen als die Russen?

Und als ob Corona nicht genug wäre, wird das Verhältnis zwischen der EU und Russland sowohl politisch als auch diplomatisch auf Eis gelegt. Nach wie vor werden keine Visa ausgestellt. Ich bekomme aber mittlerweile immer mehr Anfragen von meinen Kunden, die sich in Russland mit Sputnik V impfen lassen möchten. Den Antrag an das russische Gesundheitsamt habe ich bereits gestellt, ob es für die ausländischen Bürger möglich wäre – die

Antwort erhalte ich in den nächsten Tagen.

Nachfrage nach Sputnik V

Trotz allem bleibe ich optimistisch und glaube, dass es noch in diesem Jahr möglich sein wird wieder nach Ostpreußen zu reisen. Ich bin ständig im Kontakt mit dem russischen Konsulat und dem russischen Gesundheitsamt sowie dem Auswärtigen Amt. Sie können mich auch immer per E-Mail oder telefonisch erreichen. Ich stehe Ihnen stets mit Rat und Tat zur Verfügung.

● **Kontakt** info@romanova-reisen.de oder telefonisch unter 040-22697074

CORONA IN DEUTSCHLAND UND RUSSLAND

Wie Berichte aus einer anderen, surrealen Welt

Frische Eindrücke aus der Heimat hüben und drüben – Vom unterschiedlichen Umgang Deutscher und Russen mit der Pandemie berichtet die Inhaberin des Reisebüros „RusslandReisenRomanova“

Trakehner Hengstschau

Die Erstausrahlung der Digitalen Trakehner Hengstschau erfolgt am 6. März um 20 Uhr auf ClipMyHorse.TV und ist gleichzeitig abrufbar über die Homepage des Trakehner Verbandes www.trakehner-verband.de. Rund 40 Trakehner Vererber zeigen sich von ihrer besten Seite – und jeder Interessierte kann kostenlos am Bildschirm dabei sein.

Das innovative Gesamtprojekt entspringt der Regie von Hendrik Schulze Rückkamp. Bei mehr als 15 winterlichen Videoterminalen im Bundesgebiet entstand ein neues Format der Hengstpräsentation: Neben der Vorstellung eines jeden Hengstes unter dem Reiter begleiten die Zuschauer die Hengste wie aus nächster

Nähe. Viele Deckstationen laden ein zum virtuellen Rundgang mit einem Blick hinter die Kulissen und zum Besuch bei den Hengsten in der Box und auf der Stallgasse. In Interviews plaudern Besitzer oder Reiter über ihre Schützlinge und deren Persönlichkeiten, über ihre Ausbildung und über die Pläne für die Zukunft.

Ein besonderes Augenmerk gilt den Debüts der Jüngsten, den knapp dreijährigen Hengsten des Körjahrgangs 2020. Der überragende Siegerhengst Rheinglanz v. Helium, der sein Vererberdebüt auf der global tätigen Station Schockemöhle/Helgstrand und im Gestüt Hämelshenbung gibt, wird von seiner künftigen Ausbilderin Eva Möller vorgestellt. Seine

Jahrgangskollegen Gaspard und Schäplitzer, Söhne des Siegerhengstes His Moment, Hanke und New Hope vom Höremer Vererber Ivanhoe sowie Idealerweise v. Mescalero grüßen ebenfalls von den ersten Stationen ihres Hengstlebens, wo sie jetzt auf die Hengstleistungsprüfung vorbereitet werden. Vierjährig demonstrieren Blancor v. Adorator und Tantalos v. Sir Oliver, zwei Junghengste, die hochinteressante Blutalternativen bieten, ihre Weiterentwicklung. Die seinerzeitigen Trakehner Siegerhengste Perpignan Noir v. Schwarzgold und His Moment v. Millennium sowie der schon in jungen Jahren international legendäre Vererber Millenium v. Easy Game geben sich die Ehre und Impressi-

onen des „Königs“ Sixtus v. Habicht, stolze 32 Jahre jung, zeugen von der Härte, die als Trakehner Eigenschaft auf der ganzen Welt geschätzt wird. Gleich mit mehreren Hengsten aus ihrer Beschälerriege vertreten sind namhafte Stationen wie das Gestüt Hämelshenbung, Trakehner Gestüt Gut Staffelde, die Hengststation Hoffrogge und die Hengststation Geling, das Traditionsgestüt Hörstein, das dem Springsport verschriebene Gestüt Welvert, das Haupt- und Landgestüt Marbach, die Landgestüte Moritzburg und Warendorf sowie die Station Sportpferde Brähler.

Hendrik Schulze Rückkamp, mit seiner Firma HSR erfolgreich in der hippologi-

schen Szene von Auktionen bis zu Turnieren, ging erstmals im Spätsommer 2020 auf „HSR Trakehner Tour“, besuchte damals einige Trakehner Gestüte und erreichte mit den dabei produzierten Videos auf YouTube ein breites Publikum. Er erlebte dabei die Faszination Trakehner aus nächster Nähe. Die Aufnahmearbeiten zur Digitalen Hengstschau 2021 haben seine Eindrücke des Sommers vertieft und ließen ihn erneut in die Trakehner Welt eintauchen. Zuchtleiter Lars Gehrmann und Moderator und Buchautor Erhard Schulte übernehmen die fachliche Kommentierung der vorgestellten Hengste, sodass die Digitale Hengstschau gleichermaßen informativ wie unterhaltsam sein wird. **EB**



ERINNERUNGEN

Ein Enkel vollendet das Werk des Großvaters

Von Neidenburg nach Rendsburg – Die bewegte Familiengeschichte des Volksschullehrers Kurt Uschkereit

VON DAGMAR JESTZREMSKI

Rund 900 Schreibmaschinenseiten umfasst die Lebens- und Familienchronik von Kurt Uschkereit (1896–1978), der mit seiner Ehefrau Else als Flüchtling aus dem ostpreußischen Neidenburg nach Rendsburg in Schleswig-Holstein kam. Dort war er bis zu seiner Pensionierung wieder als Volksschullehrer tätig.

Sein Enkel Ralf Uschkereit hat das unvollendet gebliebene Manuskript seines Großvaters für die geplante Drucklegung abgeschrieben und die Rechtschreibung auf den heutigen Stand gebracht. „Verwehte wahre Vergangenheit“ lautet der Titel des mit vielen Fotos ausgestatteten, kompakten Buches von 560 Seiten Umfang. Inhaltlich greifen diese in einzelnen Geschichten verarbeiteten persönlichen Erinnerungen weit über den üblichen Rahmen hinaus.

Als Kurt Uschkereit 1966 im Alter von 70 Jahren mit der Niederschrift begann, hatte er eigentlich nur über die dramatische Flucht aus Neidenburg vor dem Einmarsch der Russen im Januar 1945 berichten wollen. Mit einigen Unterbrechungen setzte er seine schriftstellerische Tätigkeit bis zu seinem Lebensende fort und hinterließ einen sprachgewandten, formvollendeten Text. Schlussendlich bildet der Bericht über die Flucht nur das Hauptstück des letzten Teils dieser ungewöhnlich detailreichen Schilderung. Sie endet mit einem Bericht vom Mai 1945 über ein wundersames Ereignis, das ihm in Teterow (Mecklenburg) widerfuhr und für das er auch später keine Erklärung fand.

Dem Verfasser war die Gabe seines phänomenalen Gedächtnisses bewusst. Er schreibt: „Werden auf einer Straße Lehm und Ton im Laufe der Zeit immer fester, der Sand immer loser und vom Winde leichter beweglich, so bleiben in Lehm und Ton die am tiefsten eingedrückten Spuren in voller Deutlichkeit er-



Einer der Wirkungsorte Kurt Uschkereits: Lehrerseminar in Waldau, hier das Wohnhaus der Seminaristen

halten, im Sande dagegen sind manche für immer verweht. Ich muss wohl eine Seele tonig-lehmiger Beschaffenheit haben, denn vor meinem innern Auge erstrahlt mir meine Jugend in sonniger Klarheit und Schärfe.“ Schier unerschöpflich erscheinen seine Kindheitserinnerungen aus der Kaiserzeit in Magdeburg. Noch weiter zurück in die Vergangenheit reichen seine Berichte über die Wanderschaft seines Vaters, die auf dessen Briefen und Erzählungen beruhen.

Sein Vater hatte bei der „Preußisch-Litauischen Zeitung“ in der ostpreußischen Kreisstadt Gumbinnen eine Setzerlehre absolviert und ging 1888 auf die Walz. Er wanderte durch Pommern und Dänemark, von Hamburg nach Amsterdam,

„Ich muss wohl eine Seele tonig-lehmiger Beschaffenheit haben, denn vor meinem innern Auge erstrahlt mir meine Jugend in sonniger Klarheit und Schärfe.“

Kurt Uschkereit
Lehrer und Autor

durch die Rheinpfalz nach Straßburg, St. Gallen und München. Der Vater und die Mutter von Kurt Uschkereit wurden 1868 und 1869 in Dörfern nahe Gumbinnen geboren. Nach sieben langen Jahren der Trennung der einander versprochenen Eltern wurde 1896 in Magdeburg geheiratet, wo die Mutter bei einem Zahnarzt „in Stellung“ war. Hier kam ihr erster Sohn Kurt am 11. November 1896 zur Welt. Bis zum Umzug nach Königsberg im Jahr 1908 lebte die inzwischen fünfköpfige Familie in Magdeburg.

Erlebtes, Gehörtes und Erlebtes liegen den Aufzeichnungen zugrunde, die durch den feinen Humor und eine außergewöhnliche Beobachtungsgabe des Verfassers gekennzeichnet sind. Die wichti-

gen Belange des täglichen Lebens werden aufgegriffen: das Eisenbahnfahren, die ersten Streiche, Königsberger Originale, die Gaunereien kleiner und „bedeuten-der“ Leute, freundliche und neidische Nachbarn, das Kochen, Waschen, Bügeln, Brotbacken, die handwerkliche Geschicklichkeit des Vaters und des Großvaters in Norbuden (Ostpreußen), Gottesdienste, Jahrmarktbesuche, die damalige Schulzucht und -ordnung, Haarschneiden, Basteln und die Mode. Bedenklich mutet manches aus heutiger Sicht an, so etwa, dass man Säuglinge bereits ab einem Alter von vier Monaten erfolgreich zur Sauberkeit erzog.

Mit seinem Mittelschulabschluss in der Tasche begann Uschkereit 1911 aufgrund des väterlichen Drängens eine vom Vater bezahlte dreijährige Ausbildung zum Volksschullehrer an der Königlich-Preussischen Präparanden-Anstalt in Königsberg. Nach bestandener Prüfung wechselte er zum Lehrerseminar in Waldau und trat 1916 seinen ersten bezahlten Dienst an der Seminar-Übungsschule in Hohenstein an. Als Lehrer an der Neidenburger Volksschule führte er Ende der 1920er Jahre den Werkunterricht für Jungen ein. Sein langjähriges Hobby, das Basteln, hatte er schon frühzeitig auf die Technik ausgedehnt und baute Radio- und Fotoapparate. Aus diesem Grund wurde ihm 1938 die Leitung der Kreisbildstelle in Neidenburg angetragen, die er neben seiner Lehrertätigkeit bis zu seiner Flucht aus Ostpreußen innehatte. Im Alter war die Kunstschlifferei seine Lieblingsbeschäftigung.

Ralf Uschkereit (Hrsg.): „Kurt Uschkereit: Verwehte wahre Vergangenheit“, Verlag: Books on Demand, Norderstedt 2020, broschiert, 560 Seiten, 9,99 Euro



ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein 85-jähriger Oberglogauer im Kampf gegen den Lockdown

Der Friseurmeister Heinrich Larisch zog gegen eine Geldstrafe vors Opperlener Oberverwaltungsgericht, siegte – und starb

Ein Deutscher aus dem oberschlesischen Oberglogau [Głogówiek] hat den Kampf gegen die Lockdown-Maßnahmen in der Republik Polen initiiert – und bezahlte einen hohen Preis.

Der Friseursalon von Heinrich Larisch auf dem Oberglogauer Ring, gegenüber vom Rathaus, hatte Kultstatus. Jeder in Oberglogau kannte ihn und auch viele von außerhalb besuchten „Friseurmeister Heini“, wie er genannt wurde. Betrat man den Salon, tauchte man in eine Welt ein, in der die Zeit stehengeblieben war. Der Blick blieb am Hirschgeweih über dem ovalen Durchgang zum Hinterzimmer hängen. Links unter dem Geweih, auf einem braunen Schreibtisch, blubberte ein Aquarium.

„Mädels, ihr könntet mal die Pflanzen gießen“, rief der Chef in den Raum und deutete auf eine Reihe Topfparne. Neben dem Haarschneiden waren Pflanzen Larischs große Leidenschaft. Die Mädels, die ihre Ausbildung bei Larisch machen durften, hatten viel zu tun. Der Laden war immer gut besucht.

Hinter einer Trennwand mit braunbeiger Dekotapete mit Klinkermuster warteten Damen, die sich eine Dauerwelle legen oder vor dem sonntäglichen Kirch-

gang die Frisur auffrischen ließen. Der Chef persönlich legte Hand an, denn dabei konnte er am ehesten Neuigkeiten erfahren. „Die, die deutsch sprechen, kommen zu mir auch, um einfach mal in ihrer Muttersprache zu plaudern“, sagte er. „Sie kommen zu mir, wenn sie in der Stadt etwas erledigen müssen, die Städter bei schönem Wetter, Menschen vom Lande bei schlechtem, wenn sie nicht auf dem Felde arbeiten können. Ich habe Kunden, die seit 50, 60 Jahren zu mir kommen“, erzählte Larisch stolz, der über 70 Jahre seinen Beruf ausübte. Ununterbrochen. Bis Corona kam.

Nie wollte der 1935 Geborene etwas anderes als Frisör werden, sehr zum Leidwesen seines Vaters, der Tischlermeister war und für die Familie von Oppersdorff auf dem Schloss arbeitete. So verheimlichte er seinen Eltern die Friseurlehre in Neustadt O.S. [Prudnik] und machte sein Diplom. Sich durchzubeißen, das musste er schnell lernen. Humor zu behalten, trotz Widrigkeiten, war seine Devise. Obwohl sein Laden mit zwei Festangestellten und den etwa 200 Lehrlingen und Praktikanten in 70 Jahren oft ein Zuschussgeschäft war, mochte er seine Arbeit nie missen.



Friseur aus Leidenschaft: Heinrich Larisch (l.)

Foto: Wagner

In diesem Laden lernte er seine spätere Ehefrau kennen, die jedoch schon vor 28 Jahren verstarb. Auf die Frage, ob ihm das Witwerleben schwer falle, antwortete er schelmisch: „Nun ja, ich habe halt ihre Kunden übernommen, und das hat ja auch

was Gutes.“ Larisch war die Seele des Oberglogauer Stadtkerns, ein Urgestein der deutschen Prägung von Klein-Berlin, wie man zu dieser Stadt sagte.

Larisch war ein Kämpfer. Als sein Salon im ersten Corona-Lockdown geschlossen

wurde, sagte er sich: „Nicht mit mir“ und öffnete. Am 22. April vergangenen Jahres wurde er beim Haarschneiden erwischt. Hinzu kam, dass weder er noch sein Kunde Masken trugen. Als eine Strafe in Höhe von umgerechnet 2300 Euro auf ihn zukam, legte der Friseur Widerspruch beim zuständigen Gesundheitsamt Neustadt OS. ein. Als nächstes focht er die Strafe beim Opperlener Verwaltungsgericht an und bekam Recht. Die Strafe wurde mit der Begründung annulliert, der Gesetzgeber und der Ministerrat hätten keinen Katastrophenzustand ausgerufen, der eine Freiheitsbeschränkung der Bürger oder Menschenrechtsbeschränkungen erlaube. Der Fall Larisch machte schnell die Runde und ermutigte polenweit eine ganze Reihe von Geschäftsleuten, ihm dies gleichzutun.

Der Kampf des 85-jährigen Larisch endete jedoch mit seinem Tod infolge eines Herzinfarkts. Dass es mit seinem Salon weitergeht, dafür hat er aber gesorgt. „Ich habe in meinem Testament festgehalten, dass – solange dieser Laden kein Defizit macht – hier ein Friseursalon bestehen muss. Das bin ich meinen Kunden schuldig.“ Doch einer der letzten Anlaufpunkte für die deutsche Sprache im Alltag scheint mit ihm verloren. *Chris W. Wagner*

100. TODESTAG

Carl Warnstorf – Pädagoge und Moosforscher

Preußisches Pflichtbewusstsein, Bescheidenheit, Zielstrebigkeit und Berufung

VON JÖRG SCHEFFELKE

Carl Warnstorf wurde am 2. Dezember 1837 in dem kleinen Städtchen Sommerfeld [Lubsko] in der Niederlausitz geboren. Er war das älteste von vier Kindern. Sein Vater war ehrsamer Handwerksmeister, der sich von früh bis spät bemühte, seine große Familie zu ernähren. Man genoss eine strenge Erziehung, die aber nie beklagt wurde. Frühzeitig wurden die Kinder entsprechend ihren Möglichkeiten



Carl und Emilie Warnstorf, sie heirateten 1861 in Arnswalde Foto: privat

rungen geprägt war, alles war minutiös geplant. Auch die Musik erfüllte ihn, er spielte in einem Streichquartett und schrieb in dieser Zeit auch eigene Kompositionen. Neben der Musik beschäftigte er sich auch hier mit Botanik. Auf vielen Spaziergängen in der Neuzeller Umgebung entwickelte er ein lebhaftes Interesse für die Pflanzenwelt, ohne sich zunächst zu spezialisieren.

1858 endete die dreijährige Seminarzeit. Er stellte später fest, dass er „das enge Zusammenleben gleichaltriger Jünglinge, die sich wetteifernd zu einem erstrebenswerten, gemeinsamen Ziel und Beruf mit mehr oder weniger Fleiß verbunden fühlten, als Lichtseite sah“. Weniger positiv hat er die klösterliche, kasernenmäßige Zucht in der Präparandenanstalt gesehen. Auch die teilweise unwürdige, rücksichtslose Behandlung durch einzelne Lehrer und die wenig befriedigende Kost hatten sich eingepreßt. Und dennoch stellt er im Alter zusammenfassend fest, dass die Seminarzeit eine der schönsten Zeiten seines Lebens war, an die er sich immer wieder gerne erinnerte.

Schlechte Entlohnung für Lehrer

Seine erste Anstellung erhielt er von der königlichen Regierung zu Frankfurt/Oder an der Knabenschule zu Arnswalde in der Neumark. Sein erstes Gehalt betrug jährlich karge 540 Mark. Er erinnerte sich, dass während der Seminarzeit der Direktor mal geäußert hatte: „Wer von dem Lehramt etwa eine einträgliche Stellung im Leben erwartet, der erwähle den Beruf eines Volksschullehrers nicht.“ Wenn auch die Besoldung äußerst gering war, so waren es die Schülerzahlen nicht. In seiner ersten Klasse musste Warnstorf 180 sechs- bis achtjährige Knaben unterrichten. Er schreibt: „Mit jugendlichem Feuereifer und übergroßer Lebendigkeit begann ich hier nun an den Kleinen meine schwere, aufreibende Amtstätigkeit. Diese absorbierten aber während des Wintersemesters meine physischen und geistigen Kräfte derart, dass ich Ostern 1859 um Urlaub nachsuchen musste.“

Seine pädagogischen Fähigkeiten fielen wohl dennoch auf und er wurde bald

zum Hauptlehrer und Leiter einer Nebenschule ernannt und bekam nun 720 Mark. Auf dieser Stelle blieb er bis Ostern 1867. In dieser Zeit konnte er mit einigen gleichgesinnten Kollegen ein Streichquartett gründen. Auch begann er hier mit seinen speziellen Moosforschungen.

In der Familie eines Lehrers und Küsters fand er seine zukünftige Frau Emilie Hübler, mit der er 1861 die Ehe einging. Ihm war zu dieser Zeit wohl bewusst, welch große Herausforderung dies bei dem schmalen Gehalt war. Aber mit der Unterstützung seiner Schwiegereltern und durch Nebenverdienste wie Klavierstunden und Nachhilfe im Mädchenpensionat kam man über die Runden. Dazu gründete er mit jungen Kollegen in Arnswalde eine Präparandenanstalt.

In der Arnswalder Zeit wurden der jungen Familie vier Kinder geboren. Zu dieser Zeit wütete in Arnswalde eine Choleraepidemie, die man hautnah erlebte. Auch der Lehrer Warnstorf erkrankte durch Leichtsinns und konnte nur durch tatkräftige Hilfe seiner Frau und nahestehender Menschen dem Tod entronnen. Vom Militärdienst wurde Warnstorf befreit. Einerseits war er dankbar, dennoch hatte ihn die Behandlung durch den Militärarzt geärgert.

1881 erste Veröffentlichung

1867 erfuhr Warnstorf von einer zu besetzenden Lehrerstelle in Neuruppin mit einem Jahresgehalt von 1200 Mark. Nach geglückter Vorstellung erhielt er die Zusage, immerhin hatte er 60 Mitbewerber aus dem Feld geschlagen. Um den Belastungen durch den Schuldienst und den weiterhin erforderlichen Nebenverdienst entgegenzuwirken, begann er wieder mit seinen botanischen Ausflügen und tauchte, wie in Arnswalde begonnen, in das Thema Mooswelt ein. Und hier waren es bald die Torfmoose, die sein besonderes Interesse weckten. Schon 1881 machte er mit einer ersten Veröffentlichung die Fachwelt auf sich aufmerksam. 30 Jahre später erschien dann als Krönung seiner Forschung das zweibändige Werk „Sphagnologie universis“, das noch heute in Fachkreisen von Bedeutung ist.

Seine Lehrertätigkeit hat er all die Jahre aber nicht vernachlässigt. Ausdruck dafür ist wohl, dass ihm bei der Pensionierung im April 1899 für seine über 40-jährige Lehrertätigkeit der Kronenorden vierter Klasse überreicht wurde. Er hatte stets treu gedient und er war immer der festen Überzeugung, dass treue, hingebende Lehrertätigkeit nicht nach Mark bewertet werden kann.

Nach der Pensionierung konnte er sich nun noch intensiver seiner Forschungstätigkeit widmen. Er zog 1906

Lücke ist entstanden, viele Jüngere haben bei dem Nestor der Bryologie (Moosforschung) Rat und Hilfe bekommen. ... Seine Klarheit in der Darstellung war eines seiner hervorragenden Merkmale. Seine Pünktlichkeit war ebenso wie seine klare, feste Handschrift Ausdruck seines inneren Wesens, seiner überragenden Gabe. Seine schriftlichen Hinterlassenschaften sind sichere Leitsterne auf dem schwierigen Gebiet der Mooskunde.“ Die letzte Ruhe fand er neben seiner Frau Emilie auf dem Südwestkirchhof Stahnsdorf, Block



Moos und Sonnentau im Großen Moosbruch Foto: Brigitte Stramm

zur Mithilfe bei häuslichen Arbeiten herangezogen.

In seiner Heimatstadt besuchte er die sechsstufige Stadtschule, an der in den oberen Klassen auch Latein und Französisch gelehrt wurde. Er gestand später ein, dass er sich nicht immer als Musterknabe auszeichnete.

Um sein Berufsziel Pädagoge zu verwirklichen, besuchte er in seiner Heimatstadt die gerade gegründete Präparandenanstalt zur Vorbereitung auf das Lehrerseminar. An diese Zeit hat er sich gerne erinnert. Konnte er doch hier sein Interesse für Musik und Naturkunde pflegen. Mit 18 Jahren gehörte er dann nach einer Prüfung mit 120 jungen Leuten zu den 30 auserwählten Seminaristen, die in Neuzelle in Brandenburg beginnen konnten. Diese Zeit war prägend und er schilderte sie sehr anschaulich. Es waren keine „Herrenjahre“, sondern eine Zeit, die von Pflichten, harter Disziplin und Entbeh-

nach Berlin, um die wissenschaftlichen Einrichtungen und Bibliotheken besser nutzen zu können. 1914 erhielt er die in Botanikerkreisen bedeutsame Ehrung mit der Aschersohn-Plakette. Die wohl größte Ehrung für seine inzwischen national und international anerkannte wissenschaftliche Arbeit war die Verleihung des Ehrenprofessoren-Titels am 2. Dezember 1917 durch den preußischen Kultusminister. Außerdem wurden nach ihm eine Gattung der Laubmoose (Drepanocladus = Warnstorfia), sowie 18 Arten benannt.

Laubmoose nach ihm benannt

Groß war in der Fachwelt die Anteilnahme und Trauer beim Ableben von Warnstorf am 28. Februar 1921. In einem erhaltenen Kondolenzschreiben heißt es: „Eine

Schönberg, Feld 4a, auf dem auch der Grabstein erhalten geblieben ist.

Auch noch heute ist sein Werk gegenwärtig. So fand im April 1999 in Klosterheide ein erstes Mooskartierungstreffen auf den Spuren von Carl Warnstorf statt. Abschließend sei angemerkt, dass dieses Leben wohl bemerkenswert war. Von einem einfachen Volksschullehrer hatte er es durch Gabe, Fleiß und Beharrlichkeit, aber auch in Demut zu der Schöpfung und seinem irdischen Sein zu höchsten wissenschaftlichen Ehren gebracht. Und dazu war er wohl auch eine begnadete Lehrerpersönlichkeit, die noch heute Vorbild sein könnte.

● Carl Warnstorf ist der Urgroßvater des Autors

EIN GREIFENBERGER

Moriz Seeler zum 125. Geburtstag am 1. März

In der Theater- und Künstlerszene im Berlin der 1920er Jahre bekannt

Moriz Seeler stammte aus Hinterpommern, hatte eine jüdische Herkunft und erlangte in der Weimarer Republik als Schriftsteller, Theaterregisseur und Filmproduzent deutsche Bekanntheit. Er arbeitete dabei mit zahlreichen Berühmtheiten zusammen wie Else Lasker-Schüler, Arnolt Bronnen, Carl Zuckmayer, Bertolt Brecht, Billy Wilder, Friedrich Hollaender und Günther Weisenborn, unterschätzte allerdings die Gefahr, die ihm von den Nationalsozialisten drohte, und gehörte zu den Opfern des Holocaust.

In Berlin-Wilmersdorf erinnert eine Gedenktafel an ihn. In Wien und Berlin tragen Straßen seinen Namen. Dazu beschäftigen sich einige Schriften und Beiträge in Nachschlagewerken mit seinem Wirken und seiner Bedeutung. Doch der breiten Öffentlichkeit ist der vielseitige Kunstschaffende von einst heute ein Unbekannter.

Seeler wurde am 1. März 1896 in Greifenberg geboren. Der Ort liegt an der Rega in Hinterpommern südwestlich von Kol-

berg und begann 1262 mit einer fürstlichen Gründungsurkunde die erfolgreiche Entwicklung zur Hansestadt im Herzogtum Pommern. Heute gehört die Stadt als Kreisstadt mit dem Namen Gryfice zur polnischen Woiwodschaft Westpommern. Zur Reihe namhafter Persönlichkeiten aus Greifenberg zählt auch Seeler.

Sein Vater war ein betuchter Kaufmann, schickte ihn auf das Gymnasium und förderte die Kunst- und Literaturinteressen seines Sprösslings. Doch nach dem Abitur am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium zog er zunächst als Soldat in den Krieg, was für besondere Erfahrungen sorgte. Seeler überstand die Kriegsjahre, ließ sich anschließend in Berlin nieder und begann auf der Suche nach einer Zukunft Kunst- und Literaturstudien. Er wurde Stammgast in einigen Künstler-Cafés, machte Bekanntschaften mit Literaten, erlebte die Revolutionswirren hautnah und verfasste erste eigene Texte. Mehr noch. 1922 gründete Seeler die „Junge Bühne“, die „für Nachwuchsschauspie-

ler in den etablierten Theatern Auftritte in Sonntagsmatineen organisierte“. Das gedieh zu einer erfolgreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und zu einem Sprungbrett für aufstrebende junge Schauspieler.

Gründete die „Junge Bühne“

1924 wurde sein Name dann deutschlandweit bekannt, als er Arnolt Bronnens „Vatermord“ auf die Bühne brachte und für einen Theaterskandal sorgte. Der junge Theatermacher scheute sich nicht, an gewagte und gesellschaftskritische Themen heranzugehen. Carl Zuckmayers „Pankraz“ und Bertolt Brechts „Baal“ folgten.

Brecht, der 1924 nach Berlin gekommen war und zuerst als Dramaturg bei Max Reinhardt am Deutschen Theater wirkte, machte schnell mit eigenen Texten Furore. Doch seine Stücke „Baal“ und „Trommeln in der Nacht“, die noch die Traditionsverbundenheit mit Büchner, Lenz sowie Wedekind verraten, warteten noch auf die Uraufführung. Seeler reizte

Brechts Gesellschaftskritik und Polemik gegen den Expressionismus. Beide arbeiteten 1926 eng zusammen und brachten „Baal“ auf die Bühne. Der Held ist ein „Säufer, Wüstling, Notzuchtverbrecher und schließlich Mörder“, der seine „fleischlichen Leidenschaften“ und sein Verlangen nach einem irdischen Glück voll auslebt. Der Zynismus Baals machte Brecht zum „Bürgerschreck“, ein Image, das er behielt und das auch etwas auf Seeler abfärbte, der nun als Macher in aller Munde war.

Bekannte Weggefährten

Weitere Auffälligkeiten in der Kunstszenen folgten. Seeler brachte Marieluise Fleißers „Fegefeuer in Ingolstadt“ sowie Hans Henny Jahns „Krönung Richards III.“ auf die Bühne, verfasste Texte für Friedrich Hollaenders Kabarettprogramme und gründete 1929 eine Filmproduktionsfirma. Er wollte das neue Medium nutzen und scharte andere Gesinnungsfreunde um sich. Beim Stummfilm „Menschen am

Sonntag“ arbeitete er 1929 eng mit dem später berühmten Regisseur Billy Wilder zusammen. Seeler schwamm Ende der Weimarer Republik auf einer Erfolgswelle. Doch seine Erfolgsjahre endeten schlagartig mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, die den linksorientierten Theater- und Filmemacher schnell ins Visier nahmen. Mit Folgen. Er floh zunächst über Prag nach Wien, konnte sich in der Fremde nicht etablieren und kehrte mit einem Rucksack voller Illusionen 1935 zurück nach Berlin. Doch er war ohne Chancen. Der Jüdische Kulturbund gab ihm eine Brotarbeit. Das war ein Überleben auf Zeit.

Bei den Novemberpogromen 1938 kam der jüdische Künstler in Haft. Bei seiner nochmaligen Freilassung wurde er auf die Deportationsliste gesetzt. Seeler hatte eine Gnadenfrist als Zwangsarbeiter. Das Ende war nahe. Er wurde am 15. August 1942 mit anderen Leidensgefährten in das Getto Riga deportiert, wo er kurz danach ermordet wurde. Martin Stolzenau

„Wer Kontra gibt, der fliegt wieder raus“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wunderbare Artikel.
Mit Wonne gelesen
– nein, verschlungen.
Danke dafür!“

Chris Benthe
zum Thema: Fürst Pückler (Nr. 4)



Ausgabe Nr. 7

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

WILLIGE VOLLSTRECKER
ZU: „BIG BROTHER“ LÄSST VIEL-
FACH GRÜSSEN (NR. 8)

Schaut man sich die Flut der neuen Über-
setzungen von Orwells Utopie „1984“ an,
könnte man zur Überzeugung kommen,
dass es sich um das bedeutendste Werk
des vergangenen Jahrhunderts handelt.
Ich denke, der Hype um dieses Buch hat
einzig mit Trump, Fake News und neuen
rechten alternativen Parteien zu tun. Man
will von allen Seiten und mit allen Mitteln
davor warnen. Die Verlage machen sich
dabei zum willigen Vollstrecker der Regie-
rungspropaganda und lenken und mani-
pulieren ihre Leser ganz so wie Orwells
„Big Brother“ das Volk – und merken es
nicht mal. *Matthias Schönfeld, Hannover*

BLICK DURCH NATIONALE BRILLE
ZU: NACH ZWÖLF JAHREN
VOLLENDET (NR. 6)

Ihr Beitrag erfasst nur im Ansatz die Pro-
blematik dieses Geschichtsbuches für die
deutschen und polnischen Schulen. Wenn
man sich mit dem vierten Band auseinan-
dersetzt, der das 20. Jahrhundert themati-
siert, stellt man fest, dass „nationale
Einseitigkeiten in der Geschichtsschrei-
bung“ nicht „überwunden“ werden und
eine „gemeinsame, europäische Erinne-
rungskultur“ eben nicht erarbeitet
wird, weil der „Blick durch die nationale
Brille“ im Vordergrund des politischen
Willens der deutschen und polnischen
Regierungen steht.

Es wird eben kein „Perspektivenwech-
sel für die jeweils andere Seite“ durch das
von den beiden Regierungen festgelegte
historische Narrativ möglich. Diese für die
„Wissensvermittlung“ für die Jugend
beider Völker äußerst negative Tatsache
wird besonders deutlich in der Darstel-
lung der historischen Ereignisse am Ende
des Zweiten Weltkrieges in Ostmitteleu-
ropa beziehungsweise Ostdeutschland. Es
handelt sich um das zweite Menschheits-
verbrechen des 20. Jahrhunderts: die An-
nexion Ostdeutschlands, die Vertreibung

der Deutschen und die Ermordung von
zwei bis drei Millionen Deutschen durch
die Polen, ein klassischer Genozid.

Wie behandelt das Geschichtsbuch
diese Ereignisse? Die Autoren erwähnen
dieses in der Weltgeschichte unglaubliche
Ereignis unter folgenden Überschriften:
„Die deutsche Bevölkerung beim Näter-
rücken der Front im Osten“, „Die Beschlüsse
der Potsdamer Konferenz“, „Vertrei-
bungen, Umsiedlungen, Rückkehr“.

Wenn der Leser eine ausführliche und
den historischen Tatsachen entsprechen-
de Darstellung erwartet hat, wird er ent-
täuscht; die vorgelegte Geschichtserzäh-
lung ist blass und verharmlosend, ent-
spricht den politischen Vorgaben der Auf-
traggeber des Geschichtsbuches und spielt
diesen unsäglichen Zivilisations-
bruch im historischen Kontext der „Mo-
derne“ und der polnischen Geschichte
der Neuzeit herunter.

Insofern ist es interessant, dass die
Landesregierung (von NRW?) „Lehrplan-
anpassungen vorgenommen“ hat, aber
entspricht das dem Anspruch eines Ge-
schichtswerkes, das einen neuen Weg in
der Vermittlung von Geschichte in einer
unverhältnismäßig schwierigen und tragi-
schen Geschichte zweier Völker gehen
will? Ich bin sehr skeptisch und würde
vorschlagen: noch einmal einen Versuch
wagen, ein neues Geschichtsbuch zu
schreiben, aber mit Hilfe unabhängiger
Historiker! *Klaus Fleischmann, Kaarst*

TOTGESCHWIEGENE RESULTATE
ZU: BASIS GEGEN DEN COUP DER
LOBBYISTEN (NR. 7)

Die sogenannte Energiewende durch
Merkel sowie die Partei Bündnis 90/
Die Grünen ist symptomatisch für den
Niedergang stabiler Energieerzeugung,
die ein moderner Industriestaat stets be-
nötigt. Mit der weiteren enormen Ver-
mehrung riesiger Windkrafttürme wer-
den nicht nur zigtausend Vögel, sondern
auch fünf bis sechs Millionen Insekten
pro Tag, und jährlich bis zu einer Billion
geschreddert.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und
Raumfahrt wie Universitätsinstitute
(Kiel/Hohenheim) recherchierten die
traurigen Resultate. Öffentlich wird es
totgeschwiegen. 400 Windräder ersetzen
erst die Leistung eines AKW. Folglich
wird Deutschland dann eine Region der
Windspargel. Für Touristen ist das eben-
so unattraktiv und ekelhaft wie für Vogel-
und Insektenfreunde.

Heinz-Jürgen Bringewatt, Bielefeld

NEUE PARTEI BRINGT NICHTS
ZU: SEHNSUCHT NACH EINER NEU-
EN BÜRGERLICHEN KRAFT (NR. 5)

Der Artikel hätte Anlass zu einer kriti-
schen Auseinandersetzung über eine neue
Partei Gründung geben sollen. Es wurde
aber gleich eine Befürwortung einer neu-
en Partei Gründung daraus abgeleitet.
Wem nutzt das? Ausgerechnet im Wahl-
jahr wird dieser Spaltplatz Partei Gründung
zum Thema gemacht.

Die AfD hat schon ihre Aussagen und
ihr Personal verändert. Aber nach den lin-
ken/grünen Meinungsmachern wird es nie
ausreichen, um akzeptiert zu werden. Es
ist dabei völlig egal, ob es sich dabei um
die AfD oder eine neue rechte/bürgerliche
Partei handelt. Und viele Bürger werden
sich von der linken/grünen Meinungsma-
che weiterhin beeinflussen lassen. Auch
eine neue Partei wird dem nicht entgehen.

Ansichten, Meinungen, Beurteilungen
die vor nicht langer Zeit auch noch in der
CDU/CSU ungestraft vertreten werden
konnten, werden heute auch von einigen
rechten Bürgerlichen als zu radikal ver-
urteilt. Es wird die linke/grüne Meinungs-
dominanz beklagt, aber viele unterwerfen
sich ihr – mal früher mal später –, aber es
wird getan.

Natürlich können Begriffe und Aussa-
gen verändert und angepasst werden.
Aber bitte nur aus eigener Erkenntnis und
Überzeugung und nicht auf Druck von
außen. Es muss den Wählern immer wie-
der klar gemacht werden, wenn die eigen-
nen Überzeugungen behalten und durch-
gesetzt werden sollen, dann muss dem

Außendruck widerstanden werden. Die
linke/grüne Meinungsdominanz wird ge-
stärkt, wenn man sich ihr unterwirft.

Die CDU/CSU ist in der Geschichte
der Bundesrepublik von allen Parteien die
längste Zeit Regierungspartei gewesen.
Sie ist damit im Wesentlichen für den Zu-
stand Deutschlands verantwortlich. Es
gibt und gab aus den Reihen der CDU/
CSU-Parteimitglieder kaum Widerstand
gegen die Politik der Parteiführung.

Die Themen Klima, Bildung, Umbau
der Wirtschaft und nicht zuletzt Migrati-
on dominieren die Entwicklungen in Ge-
genwart und Zukunft und werden von den
Linken/Grünen beherrscht. Daran kann
auch eine weichgespülte rechte Opposi-
tionspartei nichts ändern. Die CDU/CSU
ist weit abgedriftet. Wenn das geändert
werden soll, muss mehr geschehen, als
dass durch eine kleine, konservative Par-
tei der CDU/CSU Korsettstangen einge-
zogen werden. *Fred Peter Mohlau, Berlin*

ZU ALLEM „JA UND AMEN“
ZUM LESERBRIEF STATISTISCHE
(UN-)WAHRHEIT (NR. 6)

Der Bayerische Ethikrat berät seit dem
1. Oktober 2020 den bayerischen Minis-
terpräsidenten und die gesamte Staats-
regierung in den entscheidenden Zukunfts-
fragen unserer Gesellschaft, inklusive al-
lem rund um Corona. Anscheinend haben
sich alle Mitglieder des Bayerischen
Ethikrates verpflichtet, immer lieb und
brav zu bleiben und zu allem kritiklos „Ja
und Amen“ zu sagen, dann dürfen sie we-
terhin ihre bayerische „rosarote“ Brille
(auf)behalten.

Dr. Christoph Lütge, ein Professor für
Wirtschaftsethik, der an der TU München
lehrt, war nur für eine Sitzung als – inzwi-
schen abberufenes – Mitglied im Ethikrat,
da er sich geweigert hatte, die bayerische
Corona-Strategie nur durch selbige „bayerisch-rosarote“ Brille zu betrachten. Wer
der Bayerischen Staatsregierung Kontra
gibt, der fliegt wieder raus aus dieser bay-
erischen „Ethik- und Alibi-Spielecke“.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE

Wie unsere Kinder unter den Corona-Maßnahmen leiden und was wir dagegen tun können

Der Immunologe und Toxikologe Prof. Dr. Stefan Hockertz setzt sich mit einem Problem auseinander, das in der Flut von Informationen über Corona kaum zur Sprache kommt: Mit der Frage, was macht die Pandemie mit Kindern und Jugendlichen? Hockertz beschäftigt insbesondere die Folgen der nicht mehr nachvollziehbaren Maßnahmen der Regierung und der einseitigen medialen Berichterstattung, bei der Fakten manipuliert und Gefahren aufgebauscht werden. Um Antworten auf die zentrale Frage zu bekommen, wertet Hockertz wissenschaftliche Studien aus, befragt Eltern und Lehrer und analysiert Bilder sowie Texte von Kindern.

Solide Aufklärung jenseits politischer und medialer Panikmache ist dringend geboten!

Die Erkenntnisse des Autors sind erschreckend: Die Maßnahmen der Regierung und die Corona-Berichterstattung zerstören die für Kinder so wichtige Institution der Familie. Kinder werden überfrachtet mit Todeszahlen, Bildern von Särgen und Berichten über Arbeitslosigkeit, die auch ihren Eltern drohen kann. Zudem werden sie – völlig zu Unrecht – als »Superspreeder« stigmatisiert.

Unzählige Kinder ziehen sich in eine eigene Welt zurück, in der sie mit ihren Ängsten allein bleiben.

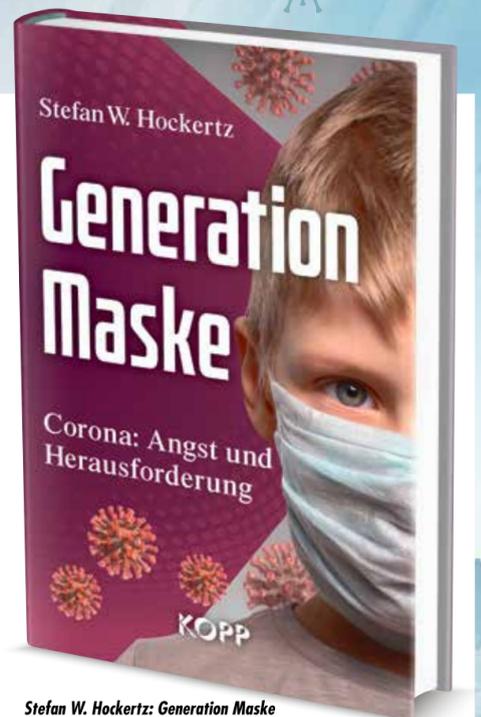
Katastrophal wirken sich die Schulschließungen aus. Kinder verlieren damit den Kontakt zu Freunden und den Bezugspersonen, die die Informationen über Corona für sie richtig einordnen könnten: die Lehrer. Dazu kommen die Masken, die nicht nur gesundheitsschädlich

sind, sondern den Kindern die Bedrohung auch unablässig vor Augen führen.

Die Folgen dieser Eindrücke sind körperliche, aber vor allem auch psychische Probleme wie Antriebslosigkeit, Konzentrationsschwäche, Aggressionen, Depressionen, Angstzustände und andere. Stefan Hockertz geht gegen diese Entwicklung an und artikuliert die Sorgen der Kinder.

Hockertz nutzt dieses Buch aber auch, um die falschen Informationen von Regierung und Medien zurechtzurücken. Als Immunologe und Toxikologe korrigiert er beispielsweise die angebliche Übersterblichkeit und informiert über die Gefahren der Impfstoffe, die weitgehend unerforscht sind und viel zu schnell zugelassen wurden.

Lesen Sie dieses bahnbrechende Buch und sprechen Sie mit anderen darüber!



Stefan W. Hockertz: *Generation Maske*
gebunden • 192 Seiten • zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr. 983 200 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

EIN JAHR LOCKDOWN

Eine vom Virus befallene Branche

Todeskampf eines ganzen Industriezweigs – Wie Hoteliers und Reisevermittler ums Überleben kämpfen

VON HARALD TEWS

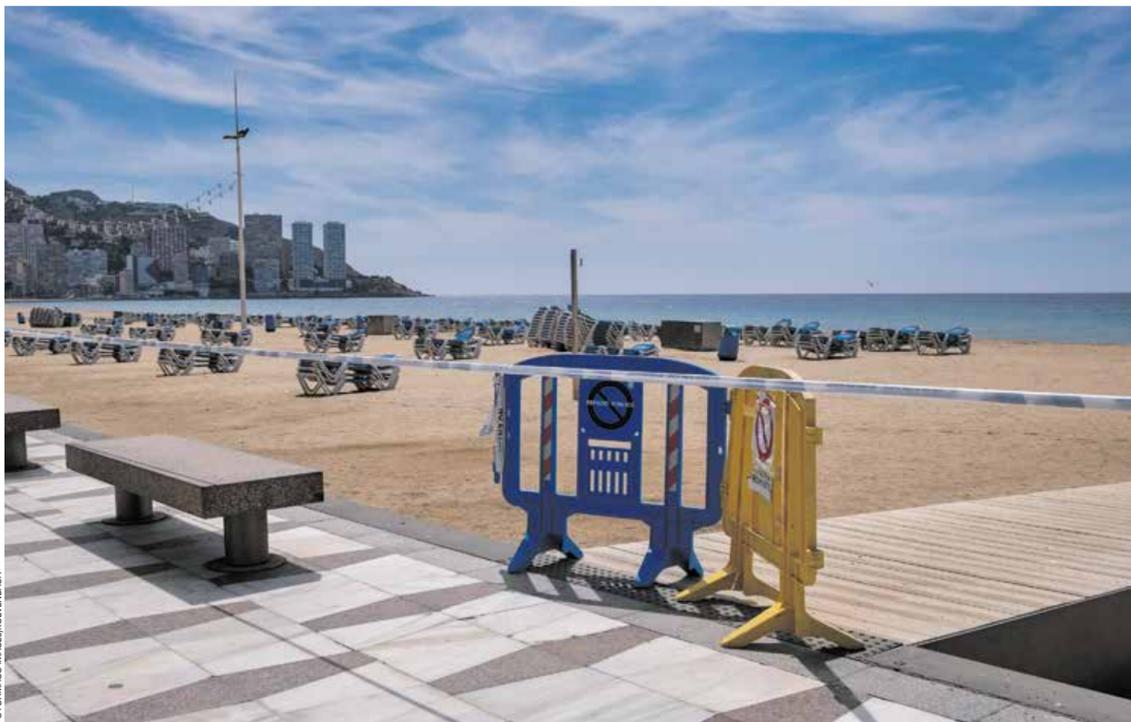
Es wäre sicher unangebracht, eine Rangfolge derjenigen Berufsstände zu erstellen, die von den Lockdown-Maßnahmen am meisten betroffen sind. Einzelhandel, Gastronomie, Freizeit- und Fitnessbetriebe oder Kulturschaffende sind mehr oder weniger gleichermaßen von der Pandemie gebeutelt worden.

Und doch ragt eine Branche heraus: Die Tourismusindustrie ist vor genau einem Jahr komplett zum Erliegen gekommen und konnte auch nicht wie die übrigen Branchen von den Lockerungen im Sommer oder von Internetverkäufen profitieren. Die Grenzen ins Ausland sind nahezu dicht, Fernreisen so gut wie unmöglich, die Flotte der Ferienflieger ist am Boden, Kreuzfahrtschiffe liegen größtenteils auf Reede, Reisebusse fahren nicht und Hotels sind – wenn überhaupt – nur für Geschäftsreisende geöffnet.

Das Virus kennt bekanntlich keine Grenzen, und wenn niemand verreisen würde, könnte es auch keine Übertragung von einem Land aufs andere geben. Nur so konnte es sich von China aus in alle Welt ausbreiten. Der Schuldige ist also gefunden: der Tourist als Bazillen- und Virenshleuder. Von daher ist es einleuchtend, den Reiseverkehr einzuschränken.

Aber wie lange können wir uns das wirtschaftlich erlauben? Weltweit hängen geschätzt 100 Millionen Menschen vom Tourismus ab, in Deutschland allein sind es drei Millionen. Zwingt man potentielle Urlauber noch länger dazu, in den eigenen vier Wänden zu verharren, dörft man eine ganze Industrie aus, von damit verbundenen entgangenen Steuereinnahmen und einem sinkenden Volkswirtschaftseinkommen ganz zu schweigen.

Die Regierung hat in der Zwischenzeit angeschlagene Reisekonzerne wie die TUI oder Lufthansa mit Milliardenhilfen gestützt. Andere betroffene Unternehmen, die tagtäglich um ihre Existenz kämpfen, fühlen sich dabei übergangen. In der Fachzeitung „touristik aktuell“ holte jüngst Jörg Lindner, Geschäftsführer der Hotelmanagementgruppe „12.18.“, zu der Nobelherbergen wie Schloss Fleesensee oder Hotel Stadt Hamburg auf Sylt gehören, zu einem Rundumschlag aus. Die Politik habe seiner Ansicht nach komplett versagt, denn verschiedene Wirtschaftszweige seien „regelrecht hingerichtet“



Leere Strände, wo sich sonst Sonnenhungrige tummeln: Abgesperrter Strandabschnitt an der Costa Blanca in Benidorm/Spainien

worden. „Das Virus“, führte er aus, „kann man durch Medikamente, den Impfstoff und durch Tests beherrschen. Was nicht hilft, sind Schließungen von Hotels.“

Insbesondere kritisierte Lindner die Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die innerhalb von fünf Jahren mit einer 20-prozentigen Tilgung zurückgezahlt werden müssen, wobei der Zins über dem Marktzins liege: „Das ist keine Hilfe für die Branche, sondern ein verlängerter Todeskampf mit einem hohen Risiko. Für den Staat ist das ein Supergeschäft.“

„Mir sind die Hände gebunden“

Im Nachbarland Österreich, das besonders vom Tourismus abhängt, sieht es nicht besser aus. So herrscht in der Villa Postillon und im Familienhotel Post am Millstätter See in Kärnten gähnende Leere. „Vor einem Jahr war unser Haus noch voll ausgelastet“, attestiert Hotelchef Peter Sichrowsky, „dass wir jetzt bei bestem Skiwetter keine Gäste haben, ist natürlich eine unbefriedigende Situation.“

80.000 Euro hat er bis jetzt vom Staat einmalig als Umsatzersatz erhalten. „Das gleicht unsere Verluste natürlich bei Weitem nicht aus“, sagt er. Bei der Österrei-

chischen Hotel- und Tourismusbank hat er einen Überbrückungskredit in Höhe von einer halben Million Euro bewilligt bekommen, für den der Staat die Sicherheit bietet. „Unsere Existenz sehe ich damit nicht als gefährdet“, sagt Sichrowsky, auch wenn es Jahre dauern wird, bis das alles zurückgezahlt wird, vorausgesetzt die Lage entwickelt sich wieder normal. Jetzt hofft er, dass wenigstens schon zu Ostern seine deutschen Stammgäste wieder einreisen können, damit er zumindest einen Teil seiner 60 Saison- und Ganzjahresmitarbeiter wieder beschäftigen kann.

In Deutschland sind kleinere Mittelständler noch stärker betroffen. Natalia Romanova, die sich auf Seite 17 dieser Ausgabe über die „German Angst“ bei dieser Pandemie wundert und die in Hamburg eine Reiseagentur mit Schwerpunkt Königsberger Gebiet betreibt, wird da ganz konkret: „Im September habe ich einmalig 6000 Euro Soforthilfe erhalten. Seitdem nichts mehr.“ Weitere Überbrückungshilfen erhält sie nicht, weil Reisebüros offiziell von den Schließungen nicht betroffen sind. Sie könnten telefonisch oder übers Internet Reisen vermitteln. Aber wohin, wenn man nicht reisen kann?

„Seit März 2020 kann ich nichts machen“, klagt Romanova, „mir sind die Hände gebunden.“ Um laufende Kosten zu senken, hat sie ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt und sich von zwei Büroräumen trennen müssen. In ihrem verbliebenen Büro beantwortet sie Fragen ihrer Kunden. Täglich erhält sie etwa zehn Anfragen von Personen, die wissen wollen, wann sie endlich wieder nach Ostpreußen reisen können. Romanova weiß es selbst nicht, nur so viel ahnt sie: „Es wird wohl bis Mitte 2022 dauern, bis wir wieder alles normal anfahren können.“

Bis dahin fährt sie auf Sparflamme. Viele andere Kollegen werden bis dahin ganz zum Stillstand gekommen sein. Von den 77.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Reisebüros, die es bis Mitte 2020 noch gab, werden dann sehr viele längst arbeitslos sein. Kommt der Impfpass, so wäre ein Teil gerettet. Damit kann man wenigstens mit einem kleinen Teil des Klientels planen. Der Weisheit letzter Schluss darf das aber nicht sein.

● Peter Sichrowsky, Millstatt, Österreich: www.familienhotelpost.com; Natalia Romanova, Hamburg: www.romanova-reisen.de

POTSDAM

Zu Gast bei Kaisers

Ein Teil von Schloss Cecilienhof wird Hotel – Nach Renovierung gibt es Platz für 40 Zimmer

An dem Ort, an dem im Sommer 1945 die für Deutschland schicksalsträchtige Potsdamer Konferenz stattfand, befanden sich von 1960 bis 2013 Hotelunterkünfte. Der Betrieb im Westflügel von Schloss Cecilienhof musste eingestellt werden, weil der historische Ort renovierungsbedürftig war. Nachdem Dach, Fassade sowie die Außenanlagen wiederhergestellt wurden, kündigte die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg an, von 2024 an mit der Sanierung der Innenräume und der technischen Infrastruktur der derzeit ungenutzten Hotelflächen sowie der Erneuerung des Besucherempfangs zu beginnen. Die Baumaßnahmen sollen bis 2027 dauern.

Außerdem kündigte man an, dass man bereits einen Betreiber für den Hotelbe-

trieb gefunden hat: Arcona Hotels & Resorts. Das inhabergeführte und in Rostock ansässige mittelständische Unternehmen verfügt mit sechs Hotels in Deutschland und Österreich über Erfahrungen in vergleichbaren Situationen. So betreibt Arcona nicht nur das Hotel und die Gastronomie auf der Wartburg, die als UNESCO-Welterbe ebenfalls strengen konservatorischen Regularien unterliegt, sondern – nach Umbau und Sanierung durch die Immobilieneigentümer – seit 2018 auch das Hotel Elephant und damit das „erste Haus am Platz“ in der Stadt Weimar.

Neben der Sanierung von rund 40 Hotelzimmern und Bädern, der damit verbundenen Erneuerung der technischen Infrastruktur und des baulichen Brandschutzes wird das Hotel seine Gastrono-

mie um ein in die museale Nutzung integriertes Museumscafé erweitern. Der ehemalige Speisesaal des Kronprinzenpaares ist dafür bestens geeignet. Überdies soll es für Besucher auch im sogenannten Hofgarten, dem ehemaligen Wirtschafts-



Museum und Hotel: Schloss Cecilienhof

hof des Schlosses, ein Speise- und Getränkeangebot geben.

Das von 1913 bis 1917 nach Plänen von Paul Schultze-Naumburg im englischen Landhausstil errichtete Schloss Cecilienhof ist der letzte Schlossbau der Hohenzollern. Kaiser Wilhelm II. ließ die Residenz für seinen ältesten Sohn Wilhelm errichten. Bis 1945 war es Wohnsitz des letzten deutschen Kronprinzenpaares Wilhelm und Cecilie von Preußen, die zuvor im Marmorpalais wohnten.

Da die Renovierungsarbeiten bei laufendem musealen Betrieb ausgeführt werden, steht ein Besuch von Schloss Cecilienhof nichts im Wege. In den Sommermonaten kommen bis zu 1200 Tagesbesucher in die historische Stätte, wo die Großen Drei Geschichte schrieben. H. Tews

AUTOREISEN

Quer durch Mecklenburg-Vorpommern

Die Deutschen werden dieses Jahr Reiseweltmeister im eigenen Land sein. Da vielen die Corona-Angst in den Knochen steckt und man sich Auslandsreisen kaum zutrauen wird, dürften die meisten die Schönheiten des eigenen Lands für sich entdecken. Wolters Reisen prescht jetzt vor und bietet drei verschiedene Autorundreisen durch Mecklenburg-Vorpommern an.

Auf der siebentägigen Reise „Schlösser, Seen und die Hanse“ werden Urlauber für sechs Nächte zu Burgfräulein und Burgherrn. Denn übernachtet wird sowohl im Schloss Kaarz mit Park als auch im Seeschloss Schorssow. Auf den 50 bis 130 Kilometer kurzen Etappen warten das Gästehaus und das Schweriner Schloss, ein Ausblick vom Kirchturm in Malchin sowie die Hansestädte Wismar und Stralsund. Auch der Eintritt ins interaktive Naturerlebnis Müritzeum ist inklusive. Ein ganzer Tag ist für die Erkundung der Mecklenburgischen Seenplatten eingeplant. Ab 545 Euro pro Person ist diese Reise buchbar.

Mit Greifswald, Stavenhagen und einem Ausflug nach Usedom zeigt die Reise „Charmantes Mecklenburg-Vorpommern“ auch einige Facetten außerhalb der Seenplatten. Mit dem Relais & Châteaux Gutshaus Stolpe und dem Relais & Châteaux Schlosshotel Burg Schlitz sind auch bei dieser Autorundreise die Übernachtungen ein herrschaftliches Erlebnis. Kosten: pro Person ab 705 Euro.

Die Autoreise „Glücksmomente in Mecklenburg-Vorpommern“ bietet Urlaub zum kleinen Preis. Vier Wochen vor Reisebeginn gibt es mit den Reiseunterlagen Infos zu den Hotels und den Etappen. Die perfekt geplante Tour mit Übernachtungen in Gutsgehäusern kostet für sieben Tage ab 399 Euro pro Person.

Bei Buchungen bis 31. März greift die Aktion „Flexibel buchen & sorglos reisen“. So kann Corona-bedingt bis 30 Tage vor Reisebeginn kostenlos umgebucht oder storniert werden. Der kostenlose Wolters-Corona-Reiseschutz schützt zusätzlich vor möglichen Folgekosten, wenn beispielsweise aufgrund einer Corona-Infektion eine Quarantäne angeordnet wird. tws

● www.wolters-rundreisen.de

REISEFÜHRER

17 Kleinode stellen sich vor

In Österreich tragen Bad Ischl, Gmunden, Hartberg und 14 weitere Orte das Prädikat „Kleine Historische Stadt“. Sie alle sind geprägt durch ein geschlossenes Stadtbild, denkmalgeschützte Bauwerke und eine aktive Kultur. Der Salzburger Markus Deisen-

berger hat dazu einen Reiseführer mit 146 Seiten verfasst, der ab sofort kostenlos im Büro „Kleine Historische Städte“, Telefon 0043/7252 52290 beziehungsweise Mail-Adresse info@khs.info, erhältlich ist. tws



● FÜR SIE GELESEN

Digitale Schlachten

Der Hackerangriff auf die US-Firma SolarWinds, in dessen Folge 2020 mehrere hunderttausend Rechner in den USA und anderswo mit Spionage-Software infiziert wurden, zeigte wieder einmal schlaglichtartig, welch verbissener Cyber-Krieg zwischen manchen Staaten dieser Welt tobt. Von den dabei geschlagenen Schlachten erfährt die Allgemeinheit so gut wie gar nichts. Umso wichtiger sind deshalb Bücher wie „Der Digitale Weltkrieg, den keiner bemerkt“ aus der Feder des niederländischen Enthüllungsjournalisten Huib Modderkolk.

Dem Autor gelang es, in jahrelanger Rechercharbeit das Vertrauen von Hackern und Geheimdienstlern zu gewinnen und an detaillierte Informationen über Cyber-Angriffe auf die westliche Welt sowie auch deren Abwehr zu gelangen. Die sind zum Teil sensationell und offenbaren das zu meist unterschätzte Ausmaß der Bedrohung.

So berichtet Modderkolk unter anderem von einer großangelegten Fälschung von Microsoft-Sicherheitszertifikaten, durch die beinahe die gesamte digitale Infrastruktur der Niederlande lahmgelegt worden wäre. Hinter dieser Aktion steckte vermutlich der iranische Geheimdienst, der damit Rache für Cyber-Sabotage an den Atomanlagen der Mullahs nehmen wollte. Später flog auf, dass China, dessen Hacker-Armee inzwischen einige hunderttausend „Kämpfer“ umfasst, jahrelang diverse US-Unternehmen von Coca Cola bis hin zu Rüstungsfirmen ausspionierte hat.

Allerdings duellieren sich wohl auch verbündete Mächte im Cyber-Raum: Laut Modderkolk installierten die NSA der USA und der britische GCHQ Schadsoftware auf den Rechnern des größten belgischen Telekommunikationsanbieters Belgacom, um sensible Daten von dessen illustrierter Kundschaft aus aller Welt zu stehlen. Das führte nur deshalb zu keinem größeren Eklat innerhalb der NATO, weil Belgien im Kampf gegen den Terrorismus auf die Hilfe der USA und Großbritannien angewiesen ist.

Wie Modderkolk anhand zahlreicher Beispiele darlegen kann, steht der wenig bekannte niederländische Algemeine Inlichtingen- en Veiligheidsdienst (AIVD) im digitalen Weltkrieg oftmals an vorderster Front. Beispielsweise gelang es dem Geheimdienst 2014, die berühmte staatlich besoldete russische Hackergruppe APT 29 (Cozy Bear) nach allen Regeln der Kunst zu infiltrieren. Gleichmaßen aktiv ist der Militaire Inlichtingen- en Veiligheidsdienst (MIVD) der Holländer. Dieser schickt unter anderem U-Boote an ausländische Küsten, die dort Datenkabel anzapfen. Aufgrund der extremen Geheimhaltung rund um solche und ähnliche Aktionen beschreibt das Buch aber sicher nur die Spitze eines gigantischen Eisbergs. Trotzdem ist es eine höchst aufschlussreiche Lektüre, welche auch technischen Laien empfohlen werden kann, da Modderkolk erfreulicherweise auf jegliches Computerkauerdeltsch verzichtet.

Wolfgang Kaufmann



Huib Modderkolk: „Der Digitale Weltkrieg, den keiner bemerkt“, Ecowin-Verlag, Salzburg 2020, gebunden, 320 Seiten, 22 Euro

BIOGRAPHIE

Gorbi zum 90.

Drei Jahrzehnte beobachtete der Osteuropahistoriker Ignaz Lozo den politischen Werdegang des russischen Politikers. Nun legt er die erste umfassende Biographie vor



FOTO: IMAGODANTA DELIMONT

Michail Gorbatschows Name ist untrennbar mit den Schlagwörtern Glasnost und Perestrojka verbunden, jener Politik, mit welcher der große Reformator die Sowjetunion öffnete, und – besonders für uns Deutsche – mit der deutschen Vereinigung. Vieles wurde über

„Gorbi“, wie er hierzulande genannt wurde, veröffentlicht. Er selbst hat immer wieder Bücher publiziert, in denen er seine Politik und die Gründe für deren Scheitern erklärt.

Einen so tiefen Einblick in das Privatleben, seine Herkunft und die politi-

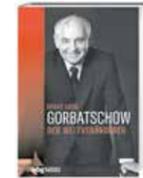
sche Laufbahn sowie ausführliche Antworten auf die Frage nach den politischen Zielen des Reformers und Friedensnobelpreisträgers, wie sie der Osteuropahistoriker Ignaz Lozo in seinem Buch „Gorbatschow. Der Weltveränderer“ liefert, gab es bislang

nicht. Lozo behandelt insbesondere die Frage, was Gorbatschow mit Deutschland verbindet und welchen Anteil er am Untergang der Sowjetunion hatte.

Lozo, der Autor zahlreicher ZDF-Dokumentationen zu Russland und Verfasser einer wissenschaftlichen Monografie über den Putsch gegen Gorbatschow ist, hat den ehemaligen sowjetischen Staatschef in den vergangenen 30 Jahren viele Male interviewt. Für die vorliegende Biografie anlässlich dessen 90. Geburtstags am 2. März hat er mit politischen Wegbegleitern wie auch Gegnern gesprochen und sich auf Spurensuche an die Orte begeben, in denen Gorbatschow seine Kindheit im Zweiten Weltkrieg verbracht hat. Der Leser erfährt Berührendes über das Verhältnis des Ehepaars Gorbatschow zueinander, Persönliches und Politisches wechseln einander ab.

Obwohl es eine wissenschaftliche Biografie ist, schreibt Lozo äußerst lebendig über einen Jahrhundertpolitiker. Es gelingt ihm, die Balance zwischen faktenbasierter Wissensvermittlung sowie spannender und gut lesbarer Unterhaltung zu finden. Zahlreiche Schwarz-Weiß-Bilder lockern das Buch zusätzlich auf. Es ist eine empfehlenswerte Lektüre für jeden Russlandinteressierten.

MRK



Ignaz Lozo: „Gorbatschow. Der Weltveränderer“, wbg Theiss Verlag, Darmstadt 2021, gebunden, 400 Seiten, 24 Euro

AFGHANISTAN

Im Zeitalter des Patriarchats

Vor 18 Jahren schrieb die Reporterin Åsne Seierstad einen Roman über das Leben einer afghanischen Familie, der an Aktualität nichts verloren hat

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Sie war mit Kommandanten der Nordallianz unterwegs, die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 im afghanischen Bergland nach Osama bin Laden suchten. Als Kriegsberichtersteratterin erlebte die Norwegerin Åsne Seierstad eine Zeit der Hoffnung, als der Krieg vorbei war und die Menschen aufatmeten.

2002 entdeckte Seierstad in Kabul einen Buchladen, der sie magisch anzog. Eines Tages lud der Buchhändler Shah Mohammed Rais – im Roman „Der Buchhändler aus Kabul“ Sultan Khan – sie zu sich nach Hause ein. An diesem Abend im Kreise der gastfreundlichen Runde kam ihr die Idee, ein Buch über eine Familie der Kabuler Mittelklasse zu schreiben. Der Buchhändler zeigte sich einverstanden, die Frau aus dem Westen bei sich leben zu lassen.

Sie zog bei der großen Familie ein, schlüpfte in traditionelle afghanische Kleidung und trug eine Burka, wenn sie das Haus verließ. Als Gast musste sie sich nicht an die strengen Vorschriften halten, die für afghanische Frauen gelten. Sie konnte sich frei zwischen den selbst auf Familienfeiern strikt getrennten Bereichen für Männer und Frauen bewegen. Seierstad ärgerte sich jedoch über die Art, wie Frauen behandelt werden.

Die Autorin wurde Zeugin sowohl von Brautwerbungen als auch der Rivalität zwischen der Erst- und Zweitfrau des Buchhändlers. Sie durfte Khan und dessen Sohn auf Geschäftsreisen begleiten. Dabei erleb-

te sie den Buchhändler als Patriarch, dem niemand, nicht die Söhne und erst recht nicht die Frauen, widersprechen darf. Khan hasste Faulenzer und war stets darauf bedacht, dass seine Geschäfte gut liefen. Gegen einen Dieb ging er mitleidlos und äußerst brutal vor. Spannend erzählt Seierstad von den jungen Söhnen, die gerne der Fuchtel des Vaters entkommen würden, und den Töchtern, deren Sehnsucht nach einem eigenen Beruf und einem selbstbestimmten Leben unerfüllt blieb.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe, die 18 Jahre nach den geschilderten Ereignissen erschienen ist, berichtet Seierstad von dem Zerwürfnis zwischen ihr und dem Buchhändler nach dem Erscheinen der norwegischen Erstausgabe, da dieser sich in einem negativen Licht zeigte sah. Erst nach einem acht Jahre dauernden Rechtsstreit durfte das Buch wieder erscheinen.

Seit die Taliban zurückgekehrt sind und fast täglich Bomben in Afghanistan hochgehen, befindet sich das Land wieder im Zeitalter des Patriarchats, sodass ihre Beobachtungen auch heute noch aktuell seien, so Seierstad. Das Buch liefert einen spannend geschriebenen intimen Einblick in ein Land der extremen Widersprüche.



Åsne Seierstad: „Der Buchhändler aus Kabul. Eine Familiengeschichte“, Kein & Aber Verlag, Zürich 2020, broschiert, 352 Seiten, 13 Euro

DYSTOPIE

Zurück in die Zukunft von „1984“

Orwells Romanklassiker auf jugendlich – Philip Kerr warnt in „1984.4“ die Smartphone-Generation vor totalitär angeordneter Verachtung von Senioren

VON HARALD TEWS

Fast scheint es, als gehe ein Fluch von „1984“ aus. Für George Orwell war der dystopische Roman sein letztes Werk; Richard Burton hatte seine letzte Filmrolle in einer Verfilmung von „1984“; für den britischen Autor Philip Kerr, der 2018 im Alter von 62 Jahren starb, war seine Jugendversion von „1984“ einer seiner letzten Romane.

Parallel zu einer Neuübertragung von Orwells „1984“ durch den Übersetzer Karsten Singelmann (siehe auch PAZ vom 19. Februar) ist in der Jugendbuchreihe Rotfuchs im Rowohlt Verlag jetzt Kerrs „1984.4“ posthum auf Deutsch erschienen. Das Buch ist die feministische Generation-Smartphone-Variante von Orwells Klassiker. Heldin ist die 16-jährige Florence, die als „Ruhestands-Vollstrecklerin“ alte, vor 1984 geborene Menschen tötet, die sich der staatlich angeordneten Euthanasie widersetzen. Das Sujet ist nicht neu, erinnert es doch stark an den Science-Fiction-Kinoklassiker „Flucht ins 23. Jahrhundert“ („Logan’s Run“) von 1976, in dem „Sandmänner“ all jene Dissidenten eliminieren, die sich gegen den Ablauf ihrer „Lebensuhr“ wehren.

Ähnlich wie ein „Sandmann“ im Film wechselt auch Florence im Buch die Seiten, indem sie dem totalitären Terror langsam abgeschwört. Darin unterscheidet sie sich von Winston Smith in Orwells Romanvorlage, der als „Gedankenverbrecher“ startet und nach einer Umerziehung zum fanatischen Musterbürger wird.

In Kerrs „1984.4“ taucht er wieder auf: Er ist jetzt der Große Bruder, der als digitale Ikone alles beobachtet.

Überhaupt verwendet Kerr viele Veratzstücke von Orwells „1984“. Aus den alten Teleschirmen sind jetzt moderne „Wristpads“, Armbänder, geworden, die alle Gespräche aufzeichnen; statt dem propagandistischen „Zweiminuten-Hass“ bei Orwell gibt es das politisch korrekte „Zweiminuten-Lachen“, mit dem das Volk medial bei Laune gehalten wird; selbst Orwell taucht als Romanfigur auf: Ihre Liebe zu einem Jungen namens Eric Blair, so der eigentliche Name Orwells, weckt den Widerstandsgeist bei Florence.

Adäquat zum Orwellschen Neusprech hat Kerr einen Jugendsprech erfunden. „Töten“ heißt hier „docken“, und „Rolex“ meint etwas „Unechtes“. Um Verständnisproblemen abzuwehren sind der verwendete Jargon und die Abkürzungen im Anhang erklärt. Im Nachwort erinnert Christiane Steen an den verstorbenen Preußenkennner Kerr, der mit historischen Detektivromanen auch über die NS-Zeit bekannt wurde. Derart geschichtsbewusst gelang ihm mit „1984.4“ eine beklemmende Warnung vor totalitären Regimen.



Philip Kerr: „1984.4“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 320 Seiten, 16 Euro



CD – Heiteres aus Ostpreußen – Humor'chen aus Ostpreußen – Geschichten, Anekdoten, Dammeleien
Rudi Meitsch erzählt vom Bullenball in Insterburg, dem Flochse, vom dicken Buttgeriet und vielem mehr. Aus dem Inhalt: Heringe für die Domnauer, Ostpreußen und ihre Pferde, Schulmeister auf der Kurischen Nehrung. Die CD enthält 43 Tracks und hat ein Gesamtspielzeit von 51 Minuten.
Nr. P 533058 CD 12,95 €



Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnelein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD 12,95 €



Auf der Flucht
Lo Warnecke
Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945–1949
Dies ist der Bericht über die Erlebnisse von ein paar Frauen und Kindern. Und gleichzeitig über die Angst, die Verzweiflung, den Mut und die Zähigkeit vieler Tausender von ihnen, nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt, wo Menschen vor dem Krieg flüchten müssen, vor dem Zwang und Ideen, mit denen man sie erobern und nutzbar machen will. Das allein gibt mir das Recht, sie zu erzählen und für einen Moment die Geschäfte, die Hast und die wichtigen Vorhaben derjenigen zu unterbrechen, die so gern und so schnell vergessen und zwischen zwei Zigaretten mit einem Gähnen sagen: „Ach lass mich in Ruhe, das alles ist so lange her! Warum heute noch daran denken!“ Ja, warum? So beginnt Lo Warnecke ihr Buch über die Erlebnisse ihrer Flucht: Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungesehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Als es endlich losging, war es fast schon zu spät ... 392 Seiten
Nr. P 533116 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Eine Mutter und sieben Kinder
Helma Herrmann-Schlicht
Schicksalstage in Ostpreußen 1945–1948 174 Seiten
Nr. P 533129 Geb. 14,95 €



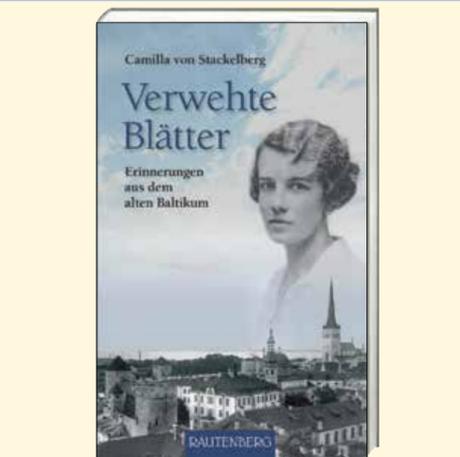
CD – Heiteres aus Ostpreußen – Mannchen ham wir gelacht! – Ostpreußische Verteilkes
Manfred aus Preußisch-Eylau und Eduard aus Insterburg erzählen von Bauer Grigoleit, von Kaukehmen, Skaigsiren, Plebischken und vielem mehr. Und auch das Lied „Ännchen von Tharau“ erklingt, sogar auf „ostpreußische Platt“. 23 Tracks. (Gesamtspielzeit: 32 Minuten).
Nr. P 533059 CD 12,95 €



Stille Jahre in Gertlauken
Marianne Peyinghaus
Erinnerungen an Ostpreußen
Im Jahr 1941 kommt eine gerade zwanzigjährige Lehrerin aus Köln an die Dorfschule in Gertlauken, einem kleinen Flecken im nördlichen Ostpreußen auf halbem Weg zwischen Königsberg und Tilsit. Regelmäßig schreibt die Tochter den Eltern in der Großstadt und erzählt von ihrem Leben auf dem Lande, das so friedlich scheint, so weit weg vom Krieg. Der Reiz der Briefe liegt darin, dass sie anschaulich, herzlich und voller Spontanität Alltägliches berichten: von den kleinen Sorgen und Freuden mit den Schulkindern, von den Dorffesten, den Radfahrten auf schlammigen Wegen, Spaziergängen im Wald, den Ausflügen nach Königsberg und der Beschreibung von Städten, Land und Leuten Ostpreußens. Anfang 1945 bereitet das Vorrücken der Roten Armee dem vermeintlichen Idyll von Gertlauken ein jähes Ende, und Marianne Peyinghaus kehrt nach Köln zurück. Über drei Jahre lang schrieb Marianne Peyinghaus, geboren am 15. April 1921 – damals noch Marianne Günther – Briefe aus dem entlegenen ländlichen Ostpreußen an ihre Eltern in der 1.000 Kilometer entfernten Großstadt Köln. Durch eine Anzeige in der Zeit fand sie später einen Herausgeber und Verleger. 248 Seiten
Nr. P 533203 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
66 SW-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533115 14,95 €



Verwehte Blätter
Camilla von Stackelberg
Erinnerungen aus dem Baltikum
Camilla von Stackelberg erzählt aus ihrem Leben und umspannt dabei die letzten vierzig Jahre deutsch-baltischer Geschichte von der Jahrhundertwende bis zu der Besetzung der eigenständigen Republik Estland und Lettland durch die Sowjetunion Ende 1939 und der Umsiedlung der Baltendeutschen. In ihren Berichten über ihr wechselvolles Leben, das sie in Riga und Reval führte, und von den harten Zeiten der Flucht, Rückkehr und Vertreibung, entsteht das lebendige Bild einer halb fremden, halb vertrauten Welt. Die Landschaften des Baltikums waren geprägt von einer Mischung der Sphären, in der neben Deutsch auch Russisch gesprochen wurde. Man lebte in dem Gefühl, an den Grenzen des Kontinents zu stehen. Mit Skepsis blickte man auf die westliche Hemisphäre mit ihren Moden und ihrer Politik. Und doch ist fast alles europäisch an dieser Lebensweise: die Badeorte mit ihren Musikpavillons und der Rhythmus der großen und kleineren Feiern, die das gesellschaftliche Leben der Baltendeutschen prägte. „Verwehte Blätter“ ist ein spannendes Stück gelebter Geschichte – ein fesselndes geschichtliches Porträt Alt-Livlands, Estlands und der Deutschbalten im vergangenen Jahrhundert. 360 Seiten
Nr. P 533188 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



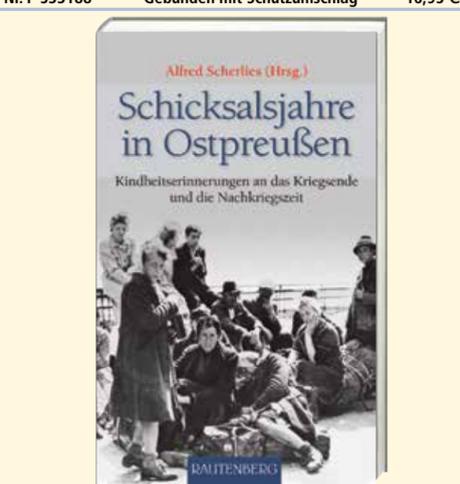
CD – Heiteres aus Ostpreußen – Wenn bis weit nach Mitternacht der Lorbas beim Marjellchen wacht
Hans-Peter Hahn und Peter Körner
Auf der Bühne hört man das Ostpreußische nur noch selten, aber wenn man es hört, dann ruft es Schmunzeln und Lachen hervor. Man wird sich nicht nur gern erinnern, sondern vor allem mit einem Augenzwinkern köstlich unterhalten. Einige Lieder wurden von den beiden Künstlern extra für dieses Hörbuch vertont. (Gesamtspielzeit: 133 Minuten)
Nr. P 533147 Doppel CD 14,95 €



Als nur die Hoffnung blieb
Joachim Scholz
In russischer Kriegsgefangenschaft
66 Abbildungen.
256 Seiten/Gebunden
Nr. P 533151 14,95 €



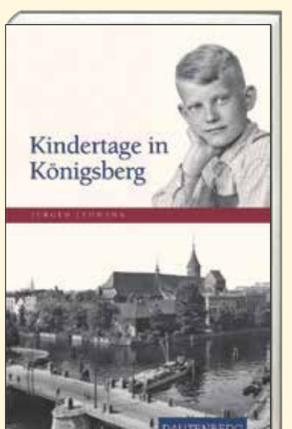
Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder
Es singen: Vera Brunschede, Heinz Tilsner und die „Elbinger Spatzen“; es musizieren: Die „Lustigen Pikkaller“ und dazu schabbert Heinz Wald über den ostpreußischen Humor, den Königsberger Fleck u. v. m. 34 Min.
Nr. P 533199 CD 12,95 €



Schicksalsjahre in Ostpreußen
Alfred Scherlies (Hrsg.)
Kindheitserinnerungen an das Kriegsende und die Nachkriegszeit
„Die Erinnerung ist das Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können.“ Für die sieben Autoren dieses Werkes endete die heile Kindheit jedoch jäh mit dem Vorstoß der Roten Armee auf ostpreußisches Gebiet Ende 1944/Anfang 1945. In ihren bewegenden und aufwühlenden Erzählungen, lesen wir Erschütterndes. Wir erfahren vom Verlust naher Familienangehöriger und von der unmenschlichen Willkür der Eroberer gegenüber deutschen Zivilisten und Militärangehörigen, hören von Verschleppung und Zwangsarbeit in russischen Lagern, erleben den täglichen Kampf ums Überleben der Bewohner Ostpreußens, denen es nicht vergönnt war, das rettende Ufer des Deutschen Reiches zu erreichen. Jede Familie hatte dabei ihr eigenes Schicksal zu tragen. Die Zeitzeugenberichte sind ein erschütterndes Dokument einer Zeit, für die sich heute nur noch wenige interessieren. Nicht Hass- oder Rachedenken gegenüber den damaligen Feinden leiten die Autoren bei ihren Erinnerungen, sondern ihr Anliegen ist es, nachfolgenden Generationen ein realistisches Bild dieser Zeit zu hinterlassen. 400 Seiten
Nr. P 533181 Gebunden 16,95 €



Wege zum Großvater
Gabriele Engelbert
Mehr als ein Reisebericht
Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert aus Schlüchtern mit ihren beiden Geschwistern auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sich ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit. Dabei beschreibt die Autorin lebendig Begebenheiten und Begegnungen am Wegesrand. Und immer wieder vergleicht sie in fesselnder Weise ihre Erlebnisse mit Erinnerungen und Erzählungen der Familie, die als Zitate in den Text eingefügt wurden. Dabei rücken den Geschwistern bei dieser Fahrt nicht nur die Vorfahren näher, sondern, während sie sich Land und Vorfahren nähern, nähern sie sich auch einander an. Der Eindruck dieser mitreißend und anschaulich beschriebenen Reise wird von zahlreichen stimmungsvollen Farbbildern noch vertieft. 144 Seiten
Nr. P 533201 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Kindertage in Königsberg
Jürgen Lehmann
Jürgen Lehmanns „Kindertage in Königsberg“ entführen den Leser in die Zeit einer längst vergessenen geglaubten, unbeschwerten Jugend im beschauflichen Ostpreußen. Als Sohn eines Bauunternehmers 1930 geboren, verbrachte er die unbekümmerte Zeit seiner frühesten Kindheit im idyllischen Juditten. Von den politischen Ereignissen im Deutschen Reich weit entfernt, erinnert sich Jürgen Lehmann an Blaubeeren und Milchsuppen, strenge Lehrer und herzliche Großeltern, besinnliche Weihnachten und Ausflüge mit seinen drei Geschwistern an den Strand der Ostsee. Um die Zeit des Kriegsbeginns zog die Familie um nach Mühlenhof, ein Stadtteil im Süden von Königsberg. Zunehmend werden die kindlichen Erlebnisse des Jungen an Chorgesänge und Nachmittag im Garten überschattet von den Pflichten, die die Mitgliedschaft im Jungvolk und die immer näher rückende Kriegsfront mit sich brachten. Vom Glauben an einen deutschen Endsieg geblendet, zieht Jürgen als Vierzehnjähriger mit seinen Kameraden zum Grabenbau am Ostwall aus. Als er zurückkommt, ist nichts mehr, wie es war: Königsberg, die Stadt seiner Kindheit, gibt es nahezu nicht mehr. Bald sollte er seinen „Kindertagen in Königsberg“ für immer Lebewohl sagen ... 24 SW-Abb. 224 Seiten
Nr. P 533178 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Lorbas und Marjellchen
Heiteres aus Ostpreußen
Ostpreußische Texte in ostpreußischer Mundart werden auf dieser CD präsentiert. Dazu ertönen ostpreußische Lieder. Mit Texten von Robert Johannes und anderen. Gestaltung Dr. Herbert Hefft. Aus dem Inhalt: Zogen einst fünf wilde Schwäne, Der Bauer Schneiderei, Öck böön emol ööne Stadt gewäse, Mein Jettchen u.v.m. Gesamtspielzeit 29 Minuten
Nr. P 533200 CD 12,95 €

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

● AUFGESCHNAPPT

„Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen.“ Der Ausspruch gehört zu den bekanntesten Zitaten des Reformators Martin Luther. Auch wenn es sich dabei wohl um eine pointierte Verkürzung des wirklich Gesagten handelt, so symbolisieren die Worte doch die standhafte Verteidigung seiner Lehre vor Kaiser Karl V. auf dem Wormser Reichstag am 18. April 1521. Genau 500 Jahre später, am 18. April 2021, sollte der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Heinrich Bedford-Strohm, in der Stadt des historischen Geschehens sprechen, umfangreiche Jubiläumsfeierlichkeiten waren geplant. Auftreten wollte sogar, sicher im Zeichen der Ökumene, der oberste katholische Bischof, Georg Bätzing. Daraus wird nun nichts. Denn Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier veranstaltet am selben Tag in Berlin eine „zentrale Gedenkfeier“ für die Corona-Toten. Da wollen die befehlenden Chef-Bischöfe nicht fehlen, auch wenn sie dort lediglich Publikum sind. Unterstützung der Politik schlägt Gläuben, zumindest in unserer Zeit. E.L.



Bodenkontakt

● STIMMEN ZUR ZEIT

In der Schweizer „Weltwoche“ (22. Februar) ärgert sich Wolfgang Kroydl über einen „Schmähartikel“ der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) gegen den Journalisten Boris Reitschuster. Die „SZ“ hatte sich darüber echauffiert, dass Reitschuster kritische Fragen in der Bundespressekonferenz stellt. Kroydl hat selbst von 1996 bis 2014 für die „SZ“ geschrieben:

„Es ist überall dasselbe – in Brüssel, Bern oder Berlin: Hauptstadtmedien und Regierung haben ein symbiotisches Verhältnis. Man kennt sich, man braucht sich, man tut einander nicht weh ... die ‚SZ‘ hat gehört, dass sich Regierungssprecher über ihn (Reitschuster) beschwert hätten. Da springt man dem Staat gerne zur Seite. Dass in derselben Ausgabe eine ganzseitige Impf-Anzeige des Gesundheitsministeriums stand, ist wahrscheinlich reiner Zufall.“

In der „Bild“-Zeitung (1. März) stellt Julian Reichelt der Politik und ihren Lockdown-Maßnahmen ein vernichtendes Urteil aus:

„Aus Gebüsch springen Polizisten Joggen ohne Maske entgegen. Das ist die Politik der Häscher, die Kanzlerin Angela Merkel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu verantworten haben ... Was wir an diesem Wochenende auf unseren Straßen mit ansehen mussten, war ein willkürlicher Staat, der Menschen drangsaliert, um das eigene Scheitern zu übertünchen.“

US-Journalist Matthew Karnitschnig wundert sich in der „Welt am Sonntag“ (28. Februar) über den technischen und organisatorischen Abstieg Deutschlands, wie er in der Corona-Krise offenbar werde:

„Was ist aus der berühmten deutschen Effizienz und dem Organisationstalent geworden? Fast scheint es, als seien sie irgendwo in einer Faxleitung zwischen Berlin und Brüssel abhandengekommen.“

Alexander Wendt resümiert bei „Tichys Einblick“ (1. März), was uns die Corona-Krise über das Wesen von Bundeskanzlerin Merkel gelehrt habe:

„In ihr (Angela Merkel) gibt es keine liberale Faser. Die Corona-Ära hat ihren autoritären Charakter so deutlich herauspräpariert, dass jemand schon Selbstbetrug begehen muss, um ihn zu übersehen. Ihr Bezugspunkt ist der Staat, nie der Bürger. Bei ihr, und leicht abgestuft bei Söder und Günther, löst sich Politik vollständig in Taktik auf.“

● WORT DER WOCHE

„Selbst beim Joggen sollst du eine chirurgische Maske tragen oder ein Teil, das aussieht wie ein verdammter Kaffeefilter, dann ist die Demütigung perfekt, denn das ist der Zweck der Übung.“

Claudio Casula hegt im Portal „Achse des Guten“ (28. Februar) einen finsternen Verdacht, was die medizinisch unsinnigen Corona-Restriktionen in Wahrheit bezwecken sollen

DER WOCHENRÜCKBLICK

Stufen in die Ewigkeit

Warum man den Leuten ein bisschen Zucker geben muss, und worüber wir noch staunen werden

VON HANS HECKEL

Nach „fest“ kommt „ab“ – diese goldene Handwerkerregel gilt nicht allein beim Eindrehen von Schrauben. Es ist eine Lebensweisheit, welche sich auch die Politik zu Herzen nehmen sollte. Hat man es vielleicht zu weit getrieben? Das Düsseldorfer „Verweilverbot“ erinnert an Gefängnishöfe in alten Filmen: „Immer im Kreis gehen, immer weiter! Wer stehen bleibt, wird bestraft!“ Andere Szenen, siehe Hamburg, haben die Stimmung auch nicht eben aufgehellt.

Um das gutzumachen, muss man den Leuten ein bisschen Zucker geben, damit sie glauben, da sei Licht am Ende des Tunnels. Um aber sicherzustellen, dass es trotzdem beliebig lange weitergehen kann mit dem Lockdown, hat sich das Kanzleramt den „Stufen-Plan“ ausgedacht. Der Plan funktioniert nach dem Prinzip von Schanzanlagen an der Front. Wenn der Feind eine Linie genommen hat und meint, durchgebrochen zu sein, stößt er unversehens auf die nächsten Wälle und Gräben, und dann kommen noch welche und noch welche – bis der Ansturm erschöpft zum Erliegen kommt.

Merkels „Vier-Stufen-Plan“ ist ein unüberwindliches Meisterwerk der Demoralisierungskunst: Alles ist zerstückelt in ein Wirrwarr von Einzelmaßnahmen, die niemand überblickt, damit sich die nach Freiheit dürstenden, heranrückenden Bürger rettungslos darin verheddern mögen. Zudem ist das Werk überwuchert vom sogenannten „Inzidenzwert“, der über das tatsächliche Infektionsgeschehen kaum etwas sagt. Dafür aber können die Regierenden den Wert fast nach Belieben rauf und runter schieben. Denn wenn er steigen soll, muss man ja nur mehr testen, schon wachsen die Zahlen wieder.

Sollte sich dann Protest regen, können uns die Verantwortlichen diabolisch ins Gesicht grinsen und sagen: Was habt ihr denn? Ihr wolltet doch eine „Öffnungsperspektive“. Da habt ihr sie. Hört auf zu maulen!

Aber so reden unsere verständnisvollen Politiker natürlich nicht mit uns. Die sind schließlich gut geschult im Einseifen. So begründete der erst im vergangenen Jahr neu gewählte Düsseldorfer Oberbürgermeister Stephan Keller sein „Verweilverbot“ mit den samtigen Worten: „Mit der erweiterten Maskenpflicht und einem Verweilverbot an Wochenenden möchten wir die Menschen schüt-

zen und ihnen helfen, die gebotenen Coronaschutzregeln besser einzuhalten.“

Worte, die zu Herzen gehen: „schützen“, „helfen“! So wie elektronische Fußfesseln dem Verurteilten „helfen“, nicht unerlaubt vor die Tür zu treten, womit sie den armen Kerl davor „schützen“, von herbeigeeilten Sicherheitskräften zu Boden geworfen und in seinen Arrest zurückgeschleudert zu werden.

Es geschieht eben alles nur zu unserem Besten. Das gilt auch für die Verschleppung der Impferi, die ja nur eingetreten ist, weil Merkel die Zuständigkeit unbedingt an die EU delegieren wollte. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble kann darin kein Versäumnis erkennen, selbst wenn es jetzt vielleicht ein paar tausend Tote mehr geben könnte, weil die Leute wegen der Verzögerung nicht rechtzeitig geimpft wurden. Bei „Maischberger“ ließ uns Schäuble wissen: „Den Preis muss man zahlen, wenn man Europa stärker will.“ Ja, was tun wir nicht alles für „Europa“! Na ja, „man“ ist vielleicht etwas ungenau ausgerückt. Richtiger müsste es heißen: Die, die nun nicht mehr unter uns sind, weil wir „Europa stärker“ wollen.

Europa hat erste Priorität, davon lassen wir uns auch nicht abbringen von den Quertreibern in Wien und Kopenhagen. Österreich und Dänemark haben mit Israel eine eigene Impf-Allianz gegründet, weil sie auf Brüssel nicht mehr vertrauen und sich lieber mit dem nahöstlichen Impfweltmeister gemeinsam für künftige Pandemiewellen rüsten wollen. Da machen wir natürlich nicht mit, unsere Solidarität gehört der EU.

Ja, der gesamten Welt: Neulich kamen die ersten 600.000 Impfdosen der Plattform Covax in Ghana an. Covax ist eine internationale Organisation, um weltweite Impfgerechtigkeit herzustellen. Dafür spendet auch Deutschland. Außenminister Heiko Maas war daher sichtlich stolz auf die Lieferung, und was wird erst Anton Hofreiter gejubelt haben! Wie wir neulich schon gelobt hatten, sieht der Grüne es ja als Deutschlands Aufgabe an, die ganze Welt zu impfen. Und ganz, ganz am Ende vielleicht auch die Deutschen.

Indes, unser uneingeschränktes Lob hat die Bundesregierung nun auch wieder nicht verdient. Nein, wir müssen es beim Namen nennen, auch wenn es schmerzt: Als es damals nicht genug Masken gab, war man schlauer und hat den Deutschen erst einmal wochenlang vom Lappentragen abgeraten (Merkel: „Virenschleuderer!“, Drosten: „Hält

Dass für viele Menschen die Impfung zu spät kommen wird, findet Schäuble verkraftbar: „Den Preis muss man zahlen, wenn man Europa starker will“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de